RadiAktiv

bayerisches Anti Atom Magazin
Ausgabe 19 Juni 1989 4,-DM

Wirtschaftsminister August Lang: "Eine Riesensauerei!

Jetzt sind wir die Blöden!!

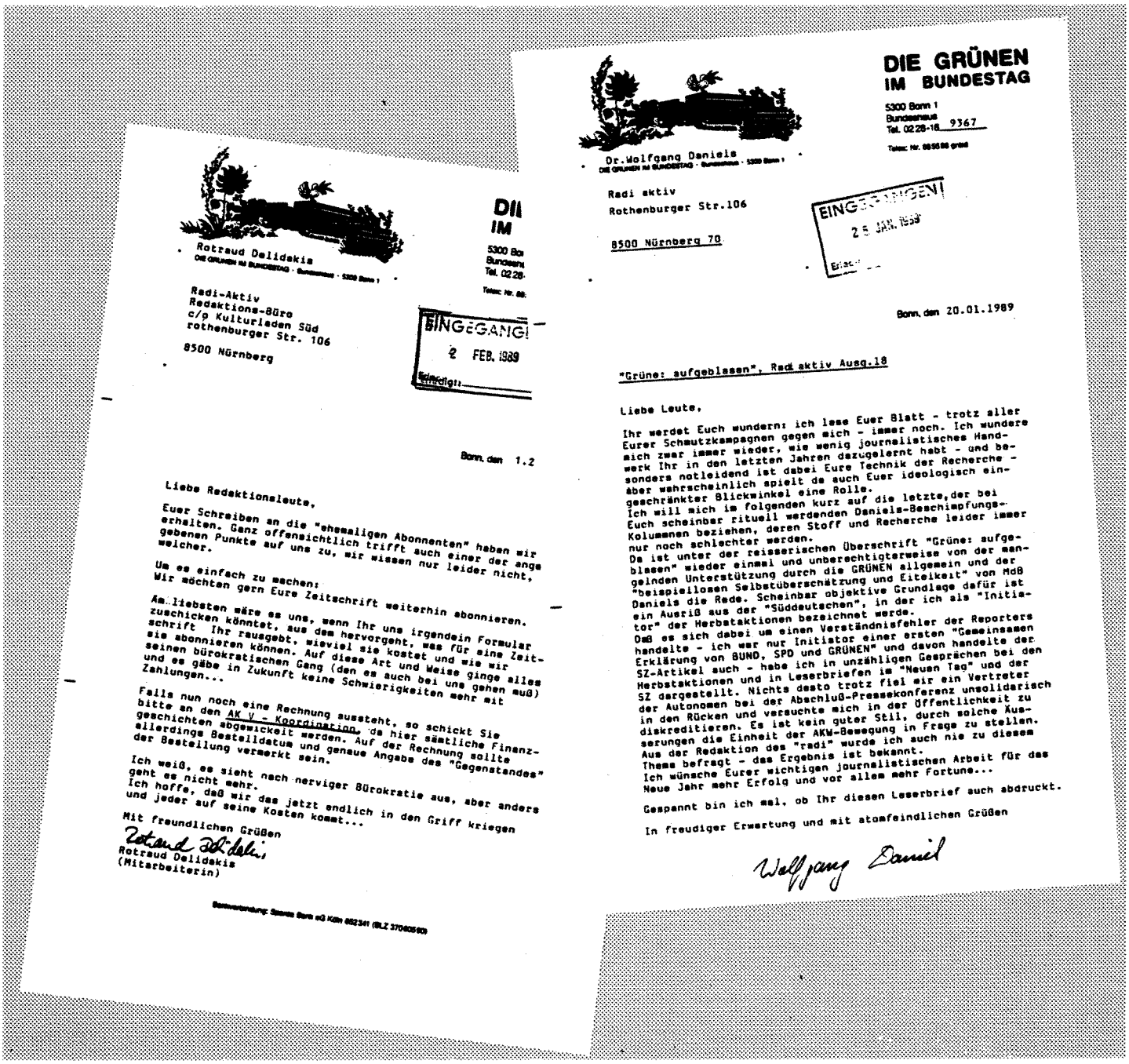
Collection laka foundation
www.laka.org
Digitized 2019

Post aus Bonn

Wir freuen uns immer wieder, wenn wir Post kriegen. Besonders, wenn sie von unseren Volksvertretern kommt, die in Bonn an vorderster Front kämpfen, dort, wo die wirklichen Entscheidungen fallen. Das Klima dort steigt ihnen zwar manchmal ein bißchen zu Kopf, aber soetwas sehen wir ganz gelassen.

Richtig nett finden wir es, wenn uns ganz genau gesagt wird, was wir machen sollen und was wir nicht machen dürfen. Zum Beispiel wenn der größte Basiskämpfer aller Zeiten, der Wolfgang aus Raining Castl, uns mit seinem großen Zeigefinger vor der Nase daherwedelt und uns "mehr Fortune" wünscht. Danke.

Oder wenn wir an Ausschuß "AK V-Koordination" verwiesen werden und grün uns dazu erklärt, das "sehe wie nervige Bürokratie" aus. Auch wenn wir finden, daß das nicht nur so aussieht - trotzdem Vielen Dank für Eure Mühe! Wenn Ihr wirklich die Radi Aktiv weiter abonnieren wollt, wendet Euch bitte an unsere Aboverwaltung unter folgender Kennung:RAGB)(/∃∧∀]∋→≡≠/34



Rotraud Delidakis
DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG

Radi-Aktiv
Redaktions-Büro
c/o Kulturladen Süd
rothenburger Str. 106

8500 Nürnberg

EINGEGANGEN
2 FEB. 1989

Bonn, den 1.2

Liebe Redaktionsleute,

Euer Schreiben an die "ehemaligen Abonnenten" haben wir erhalten. Ganz offensichtlich trifft auch einer der angegebenen Punkte auf uns zu, wir wissen nur leider nicht, welcher.

Um es einfach zu machen:
Wir möchten gern Eure Zeitschrift weiterhin abonnieren.

Am liebsten wäre es uns, wenn Ihr uns irgendein Formular zuschicken könntet, aus dem hervorgeht, was für eine Zeitschrift Ihr rausgebt, wieviel sie kostet und wie wir sie abonnieren können. Auf diese Art und Weise ginge alles seinen bürokratischen Gang (den es auch bei uns gehen muß) und es gäbe in Zukunft keine Schwierigkeiten mehr mit Zahlungen...

Falls nun noch eine Rechnung aussteht, so schickt Sie bitte an den AK V - Koordination, da hier sämtliche Finanzgeschichten abgewickelt werden. Auf der Rechnung sollte allerdings Bestelldatum und genaue Angabe des "Gegenstandes" der Bestellung vermerkt sein.

Ich weiß, es sieht nach nerviger Bürokratie aus, aber anders geht es nicht mehr.
Ich hoffe, daß wir das jetzt endlich in den Griff kriegen und jeder auf seine Kosten kommt...

Mit freundlichen Grüßen
Rotraud Delidakis
(Mitarbeiterin)

Dr. Wolfgang Daniels
DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG

Radi aktiv
Rothenburger Str.106

8500 Nürnberg 70

DIE GRÜNEN
IM BUNDESTAG
5300 Bonn 1
Bundeshaus
Tel. 0228-16 9367

EINGEGANGEN
26. JAN. 1989

Bonn, den 20.01.1989

"Grüne: aufgeblasen", Radi aktiv Ausg.18

Liebe Leute,

Ihr werdet Euch wundern: ich lese Euer Blatt - trotz aller Eurer Schmutzkampagnen gegen mich - immer noch. Ich wundere mich zwar immer wieder, wie wenig journalistisches Handwerk Ihr in den letzten Jahren dazugelernt habt - und besonders notleidend ist dabei Eure Technik der Recherche - aber wahrscheinlich spielt da auch Euer ideologisch eingeschränkter Blickwinkel eine Rolle.
Ich will mich im folgenden kurz auf die letzte,der bei Euch scheinbar ritueil werdenden Daniels-Beschimpfungs-Kolumnen beziehen, deren Stoff und Recherche leider immer nur noch schlechter werden.
Da ist unter der reisserischen Überschrift "Grüne: aufgeblasen" wieder einmal und unberechtigterweise von der mangelnden Unterstützung durch die GRÜNEN allgemein und der "beispiellosen Selbstüberschätzung und Eitelkeit" von MdB Daniels die Rede. Scheinbar objektive Grundlage dafür ist ein Ausriß aus der "Süddeutschen", in der ich als "Initiator" der Herbstaktionen bezeichnet werde.
Daß es sich dabei um einen Verständnisfehler der Reporters handelte - ich war nur Initiator einer ersten "Gemeinsamen Erklärung von BUND, SPD und GRÜNEN" und davon handelte der SZ-Artikel auch - habe ich in unzähligen Gesprächen bei den Herbstaktionen und in Leserbriefen im "Neuen Tag" und der SZ dargestellt. Nichts desto trotz fiel mir ein Vertreter der Autonomen bei der Abschluß-Pressekonferenz unsolidarisch in den Rücken und versuchte mich in der Öffentlichkeit zu diskreditieren. Es ist kein guter Stil, durch solche Äusserungen die Einheit der AKW-Bewegung in Frage zu stellen.
Aus der Redaktion des "radi" wurde ich auch nie zu diesem Theme befragt - das Ergebnis ist bekannt.
Ich wünsche Eurer wichtigen journalistischen Arbeit für das Neue Jahr mehr Erfolg und vor allem mehr Fortune...

Gespannt bin ich mal, ob Ihr diesen Leserbrief auch abdruckt.

In freudiger Erwartung und mit atomfeindlichen Grüßen

Wolfgang Daniel

Impressum

Radi Aktiv, Ausgabe 19
Auflage: 2.500
Erscheinungsdatum: 02.05.1989

Eigentumsvorbehalt:

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Bestellungen:

Radi Aktiv
Rothenburger Str. 106
8500 Nürnberg 70
Einzelpreis: 4,-DM
ab 5 Heften für Wiederverkäufer: 3,-DM pro Ex.

Konto:

Postgiroamt Nürnberg
Kontonummer: 113 237-850
Anita Aschenbrenner (Sonderkonto)

Inhalt

Vorwort 3
WAA-Aktuell 4
Regierungsstreit über Wackersdorf 5
Einschätzungen der Bewegung 9
Kommentar Radi-Aktiv 12
Arme Schweine 14
Trotz WAA-Verzichtsdebatte: Der Drang zur deutschen A-Bombe besteht weiter! 15
WAA-Demo: Gegen Atomprogramm und Repression 17
Resolution zum Hungerstreik 19
Streit in Schwandorf 20
Kampagne gegen Erna Wellnhofer 21
Dokumentation Radio Z 22
Das Kreuz mit dem Anti-WAA-Büro 23
Anti-WAA-Festival: Vor- und Rückschau 24
"Unterbindungsgewahrsam" - Vorbeugehaft für die Opposition 26
Neues Repressionspaket verabschiedet: Es wird immer sicherer! 32
Disziplinarverfahren gegen Schuierer 35
Unsere Internationale gegen ihren Atomimperialismus 37
HTR: Ein Atomkraftwerk fürs Jahr 2000 39
Das Erbe von Hanford 41
Kurzmeldungen 43

Vorwort

Fast auf den Tag genau 7 Monate nach der letzten Ausgabe erscheinen wir wieder - und es haben sich in dieser Zeit Dinge ereignet, die noch Ende letzten Jahres jenseits unserer Vorstellungskraft lagen. Was das für unsere Zeitung bedeuten wird, können wir im Augenblick noch nicht sagen, hängt das doch entscheidend von der weiteren Entwicklung des Komplexes WAA ab - und dazu gehören die Beschlüsse von Atomkapital und Regierung genauso wie die Reaktionen des Anti-WAA-Widerstands.

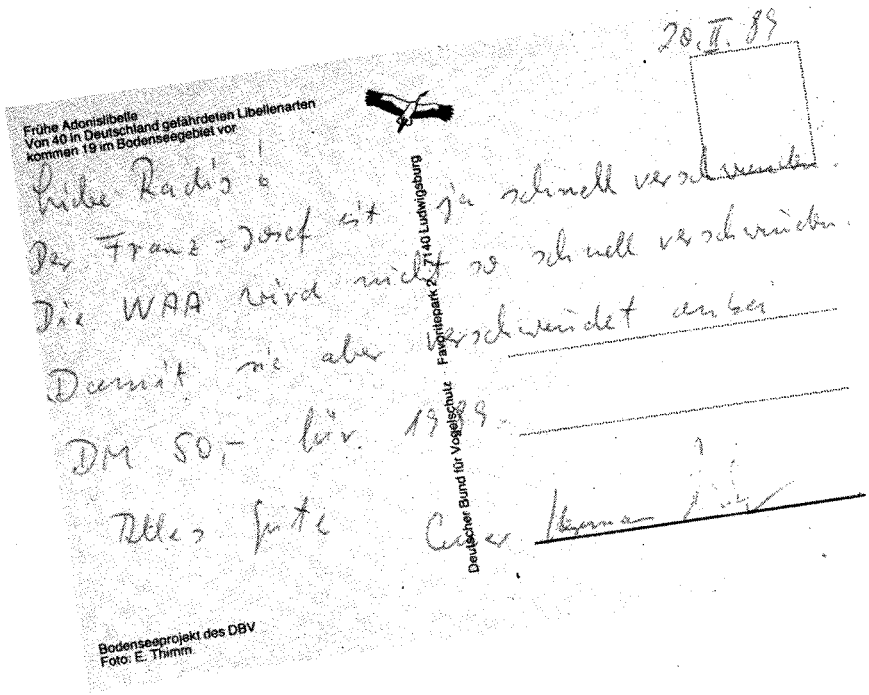
Ersteinmal haben wir in dieser Ausgabe der Radi Aktiv versucht, nüchtern den aktuellen Stand zu bilanzieren. Unter dem Obertitel "WAA AKTUELL" haben wir verschiedene Stellungnahmen, Einschätzungen und Fakten zusammengestellt, um zu einem realistischen Bild der momentanen Lage beizutragen.

Einen zweiten Komplex bildet das Thema "Streit in Schwandorf". Wir haben den Eindruck, daß ausgerechnet jetzt, wo die Anti-WAA-Bewegung gewisse Erfolge einstreichen kann, der Streit unter den verschiedenen Strömungen eskaliert. Dabei wird z.T. mit höchst unschönen Methoden gearbeitet

Ein dritter Komplex kreist um das Thema Repression. Wir dokumentieren eine ausführliche Arbeit von Rolf Gössner zum "Unterbindungsgewahrsam" und würdigen außerdem die 87. Folge von sogenannten Sicherheitsgesetzen, die kürzlich den Stall des Gesetzgebers verließen.

Soweit unsere Schwerpunkte in diesem Heft. Mal sehen, wie's weitergeht!

Die Redaktion der *Radi Aktiv*



WAA AKTUELL

WAA in Gorleben:

politisch nicht durchsetzbar

WAA in Wackersdorf:

politisch nicht durchsetzbar

WAA in La Hague:

warum nicht weiter so?

Regierungsstreit über Wackersdorf

Von der "Welt" bis zur "taz" ist man sich einig: Mit der VEBA-Ankündigung, in La Hague einsteigen zu wollen, ist die WAA Wackersdorf vom Tisch. Mit gedämpftem Unmut wird mal wieder das Kapital als der eigentliche Herrscher im Land ausgemacht, der "die Bundesregierung wie einen Tanzbären am Nasenring hinter sich herführt" (so der GRÜNE Daniels) - es überwiegt jedoch die Zufriedenheit. Hat doch der VEBA-Konzernchef höchstpersönlich die Wiederherstellung des energiepolitischen Konsens durch einen Verzicht auf Wackersdorf als sein eigentliches Ziel benannt.
Die folgende Analyse der aktuellen Wackersdorf-Krise kommt zu einem anderem Urteil:
- der VEBA-Vorstoß wird dazu führen, die Wiederaufarbeitung auch im Falle eines Regierungswechsels über die Hürden zu bringen
- auch in Zukunft wird es in der BRD, - wenn auch nicht unbedingt in Wackersdorf - eine "nationale" WAA geben.
Im ersten Teil des Artikels wird - soweit möglich - die Faktenlage dargestellt, anschließend folgen erste Bewertungen.

Das französische Angebot

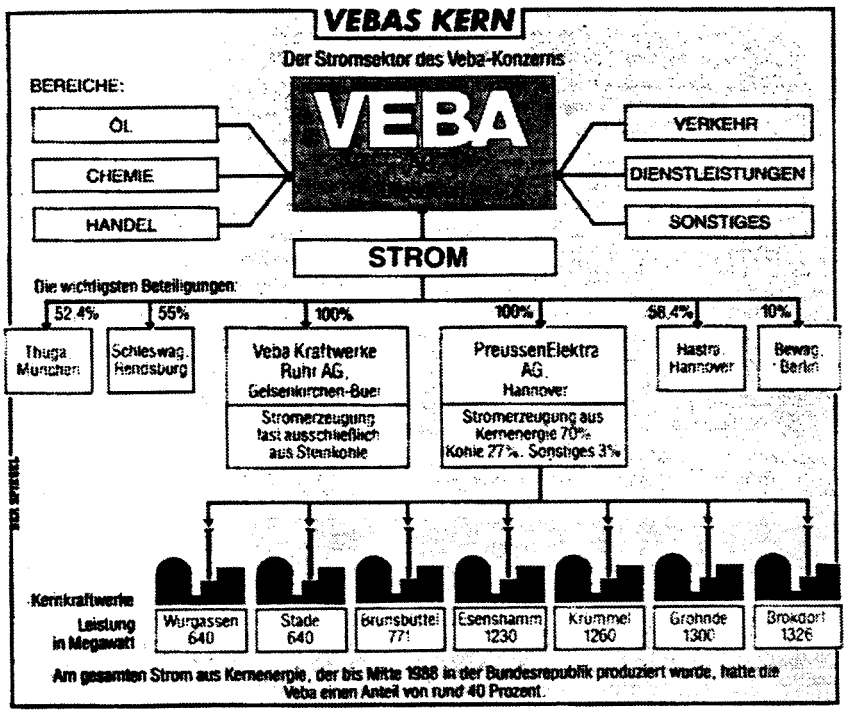
Am 3. April 1989 unterzeichneten die VEBA und die Betreibergesellschaft der WAA La Hague, COGEMA, ein "Memorandum of Unterstanding", das die folgende Option enthält:
- Bereits ab 1990 (!) wird die VEBA 49% der Anteile der WAA UP 3 (UP=Usine de Plutonium) übernehmen. Darin einschlossen ist ein Technologie-Transfer zwischen COGEMA bzw. dem franz. Atomenergiekommissariat (CEA) und der VEBA sowie die Etablierung eines 7-köpfigen Aufsichtsrats, dem 3 VEBA-Vertreter angehören.
- Die UP 3, die Ende 1989 mit einem jährlichen Durchsatz von 800 Tonnen in Betrieb gehen wird, soll erst einmal 7.000 Tonnen Brennelemente aus Japan, Belgien, den Niederlande, Schweden, der Schweiz und der BRD verarbeiten und anschließend, d.h. ab frühestens 1999 für weitere 15 Jahre ausschließlich BRD-Brennelemente in einer Größenordung von 400-600 Tonnen pro Jahr.
- Da die UP3 ab 1999 als abgeschrieben gilt, wird ab diesem Zeitpunkt die Wiederaufarbeitung mit 5.000 Franc/kg besonders preisgünstig sein, wobei dieser Preis jedoch von einer Reihe von Bedingungen abhängig gemacht wird: z.B. dürfen die jetzt geltenden Sicherheitsbestimmungen nicht verschärft werden und seitens der Behörden darf keine einzige Betriebsunterbrechung verfügt werden. Im Preis enthalten ist die 2-jährige Lagerung abgebrannter Brennelemente in La Hague, die einjährige Lagerung des Plutonium und die dreijährige Lagerung sonstiger WAA-Abfälle, wobei allerdings die Transporte zurück in die BRD nach franz. Sicherheitsrichtlinien durchzuführen sind. (Nuclear Fuel, 17.4.89)

Daß Frankreich billiger kommt als ein BRD-Standort ist freilich nichts Neues: Schon Anfang 1984 berichtete das Manager-Magazin über einen Streit innerhalb der DWK: Ein Drittel der Energieversorgungsunternehmen (EVU) votierte damals für die preisgünstigere Wiederaufarbeitung in La Hague, ein weiteres Drittel für die noch billigere "Direkte Endlagerung". Nur eine Minderheit der Energiekonzerne plädierte für die nationale WAA, die die Bundesregierung am 23.1.85 infolgedessen nur mithilfe eines Kabinettsbeschlusses durchzusetzen vermochte. Auch in öffentlichen Stellungnahmen betonten damals z.B. die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke, daß man sich nicht aus eigenem Antrieb, sondern nur wegen dieser politischen Vorgabe an Wackersdorf beteilige. Das Primat der Politik hatte damals funktioniert und wird auch heute von Bennigsen-Foerder, dem VEBA-Chef anerkannt. Seine Antwort auf die Frage, was passiert, falls die Bundesregierung den Cogema-Veba-Deal ablehnt: *"Dann ist das erledigt, dann bleiben wir in Wackersdorf."* (14.4.89, West 3-TV)
Nicht allein wegen der besseren französischen Preise steht Wackersdorf heute zur Disposition, sondern in erster Linie wegen des als sensationell empfundenen französischen Angebots einer deutschen Mitverfügung über die Plutoniumfabrik UP3. Benningsen-Foerder gegenüber dem Spiegel: *"Es lag jenseits unserer Vorstellungskraft, daß die Franzosen bereit sein könnten, einen deutschen Partner als Miteigentümer zu begrüßen. Wir waren überrascht, daß die Cogema uns angesprochen hat."* Eine gesonderte Untersuchung verdient die Frage, w a r u m Frankreich diese Initiative ergriffen hat. Die Ursache der aktuellen, durch Frankreich ausgelösten Wakkersdorf-Krise ist freilich die Entschlossenheit und der Breite der Anti-WAA-Bewegung in der BRD.

Die Widersprüche im Vorfeld

Das Memorandum des 3. April war bereits im Vorfeld Gegenstand intensiver nichtöffentlicher Regierungsaktivitäten. Die hierüber durchgesickerten Informationen reflektieren in ihrer Widersprüchlichkeit die real existierenden Wackersdorf-Differenzen im Regierungslager.
Die eine Version stammt von dem damaligen Chef im Bundeskanzleramt, Schäuble. In einer auch formal sehr ungewöhnlichen Pressemitteilung wird der Eindruck erweckt, als sei die Unterzeichnung des Memorandums vom 3.4. geradezu ein Affront gegen die Bundesregierung gewesen.
Zwar habe bereits am 2.3.89 der Veba-Chef den Kanzler *"beiläufig"* auf die mit COGEMA geführten Gespräche hingewiesen. In zwei unmittelbar vor Unterzeichnung des Memorandums am 3.4. geführten Telefonaten habe Schäuble dem VEBA-Chef jedoch erklärt, daß VEBA sich *"nicht auf eine Zustimmung der Bundesregierung stützen könne"*, zumal Kohl ohnehin erst mit Mitterand reden müsse, den er aber erst am 4.4. treffen werde. Ungeachtet dieser indirekten Bitte um Zeitaufschub wurde das Memorandum jedoch am 3.4., einen Tag v o r der deutsch-französischen Begegnung unterzeichnet.
Nach der von "Spiegel" und "Zeit" kolportierten Version hingegen hatte der VEBA-Chef den Kanzler am 2.3.89 in größter Ausführlichkeit über den Cogema-Plan und die Kosequenzen für Wackersdorf informiert. Auch eine dpa-Meldung vom 12.4. erweckte den Eindruck, als sei der deutsch-französische Deal bereits geritzt: *"Nach Informationen des ZDF's ist die Entscheidung zur Aufgabe von Wackersdorf bereits gefallen. Unter Berufung auf Bonner Regierungskreise hieß es, ein Vertrag für die Zusammenarbeit mit Frankreich werde beim deutsch-französischen Gipfeltreffen nächste Woche in Paris unterzeichnet."* Dem entspricht eine Information, wonach die VEBA von dem öffentlichen Wirbel selbst überrascht wurde. Denn dort *"sei man davon ausgegangen, daß dieser Vorgang erst nach den Gesprächen von Bundeskanzler Kohl mit Präsident Mitterand in der kommenden Woche bekanntgegeben werde."* (PE der bayerischen Landtagsgrünen, 13.4.89)

Sicher ist, daß der Deal nicht durch den VEBA-Chef sondern durch das Bundespresseamtes am 11.4. öffentlich gemacht wurde. Und fest steht weiterhin, daß aufgrund der sich anschließenden CSU-Inter-



ventionen die Geschäftgrundlagen für die deutsch-französischen WAA-Beratungen am 19./20.4. erheblich verschoben wurden.
Die Auseinandersetzungen zwischen dem 11. und 14.4. verdienen eine Detailbetrachtung - sie belegen die Tiefe der Widersprüche im Regierungslager und sind zugleich eine Grundlage für die Beantwortung der Frage, worauf die Anti-WAA-Bewegung sich ggfls. einzustellen hat.

Permanente Regierungskrise

10.4.89: Waigel, Lambsdorff, Töpfer, Riesenhuber, Haussmann und Dick (bayr. Umweltminister) beraten im Kanzleramt auf Einladung Schäubles über die Zukunft der WAA Wackersdorf. Am Abend setzen Waigel und Kohl in einem 4-Augen-Gespräch die Beratung fort.

11.4.89: Regierungssprecher Ost macht in einer Pressemitteilung die "unverbindliche Absichtserklärung" von VEBA und COGEMA erstmals publik. Das "nationale Entsorgungskonzept" der BRD sei hiervon nicht berührt.

12.4.89: Das Thema Wackersdorf beherrscht die Abendnachrichten. Am Vorabend der Präsentation einer neuen Regierung macht Waigel lt. Heute-Journal seine Mitarbeit im Kabinett abhängig von der "unmißverständlichen" Kanzlerzusage, an der WAA Wackersdorf festzuhalten. Kohl dementiert dieses Junktim. Lt. Streibl haben sich am 12.4. jedoch Kohl, Waigel und Lambsdorff auf den Weiterbau der WAA geeinigt. (Mittelbayerische Zeitung,14.4.) In Bonn kursiert das Gerücht von der Existenz eines diesbezüglichen Waigel-Briefes an Kohl.

13.4.89: Große Pressekonferenz mit Regierungsumbildung. Den ZDF-Nachrichten melden um 0.35, Waigel habe sich *"noch nicht entschieden, ob er den Kabinettsposten annimmt"*. Die Pressekonferenz beginnt eine Stunde später als vorgesehen. Waigel ist im Kabinett und Kohl verliest einen vorbereiteten Text zu Wackersdorf, der - so Kohl - auch die "Gesprächsgrundlage" mit den Franzosen darstelle. Dieser Text und sein Schlüsselsatz konnten durchaus als eine verklausulierte Absage an eine WAA Wakkersdorf interpretiert werden: *"Sollten jetzt Präzisierungen dieses (nationalen Entsorgungs-)Konzepts für die Zeit nach 2000 notwendig und zweckmäßig sein, werden wir bei einer solchen Entscheidung der besonderen Verantwortung, der der Gesamtstaat für den Freistaat Bayern hat...Rechnung zu tragen haben."* Die Antwort aus Bayern ließ nicht auf sich warten: In einem Fernschreiben vom selben Tag fordert Ministerpräsident Streibl, *"sofort und eindeutig"* eine Richtlinien-Entscheid des Kanzlers zugunsten Wackersdorf:*"Ich weise Sie darauf hin, daß eine Beteiligung der Veba an der Cogema und der Bau der WAA sich gegenseitig ausschließen."*

14.4.89: Aufgeschreckt durch das bayerische Fernschreiben versammeln sich erneut Waigel, Lambsdorff, Töpfer, Riesenhuber, Haussmann und Dick bei Schäuble im Bundeskanzleramt, um die Vorgabe für die deutsch-französischen WAA-Gespräche zu revidieren. Das Ergebnis (*"Ich war heute auch erstaunt, als ich das las"* - so der Regierungssprecher) liest sich wie folgt: *"Die Bundesregierung wird (bei den deutsch-französischen Konsultationen) keinen Zweifel daran aufkommen lassen, daß sie nach wie vor ein integriertes Entsorgungskonzept mit einem Standort der WAA in Deutschland und damit in Wackersdorf aus Gründen der Entsorgungssicherheit für notwendig hält."* Das COGEMA-Angebot solle unter der Prämisse "Wackersdorf erhalten" geprüft und das nationale mit dem internationalen Konzept harmonisiert werden. (Protokoll Bundespressekonferenz) Eine von der Koalitionsrunde eingesetzte Arbeitsgruppe solle diesbezügliche Positionspapiere für den Gipfel erarbeiten. (SZ,15.4.)

Dabei blieb es. Zwar erklärte Bennigsen-Foerder, Wackersdorf und La Hague könne er sich nicht vorstellen. Die CSU jedoch konnte im bayrischen Landtag stolz einen Brief des Kanzlers zitieren, wonach dieser bei dem Gespräch mit Mitterand *"keinen Zweifel daran aufkommen lassen"* werde, daß die Bundesregierung eine WAA in Wackersdorf *"für notwenig"* hält. (taz, 19.4.) Diese Grundlage ermöglichte der CSU fortan einen modifizierten Sprachgebrauch: Bayern, das sei doch klar, werde bei neuen Erkenntnissen gewiß nicht um eine WAA kämpfen...
In Paris kam Mitterand *"seinem Freund Kohl in der heiklen Frage der nuklearen Zusammenarbeit entgegen"*, schrieb am 21.4. die Neue Osnabrücker Zeitung: *"Wider Erwarten" stimmte er der Errichtung von zwei WAA-Standorten zu.* In der in Paris verabschiedeten Erklärung heißt es:

"Nachdem die Bundesregierung in Übereinstimmung mit der französischen Regierung ihren Willen bekräftigt hat, an ihrer Politik des Brennstoffkreislaufes festzuhalten, was das Bestehen von zwei Standorten von Wiederaufarbeitungsanlagen in Frankreich und in der Bundesrepublik Deutschland einschließt, sind die beiden Regierungen übereingekommen, die Absichtserklärung zwischen VEBA und COGEMA in einen größeren Zusammenhang zu stellen..."

Eine französische und eine bundesdeutsche Arbeitsgruppe sollen den "größeren Zusammenhang" innerhalb von zwei Monaten konkretisieren. Der BRD-Gruppe ist hochrangig besetzt. Ihr gehören unter der Leitung Töpfers ein Mitglied der bayerischen Staatsregierung sowie die Staatssekretäre des Wirtschafts- und des Forschungsministeriums sowie des Auswärtigen Amtes an. Die Zusammenarbeit, so Töpfer am 20.4. vor dem Bundestag, *"müsse auf zwei Säulen in Frankreich und in Deutschland aufgebaut"* werden, *"die sich bei der Bewältigung der auftretenden Lasten wechselseitig unterstützen."*

Sollen die deutsch-französischen Gespräche die schrittweise Aufgabe von Wackersdorf lediglich vernebeln? Geht es um eine zukünftige Arbeitsteilung, bei der die militärisch interessante WAA in Frankreich bleibt und die gemeinsame Brennelemente-Fertigung nach Bayern kommt? Oder wollen beide Länder an der Existenz von nationaler, großer Wiederaufarbeitungsanlagen festhalten?

Es ist noch früh für eine definitive Antwort. Zuviele Unbekannten sind im Spiel. Unabhängig von der konkreten Zukunft der WAA Wackersdorf können allerdings schon heute für die weitere Widerstandsdebatte gegen die WAA und die Stoßrichtung der Mobilisierung zur München-Demo am 3.Juni erste Thesen formuliert werden:

These Nr.1:

VEBA sucht eine Überlebensstrategie für die Plutoniumwirtschaft

Die Anpassung der Grünen und die Herausbildung der REPs haben einen Regierungswechsel 1990 in den Bereich des Möglichen gerückt. In diesem Falle wäre zumindest die WAA Wackersdorf, ggfls. sogar die WAA-Option insgesamt gefährdet. Der COGEMA-Deal dient u.a. dem Ziel, dieser Option über aller politischer Erschütterungen hinüberzuretten. War es in Hessen die Bundesaufsicht, die als "Sachzwang" die Expansion der Hanauer Atombetriebe absicherte, so soll bei rosa-grün oder rosa-gelb auf Bundesebene ein deutsch-französische Staatsvertrag die Rettung der bundesdeutschen Plutoniumwirtschaft sicherstellen. *"Denn ein deutsch-französischer Staatsvertrag - "conditio sine qua non" für die Zusammenarbeit zwischen Veba und Cogema - bindet alle Betroffenen, z.B. auch e ne neue Regierung in Bonn"*, vermerkte bereits am 18.4.89 das Handelsblatt. Der v elfach gefeierte "Aussteiger" an der Spitze des Veba-Konzerns entpuppt sich so als der weitsichtige Wegbereiter der Plutoniumwirtschaft; das sympathieheischende Gerede von dem "energiepolitische Konsens" als Vorschlag, wie ein sozialdemokratisches Anti-WAA-Programm ggfls. gekippt und der "Konsens" dennoch erhalten werden kann. Ohne erkennbaren "Dissens" verseuchen in La Hague schon heute überwiegend bundesdeutsche Nuklear-Hinterlassenschaften den Atlantik und den Nordwesten Frankreichs.
Die Anlehnung an Frankreich zur Sicherung von innenpolitisch gefährdeten Optionen dürfte für Kohl ein wesentlicher, wenn auch nicht der Einzige Grund sein, die Cogema-Offerte aufzugreifen. Eine in Bonn besonders gern gesehene Variante der Zusammenarbeit sieht vor, die Veba in La Hague und die Cogema in Wackersdorf einsteigen zu lassen (vgl. Protokoll Bundespressekonferenz, 17.4.). Ein derartiges Abkommen könnte sogar einer Fertigstellung der Bayern-WAA den Weg bahnen.

These Nr 2:

An der "nationalen" Option wird festgehalten

Es ist noch nicht zu überschauen, ob die Bundesregierung die WAA Wackersdorf halten kann (siehe unten). Sicher ist allerdings, daß sie auf eine eigene WAA, zumal nach dem Einlenken Frankreichs, nicht freiwillig verzichten wird. Ebenso sicher ist, daß dahinter das Interesse steht, sich die militärische Nuklear-Option offenzuhalten. Bei aller deutsch-französischen Kooperation im Bereich der Ökonomie weiß man genau, daß Frankreich auch in Zukunft eine nuklear ebenbürtige BRD verhindern will. Die deutsch-französische Variante wird deshalb auch langfristig das nationale Element der BRD-Plutoniumwirtschaft nicht völlig ersetzen können.
Ausgerechnet ein Gewerkschaftsführer, der IG-Chemie-Chef Rappe, hat unter Rückgriff auf das Vokabular Adenauers einen ersten diesbezüglichen Vorschlag unterbreitet. Er unterstützte - so Rappe - ja den Veba-Chef, wame aber vor der Gefahr, die WAA-Technologie aus politischem Opportunismus ins Ausland abzudrängen: Dann *"bestünde die Gefahr, daß der Morgenthau-Plan mit 50 Jahren Verspätung verwirklicht würde."* (Adenauer nannte 1967 den Atomwaffensperrvertrag einen "Morgenthau-Plan im Quadrat".) Man dürfe - so Rappe - aus der *"nationalen Wiederaufarbeitungstechnologie"* nicht vollständig aussteigen. Deshalb solle zumindest die WAA im Kernforschungszentrum Karlsruhe, die bisher über 1000 kg Plutonium abgetrennt hat, *"erhalten und modernisiert werden."* (Handelsblatt, 19.4.89)
"Modernisiert..." - wieder so ein Schlüsselwort.

Rappe verkörpert die alte Helmut Schmidt-Linie, die im SPD-Parteiapperat weitere Anhänger und bei den Unionsparteien eine Mehrheit hinter sich weiß. Für diese Leute war und ist das Festhalten an der Politik des "geschlossenen Brennstoffkreislaufs" (siehe deutsch-franz. Erklärung) ein Teil der Staatsräson, wobei der Begriff "geschlossener Brennstoffkreislauf" nur eine Chiffre ist für die Entwicklung der militärisch abrufbereiten Technik der Urananreicherung und Wiederaufarbeitung. Es gibt für die Bundesregierung ohne entsprechende innenpolitische Zwänge keinen Grund, von der Politik des "geschlossenen Brennstoffkreislaufs" abzurücken, die z.B. 1977 mit dem Festhalten an der WAA Gorleben selbst gegen massivste us-amerikanische Anfechtungen verteidigt werden konnte. Leider gibt es z.Zt. weder in der Friedens- und Anti-AKW-Bewegung noch bei den GRÜNEN eine erkennbare Anstrengung, das militärische "Stand-By"-Programm der Bundesrepublik prinzipiell aufs Korn zu nehmen. Dabei böte die aktuelle Wackersdorf-Krise gerade für eine derartige Kampagne einen optimalen Ansatzpunkt. Es war für die Bundesregierung schon immer ein Problem, ausgerechnet die waffentechnisch bedeutsamen Technologien als angeblich "nationales" Erfordernis zu verankern. Stärker als jemals zuvor ist man heute in Bonn mit der Schwierigkeit konfrontiert, *"daß diese (waffentechnische) Möglichkeit in der Bundesrepublik tabuisiert (ist) und man sich daher nicht einmal intern darüber klar verständigen (kann), wie gewichtig dieses machtpolitische Interesse (ist) und wieweit man sich darauf verlassen (kann), daß der Staat die erforderlichen Technologien zu gegebener Zeit ohne viel Aufhebens mitfinanzieren (wird)."*

3. Aus für die WAA Wackersdorf?

Das COGEMA-Angebot hat die schon länger bestehenden Widersprüche innerhalb der herrschenden Eliten zur Frage der WAA Wackersdorf dramatisch zugespitzt.
Die VEBA AG ist nicht irgendjemand. 1985 rangierte sie mit 50 Mrd. Umsatz und 70.000 Beschäftigten auf Platz 4 der umsatzstärksten Unternehmen. Am AKW-Bereich beherrscht sie u.a. die PreussenElektra, die Urangesellschaft und die Uranit. In ihrem Windschatten hat sich die Fronde der erklärten Gegner einer nationalen Groß-WAA weiter verbreitert: Die Mehrzahl der Energiekonzerne, die SPD, die FDP-Parteibasis und Teile der CDU sind heute gegen den Weiterbau der WAA.
Ein entgegengesetztes Interesse haben bisher neben der CSU der WAA-Erbauer Siemens, Teile des Bayernwerks und die DWK angemeldet.

Auf der Erscheinungsebene gibt es einen Widerspruch zwischen dem eher westeuropäisch denkenden, profitratenkalkulierenden Großkapital um einen Bennigsen-Foerder und den eher chauvini-

stisch orientierten Frontsoldaten um Dregger und Waigel - mit einem Kanzler zwischen den Seilen. Die Wirklichkeit sieht natürlich etwas komplizierter aus. So darf die eine Seite durchaus Kritik an der vorwiegend ökonomischen Argumentation der VEBA geübt werden, während die Wackersdorf-"Gegner" die Tabuisierung der militärischen Optionen zur eigenen Maxime erheben. Graf Lambsdorff spricht von einer *"außenpolitischen Frage von höchster Brisanz"* um gleich darauf den Finger auf den Mund zu legen. Man weiß davon aber hält das Maul. Genscher, der heute gegen den Stahlhelm den kürzeren zieht, wird ihn morgen in der Debatte über einen grundgesetzlichen Atomwaffenverzicht erneut verteidigen. Als "stiller Teilhaber der gegenwärtigen Regierung" in der Frage der WAA (FAZ, 28.4.) wird auch die SPD nicht aus der Reihe scheren. Selbst Wolfgang Roth, der noch 1986 die WAA als "Option für deutsche Kernwaffen" bekämpfte, hat heute den Schongang eingelegt, wenn er nur noch den *"wirtschaftspolitischen Skandal"* (FR,15.4.) an den Pranger stellt. Es bleibt somit einem Lothar Domröse, Generalleutnant a.D. und Präsident der Clausewitz-Gesellschaft vorbehalten, den deutsche Atomwaffen-Standpunkt in Erinnerung zu bringen:

"Jede Überlegung zur Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, auch jede Strategie, hat die Existenz von Nuklearwaffen oder die Möglichkeit einzubeziehen, Nuklearwaffen mit Beginn eines Krieges zu produzieren." (Europ.Wehrkunde, 2/89, S.80) Voila!

Nun ist Wackersdorf in der Tat weder Fisch noch Fleisch: Als Militärprojekt ist die Anlage überproportioniert, als Projekt der Energiewirtschaft hingegen konkurrenzunfähig, da zu klein.

Das Schicksal der WAA Wackersdorf ist derzeit nicht absehbar:

Auf der einen Seite möchte man keinen Pfifferling mehr auf die Zukunft dieser Anlage verwetten:
Die militärische Option ist nicht an Wakkersdorf gebunden: Karlsruhe, Gronau und Hanau bieten genug. Da eine Absage an Cogema mittlerweile offenkundig ausgeschlossen wird, stellt sich selbst für ein verkleinertes Projekt das Probleme, die erforderlichen Milliardenausgaben mit nichtmilitärischen Argumenten zu legitimieren. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß der Wackersdorf-Verzicht bereits jetzt als Trumpfkarte für die deutsch-französischen Atomgespräche bereitgehalten wird.

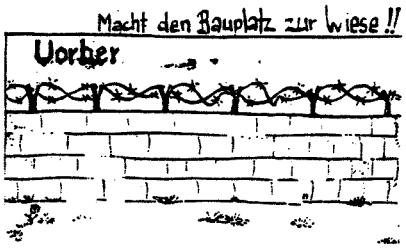
Andrerseits sollte man gerade dieser Regierung immer nur das Schlimmste zutrauen. Der Poker mit dem Pochen auf die nationale Option war bisher keineswegs erfolglos. Neue chauvinistischen Verdummungskampagnen deuten sich in den Beschwörungen eines angeblichen höheren Sicherheitsstandart der bayerischen WAA bereits an. Ein Einstieg des zivil-militärischen Cogema-Konzerns in Wackersdorf würde der BRD - wenn auch nur für den Preis einer französischen Mitsprache - die Option auf die großtechnische Plutoniumherstellung erhalten.
Im Kontext der geplanten Europäischen Sicherheitsunion galt Wackerdorf bisher als eine wesentliche materielle Verkörperung der "Drittstaatenthese" Helmut Kohls: Die Anlage war und ist ein Symbol für den Anspruch auf nukleare Gleichrangigkeit gegenüber Frankreich und Großbritannien. Wir dürfen niemals vergessen, daß in einem nicht unwesentlichen Detail auch ein Bennigsen-Foerder unter Seinesgleichen in der Minderheit ist: Mit seiner Mahnung, man dürfe *"nicht vergessen, daß wir ein kleines Land sind."* (Spiegel 16/89)

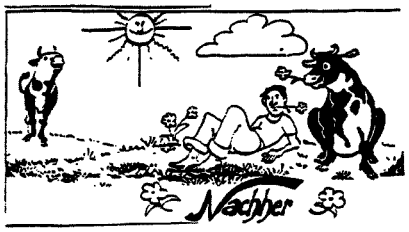
Daraus folgt: Noch niemals gab es größere Chancen, die WAA Wackersdorf zu kippen. Es wäre jedoch verfrüht, bereits jetzt zu jubeln und der VEBA das Feld zu überlassen. Abgesehen von Notwendigkeit, ggfls. auch gegen ein Zwischenlager oder ein Brennelement-Fabrik in der Oberpfalz zu mobilisieren, muß gerade jetzt der Widerstand gegen die WAA auf allen Ebenen verstärkt werden. Jedes weitere Festhalten an Wackersdorf muß als unzweideutiger Beleg für militärische Nuklearambitionen in Bonn denunziert werden. Gleichzeitig muß der Widerstand auf Karlsruhe, d.h. auf jede weitere nationale WAA-Option ausgeweitet werden.
Gleichzeitig sollten wir uns in aller Schärfe von der VEBA und abgrenzen und stärker als bisher La Hague zum Gegenstand von Anti-WAA-Aktivitäten machen. COGEMA ist gleichermaßen im zivilen und militärischen Atombereich engagiert. Der Aufbau einer deutsch-französischen Plutoniumindustrie bedeutet, daß die Stromverbraucher bei uns zu allem anderen Ärger zukünftig auch noch dazu verdammt werden, die Force de Frappe zu subventionieren.

mk (Redaktion der atom)

La Hague

Bereits 1966 nahm Frankreichs zweite WAA UP-2 (UP=usine de plutonium) in La Hague den Betrieb auf, sie ist auf eine jährliche Wiederaufarbeitungskapazität von rund 400 t (vgl. WAA Wakkersdorf 350 t) ausgelegt.
Seit 1981 wird in La Hague an der UP-3, die auf jährlich 800 t ausgelegt ist, gebaut. Desweiteren ist eine Erweiterung der UP- 2 auf ebenfalls 800 Jahrestonnen geplant. Bis 1986 wurden rund 1700 t wiederaufgearbeitet, von denen allein rund 1050 t aus bundesdeutschen Reaktoren stammten.
Betreiberin dieser gigantischen Anlage, die sich auf etwa 300 Hektar Land erstreckt, ist die Cogema (Compagnie Générale des matieres nucleaires), die 1976 als privatrechtliche Tochtergesellschaft des staatlichen Commissariat à l'Energie atomique (CEA) gegründet wurde. Derzeit arbeitet die Anlage in La Hague rund 80% der in der westlichen Welt anfallenden Brennelemente auf. Die Cogema steht für die zivil-militärische Verquickung der französischen Nuklearpolitik. Bereits 1956 wurde die Einrichtung einer militärischen Abteilung innerhalb der Muttergesellschaft CEA beschlossen. Die Cogema hält 51,5% Kapitalanteile der größten Urananreicherungsanlage der Welt, der Eurodif bei Pierrelatte im Rhonetal (Waffenuran) und produziert in Marcoule das für die Sprengsätze benötigte Tritium. Im Dienste der Force de Frappe besorgt sie die Wiederaufarbeitung von Plutonium, das u.a. in dem militärisch verwendeten Schnellen Brüter Phénix anfällt. In der Region Nord-Cotentin ist die Cogema nach der Atomrüstungsgesellschaft "Arsenal" in Cherbourg die zweitwichtigste Arbeitgeberin. Rund 3000 Angestellte sind im Hauptwek von La Hague beschäftigt und weitere 6000 arbeiten derzeit noch auf der Erweiterungsbaustelle. 1987 hatte die Cogema einen Gewinn von 250 Millionen DM, die CEA erwirtschaftete im selben Jahr 1,8 Milliarden DM.





I N T E R V I E W

Seit den Äußerungen der VEBA , sie steige aus der WAA aus und kaufe sich in Frankreich bei der Cogema ein, wird dieses Thema täglich im bundesdeutschen Blätterwald behandelt.
Uns interessiert natürlich auch die Einschätzung der Bewegung.
Wir befragten hierzu Hannes K. vom Münchner Anti-Atom-Plenum, Ewald Ziegler, einer der Sprecher des Nürnberger Friedensforum, sowie Erna Wellenhofer vom Vorstand der BI Schwandorf. Aus der bundesweiten Anti-AKW-Bewegung befragten wir Wolfgang Ehmke, Pressesprecher der BI Umweltschutz in Lüchow-Dannenberg. Leider erreichte uns die Stellungnahme von Irene Sturm aus dem Vorstand der BI SAD nicht mehr.

Hannes K. vom Münchner Anti-Atom-Plenum

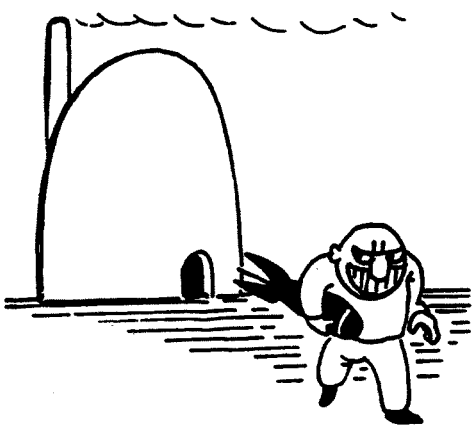
Radi Aktiv:Wie schätzt du die weitere Entwicklung der WAA in Wackersdorf ein?
Hannes: Es sieht wohl im Moment so aus, daß sich die Wirtschaft aus dem Projekt Wackersdorf verabschiedet. Das hat nicht nur wirtschftliche Konsequenzen, sondern auch für den Widerstand. Man will, nachdem sich hier ein erfolgreicher Widerstand gezeigt hat, nun diese Probleme erstmal erledigen. Es zeigt sich, daß die Parteien mit diesem Thema nicht mehr umgehen können . Die CSU hat jetzt wirklich Angst Wählerstimmen zu verlieren, andererseits glauben sie, daß die Wiederaufarbeitung so nicht mehr tragbar ist. Die WAA wird politisch so nicht mehr durchsetzbar sein. Das hat natürlich Konsequenzen für den Widerstand ganz allgemein. Einerseits in der Oberpfalz, wie gehen die mit dem Problem, um aber auch anderseits für uns von der Anti-AKW-Bewegung was, wird jetzt auf uns zukommen.

Radi Aktiv:Und in welcher Richtung sollen wir dann den Widerstand weiterführen ?
Hannes: So wie es absehbar ist, werden die Probleme erstmal nach Frankreich verlagert, man wird hier dem Widerstand gegen das Atomprogramm erst ganz allgemein den Wind aus den Segeln nehmen. Die Mitte-Rechts-Koalition glaubt wohl, daß ein energiepolitischer Konsens mit der SPD angestrebt werden muß, um das Atomprogramm überhaupt weiter durchsetzen zu können. Da ist genau der Ansatz, das heißt, wir gehen davon aus, daß sich gewisse Kreise aus der SPD und aus anderen Parteien wieder in diesen energiepolitischen Konsenz einbinden lassen. Das bedeutet für uns, daß wir uns vor allem mit dem Problem der Endlagerung auseinandersetzen müssen, weil wir erwarten, daß es zu einem Tauschgeschäft Wiederaufarbeitung - Endlagerung kommt. Das bedeutet dann,daß der abgebrannte Müll nach Gorleben kommt. Das dürfte dann wohl unser Hauptarbeitsschwerpunkt in nächster Zeit sein.

Ewald Ziegler, Nürnberger Friedensforum

Radi Aktiv: Wie schätzt du die Entwicklung der WAA in Wackersdorf nach den Verlautbarungen der VEBA weiter ein?
Ewald:Ich glaube, es ist ein Punkt erreicht auf den wir lange hingearbeitet haben. Daß nämlich der politische Preis so hoch wird, daß tatsächlich die Frage steht, ob dieser Preis zu bezahlen ist, ob da die wirtschaftlich Mächtigen und die Regierenden bereit sind, einen so hohen politischen Preis zu zahlen, um das Atomprogramm, die WAA durchzuziehen. Es ist im zweitem Punkt offentsichtlich, daß die WAA, was auch von der Friedensbewegung immer gesagt wurde, gebaut werden sollte mit dem Ziel atomare Technologie für den Export zu haben und gleichzeitig den Zugriff zur Atombombe. Beides ist wohl sehr schwer durchsetzbar und das ist wohl auch der Grund, daß sich der VEBA Konzern andere Möglichkeiten überlegt. Wir schliessen nicht aus, daß es statt der WAA reale Uberlegungen gibt, ob da nicht vielleicht eine NSolarzellenfabrik gebaut wird, was uns natürlich lieber wäre.

Radi Aktiv: Wie denkst du über die weiteren militarischen Nutzungsmöglichkeiten von derzeitigen Atomanlagen oder in Kooperation mit Frankreich?
Ewald: Es wäre falsch zu glauben, wenn wir es erreichen, daß die WAA nicht gebaut wird, dann auf breiter Linie Entwarnung geben zu können. Das wäre ein großer Trugschluß. Es ist tatsächlich ein Punkt, daß von den Mächtigen in unserem Lande, die immer noch von der eignenen Atombombe träumen, versucht wird, eben auch über Europa - sprich westeuropaische Integration - mit Frankreich dazu zu kommen. Nicht zuletzt deshalb hat die Friedensbewegung letzten Oktober in Böblingen gegen die Aufstellung der ersten deutsch-französischen Brigade demonstriert. Und ich glaube mit dem EG-Binnenmarkt kommt da noch einiges auf uns zu. Es ist wohl offentsichtlich - Bundesrepublik High Tech und Finanzen - und Frankreich kann es etwas leichter haben mit atomaren Export und Atombombenproduktion und da wird versucht zu einem Arrangement zu kommen. Ich glaube, da muß man in Zukunft größeres Augenmerk auch von der Friedensbewegung darauf lenken.
Radi Aktiv: Welche Konsequenzen siehst du für den Widerstand, in welche Richtung kann, soll was weitergehen oder ist erst mal Feierstimmung angesagt?
Ewald: Ich glaube, als erstes muß das alles weitergehen bis tatsächlich beschlossen ist, daß die WAA nicht gebaut wird und dafür etwas anderes, Sinnvolles. Dann glaube ich sollte man sich auch mal die Zeit nehmen zu feiern und gleichzeitig überlegen, daß damit zwar ein Herzstück des deutsch Atomprogramms gekippt worden wäre, aber eben noch nicht das gesamte Programm zum ersten und zum zweiten müssen dann die ganzen Kriminalisierungsgeschichten, die Betroffenen rehabilitiert werden, da muß das Polizeiaufgabengesetz usw. zurückgenommen werden und das passiert sicher nicht im Selbstlauf .



Erna Wellenhofer Vorstand der BI Schwandorf

Radi Aktiv: Wie schätzt du die weitere Entwicklung zu Wackersdorf nach den neuesten Verlautbarungen der VEBA usw. ein?
Erna: Ich bin schon der Meinung, daß das Konzept WAA Wackersdorf fallen wird, denn ich habe mich so ein bißchen eingelesen und das Konzept wurde anfangs von der Industrie getragen, dann mehr für die Versorgung mit Plutonium, also als militärisches Konzept, dann in der Ära Schmidt als Entsorgung und jetzt wieder neu in La Hague und ich glaube, daß der Vertrag mit La Hague insofern ganz wichtig ist für die Industriekonzerne; nicht nur wegen des Geldes, sondern auch, weil es leichter durchsetzbar ist. Ich glaube, daß die militärische Option, die die WAA spielen soll in La Hague vielleicht sogar leichter zu verwirklichen ist, als hier in Wackersdorf. Die VEBA merkt, es gibt andere politische Mehrheiten, die auf Endlagerung hindeuten können und deshalb werden noch Verträge zementiert, die dann nicht so leicht aufzulösen sind, also juristisch, wirtschaftlich, also ein Stück schwieriger wird. Sie sorgen da vor und da sie es leichter können, als in Wackersdorf, ist es das aus für Wackersdorf.
Radi Aktiv: Was bedeutet das für den Widerstand?
Erna: Ich habe mich schon mit mehren WAA-Gegnern unterhalten und die sagen alle das gleiche: weiter wie bisher, wir trauen weder der VEBA, noch trauen wir Bonn, wir trauen nur unserem eigenen Widerstand. Wir glauben, daß sie uns doch noch übertölpen können; sie haben uns bisher auch belogen. Es kann noch sein, daß noch ein Zwischenlager gebaut wird und da gehen wir genauso dagegen an oder wenn wir das wirklich nicht bekommen, braucht uns Gorleben und letztendlich sogar La Hague und zur Zeit ist eine japanische Delegation da und wir haben beschlossen einen weltweiten Anti-AkW-Widerstand zu machen.

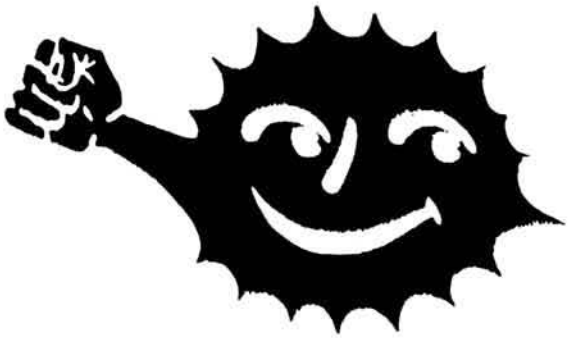
Foto: Joker

Stellungnahme von Wolfgang Ehmke

Die Aufgabe des WAA-Standorts Wackersdorf ist natürlich ein großartiger Sieg der bundesweiten Anti-AKW-Bewegung. Nachdem der Irrlauf der DWK quer durch die Republick die Menschen auf die Straße gebracht hatte, zahlt sich nun der langfristige Widerstand aus: der politische und reale Preis für eine WAA ist dermaßen in die Höhe getrieben worden, daß die Elektrizitätskonzerne die bundesdeutschen Politiker düpiert im Regen stehen lassen. Geld regiert die Welt. Und damit ist der eigentliche Gegner der Anti-AKW-Bewegung benannt: das Kapital. Das Ausweichen nach La Hague ist von daher nur ein Etappensieg, für einen Siegestaumel auf unserer Seite gibt es keinen Anlaß. Denn der Deal zwischen der VEBA und der COGEMA wird mit Sicherheit darauf hinauslaufen, daß die "zweite Säule" des sogenannten Entsorgungskonzepts die Vereinbarung über die Atommüllagerung auch im internationalen Maßstab darstellen wird. Der Schacht Konrad bei Salzgitter faßt schließlich 650 000 Kubikmeter Müll, sollte er eines Tages genutzt werden. Und in Gorleben erwarten wir für das CASTOR-Lager den ersten Transport, für den Bau der Konditionierungsanlage den ersten Spatenstich, das Endlager wird gegenwärtig trotz des Schachtunglücks im Mai 1987 seit Anfang des Jahres weiter abgeteuft: denn einen anderem Ort für hochradioaktive Abfälle gibt es nirgendwo sonst. Wer weiß schon, daß die Konditionierungsanlage eine Atomfabrik wird, die im großtechnischen Maßstab einer WAA vom Gefährdungspotential gleichkommt? Auch hier sollen Brennstäbe zerschnitten werden! Damit kommt wie ein Bumerang nach 12 Jahren Kampf die geballte Entsorgungsproblematik - gleich in europäischer Dimension - auf Gorleben zurück.
Ohne bundesweite Solidarität werden die Salzgitteraner und wir Lüchow-Dannenberger diese Auseinandersetzung nicht durchstehen können. Der neue "energiepolitische Konsens" zwischen CDU/CSU und SPD zielt darauf ab, die Essentials des Atomprogramms zu retten (Weiterbetrieb der AKWs, Zwischenlager und Endlager mit Konditionierung), d.h. in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung wird die Luft für uns dünner. Ich stelle mir vor: bald werden wir wieder als Utopisten und Spinner verschrien, als Maximalisten und uneinsichtige Radikale. Auch ein reduziertes Atomprogramm ist ein Atomprogramm. Das "Angebot", in 10-30 Jahren aus der Atomenergie auszusteigen, wenn die Atommeiler genug Profit abgeworfen haben, heißt leben mit dem Restrisiko. Aber ein Risiko, das uns den Rest geben kann, lehnen wir ab. Wir brauchen keine Zwischenlager, denn stillgelegte AKWs eignen sich zur Zwischenlagerung von Atommüll. Das allein ist akzeptiert. Über alles andere, z.B. die Endlagerung, reden wir erst, wenn wir die Stillegung der AKWs erzwungen haben.

Stellungnahme der Frühjahrskonferenz der Anti-AKW-Bewegung:

Einschätzung zur aktuellen Diskussion der europäischen atomaren Zusammenarbeit



Durch die Entscheidung der VEBA, in La Hague 400 Jahrestonnen an abgebrannten Brennelementen wiederaufarbeiten zu lassen, wird in Umrissen eine Neuorientierung der Atommafia in europäischen Dimensionen deutlich.

1. Es deutet sich die Aufgabe des Wiederaufarbeitungsstandortes Wackersdorf an. Wir bewerten dieses nicht zuletzt als das Ergebnis des jahrelangen Widerstandes. Gleichzeitig warnen wir davor, jetzt den Widerstand gegen Wackersdorf zu schwächen. Insbesondere in Hinblick auf die Zwischenlagerung und die MOX-Brennelementefertigung rufen wir verstärkt dazu auf, Wackersdorf endgültig und unwiderruflich zu verhindern.

2. Der Ausweg La Hague bedeutet generell, daß die Atomwirtschaft generell an der Wiederaufarbeitung festhält und die bisherige Praxis der Verschiebung der abgebrannten Brennelemente nach La Hague und Windscale auf Dauer festschreibt. Der Entsorgungsnachweis auf dem Papier und - nach der angestrebten staatsvertraglichen Regelung - auch der weitere Zugriff auf bombenfähiges Plutonium im Rahmen einer engeren deutsch-französischen Zusammenarbeit im militärischen Bereich sind nur zwei Gründe.

3. KWU und Framatome kooperieren auf dem Gebiet der Reaktorentwicklung und verkauf eng, um sich im zusammenbrechenden Exportmarkt einen möglichst großen Anteil zu sichern.

4. Im Gegenzug erhalten die sogenannten Entsorgungsanlagen Schacht Konrad und das Endlager Gorleben sowie die Pilotkonditionierungsanlage Gorleben für die deutsche und französische Atomwirtschaft erheblich mehr Bedeutung. Beide Endlagerstandorte, die sich als ungeeignet erwiesen haben, werden möglicherweise in Zukunft von der französischen Atomwirtschaft genutzt. Der Kampf wird für uns schwieriger. Insbesondere die Konditionierungsanlage in Gorleben, für die im Sommer die Genehmigung und im Herbst der Baubeginn erwartet wird, bekommt bei dieser gesamteuropäischen Lösung eine zentrale Bedeutung. Die jetzt geplante 35-Tonnen-Versuchsanlage ist unter diesem Aspekt nur als erste Baustufe einer großtechnischen Anlage zu sehen. Der alte Traum der Atommafia, Gorleben und Schacht Konrad zum Atomklo der Nation zu machen, zeichnet sich in größeren Dimensionen als je zuvor wieder ab.

Es zeichnet sich ein neuer energiepolitischer Konsens zwischen CDU/CSU,FDP und SPD ab. Dies bedeutet insbesondere das Akzeptieren der Endlager Gorleben und Konrad. Nach dem Verzicht auf die nationale WAA und den Schnellen Brüter zum gegenwärtigen Zeitpunkt wird die Streitfrage, ob in angeblich zehn oder dreißig Jahren abgeschaltet wird, keine entscheidende Rolle mehr spielen. Damit verschärfen sich die Rahmenbedingungen für die Anti-AKW-Bewegung.

Wir wollen deshalb:

1. Eine stärkere Mobilisierung unseres Widerstandes und eine möglichst enge Zusammenarbeit zwischen deutscher und französischer Bewegung. Vorgeschlagen wurde eine Konferenz im Herbst in Saarbrücken.

2. Die Frühjahrskonferenz der Anti-AKW-Bewegung ruft zur bundesweiten Demonstration gegen WAA,Atomprogramm und Repression am 3. Juni 1989 in München auf. Angesichts der Einschätzung der neuen Lage halten wir einen Redebeitrag zur Frage der "Europäischen Entsorgungslösung" eine/r VertreterIn aus der Region Gorleben oder Konrad für dringend notwendig. Denn die Perspektive - großer Konsens, die BRD-AKWs noch dreißig bis vierzig Jahre weiterlaufen zu lassen, Gorleben und Schacht Konrad als Endlager für ganz Europa - erfordert verstärkten Widerstand. Sie bedeutet auch eine Phase verstärkter Repression national und international. Dagegen gilt es über alle Differenzen hinweg, die Solidarität zu organisieren. Deshalb halten wir mit aller Entschiedenheit an den vereinbarten Redebeiträgen von Ingrid Strobl und eine/r VertreterIn der Anti-Startbahnbewegung zu Repression und Kriminalisierung des Widerstands fest.

Mainz, 30.4.1989
einstimmig verabschiedet von 65 Gruppen und Initiativen der "neuen" und der "alten" Anti-AKW-Bewegung

Kommentar der Radi Aktiv

"Sämtlichen Firmen, die glauben, sich an der WAA eine goldene Nase zu verdienen, muß mit den verschiedensten Mitteln deutlich gemacht werden, daß langfristig ihre Verluste größer sind als ihr Gewinn."

Auf diesen Satz, den unsere Redakteurin Anita Aschenbrenner vor 4 Jahren in einem Interview mit der taz formulierte, reagierte Bayerns Justiz seinerzeit höchst sensibel: Er sollte eine "Aufforderung zu Straftaten" beinhalten und mit Gefängnis geahndet werden, unterstellte man Anita doch, sie könne damit nur ganz gewisse 'Mittel' gemeint haben.

Wie auch immer: Die verschiedenen Mittel haben ihren Zweck - wenn auch nur zum Teil - erfüllt: Die goldenen Nasen sollen jetzt in Frankreich verdient werden. Ein Erfolg sicherlich - und wiederum auch keiner, je nachdem, welche Seite des Ergebnisses betrachtet wird. Welche Rolle hat dabei der Widerstand gespielt? Oder war es nur eine 'außenpolitische Entscheidung' des Atomkapitals und der Bundesregierung? Die Gewichtung der verschiedenen Gründe ist nicht leicht zu bestimmen. Sicherlich aber ist es kein Zufall, daß in der BRD bereits zum zweiten Mal ein langfristig festgelegter Standort für eine WAA wieder aufgegeben wird. Erst recht nicht angesichts des 1.Grundsatzes bundesdeutscher Herrschaftskultur, einmal gefällte Entscheidungen, koste es was es wolle, mit aller Gewalt auch durchzuziehen, aus reiner Staatsräson.

Aber mit dem heutigen Ergebnis ist unsere Arbeit längst nicht erledigt. Gibt es demnächst wirklich einen neuen "energiepolitischen Konsens", wie ihn sich der VEBA-Chef als positiven Nebeneffekt erhofft? Die Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen. Die SPD bietet mit der 'Alternative Endlagerung' schon die nächstliegende Leimrute an. Statt endlich die Abschaltung aller AKWs zu fordern, wird von neuen Perspektiven der Atomindustrie - und nun auch noch im 'europäischen Haus' - geträumt. Und diese Träume haben es in sich, egal ob sie unter der jetzigen oder zukünftigen Regierungen verwirklicht werden.

Die atomaren und militärischen Optionen bestehen weiter

Auch wenn es natürlich begeisternd ist zu erleben, daß der eigene Widerstand mit dazu beiträgt, den politischen und ökonomischen Preis für die WAA so hoch zu schrauben, daß die herrschenden Kreise einen gewissen Rückzug antreten, so dürfen wir nicht den Blick dafür verlieren, um welche Art von Rückzug es sich handelt. Unabhängig davon, wie man diesen Rückzug interpretiert und welche Hintergründe im Einzelnen vermutet werden können, so ist doch eins ganz offensichtlich: Er dient dazu, langfristig nicht nur die Atomtechnologie sondern auch besonders ihre militärische Komponente abzusichern. Was sich derzeit auf europäischer Ebene an brisanten Konzern- und Interessenmischung entwickelt - Cogema, VEBA, Nukem, evt. englische Firmen - stellt alles in den Schatten, was wir bisher kennen. Daß die Cogema der atomare Hofliferant für das französische Militär ist, ist in Frankreich allenthalben bekannt. Was bedeutet es dann, wenn ein westdeutscher Konzern zu 49% daran beteiligt ist? Was bedeutet es dann, wenn die Cogema anteilsmäßig in die Nukem einsteigt, wie zur Zeit im Gespräch? Was bedeutet es dann, wenn vom Atom-Kapital die englische WAA Sellafield in dieses Konzept mit eingebunden wird? Gegen das, was da auf uns zukommt, sind die großen Skandale der letzten Jahre - Pakistan-Connection, Hanau, Mol - atomare Kleinstkriminalität. Auch die Anti-AKW-Bewegung wird also vermutlich nicht umhin können, in europäischen Dimensionen zu denken.

Wider das schnelle Vergessen

Die Verantwortlichen für die Pro-WAA-Entscheidung versuchen jetzt natürlich, Spuren zu verwischen. Die brutale, zynische und diktatorische Arroganz der Macht, mit der die CSU und ihre Anhangorgane in den vergangenen Jahren den WAA-GegnerInnen begegnet sind, wollen sie jetzt schnell vergessen machen. Auch wenn es skurril und lächerlich wirkt, wenn z.B. der bayerische Wirtschaftsminister August Lang heute "die WAA nicht mehr mag" und die inzwischen errichteten Gebäude am liebsten wegsprengen würde. (Nebenbei: für so eine Äußerung wären wir vor 2 Jahren sofort beschlagnahmt worden: Aufforderung zu Straftaten!), dürfen wir nicht unterschätzen, wie hartnäckig diese Leute ihre public relation betreiben und wie schnell die "Öffentliche Meinung" zu vergessen bereit ist. Die CSU-Führung weiß, daß gerade ihr harter, loyaler Flügel durch die WAA-Entwicklung schwer angeschlagen ist, waren es doch besonders ihre "Frontkämpfer", ihr Polizei- und Beamtenpotential, die sich in vorderster Linie für die WAA buchstäblich geschlagen haben. Und nun soll das alles völlig sinnlos gewesen sein! Es wird demnächst sehr viel Energie dareingesetzt werden, diese Scharten wieder auszuwetzen. Das heißt, wir werden u.U. noch sehr viel Mühe haben, dem schnellen Vergessen etwas entgegenzustellen.

Eins muß jedenfalls klar sein: Die Anti-WAA-Bewegung kann es nicht zulassen, daß sich die Tandler-Waigel-Streibl-Bande hier so einfach aus dem Staub macht. Jahrelang haben sie uns verfolgen, prügeln und mit CS besprühen lassen, und jetzt wollen sie plötzlich alle nichts mehr mit der WAA zu tun haben. Diese Leute ziehen heute einen Strich und bilanzieren mit den Mienen schreibtischtätiger Beamtenärsche: 71 Millionen DM mußten zwischen 1985 und '88 "für die Sicherheit der WAA zusätzlich" ausgegeben werden. Das wär's dann wohl? Nur ein zusätzlicher Posten im Etat?
71 Millionen hat es gekostet, uns die Köpfe blutig zu schlagen, uns zu jagen und festzunehmen, uns erkennungsdienstlich zu behandeln, uns einzuspeichern und einzusperren.
71 Millionen hat es gekostet, die Wasserwerfer mit extrastarken Druckkanonen auszurüsten, um möglichst vielen von uns das international geächtete CS-Gas in die Augen zu treiben.
71 Millionen hat es gekostet, Wochenende für Wochenende aus der ganzen BRD Polizeihorden zusammenzukarren, um einer unwilligen Bevölkerung immer und immer wieder dieselbe Lektion einzuprügeln: Ihr habt hier überhaupt nichts zu sagen! 2 Menschen kamen dabei zu Tode.

Und heute soll mit der Methode 'Wisch-und-Weg' alles ganz schnell vergessen werden. Was beklagt der CSU-Abgeordnete Will an diesen 71 Millionen? Leider seien "Fehlinvestitionen passiert". Wie "fehl" diese "Investitionen" für die WAA-Befürworter werden, hängt auch davon ab, wie schnell sich die Anti-WAA-Bewegung dazu bewegen läßt, zur Tagesordnung überzugehen. Wir meinen, es gibt noch einiges zu tun und zu bedenken, bevor die "Akte Wakkersdorfer WAA" endgültig geschlossen werden kann.

Vorsicht vor den Trittbrettfahrern

Nicht nur das Lager der WAA-Befürworter ist ins Rotieren geraten. Auch bei den Spezial-, Halb-, und Pseudeokritikern ist Bewegung zu verspüren. Plötzlich wollen schon alle ganz entschieden gegen die WAA gewesen sein. Um das zu demonstrieren, stürzten sich plötzlich verschiedene Gruppen und Personen, die man lange gar nicht oder nur im Fernsehen gesehen hatte, auf die Vorbereitungen zur Demo am 3. Juni. Und wie das bei diesen Leute so üblich ist, wollten sie alles umkrempeln: der Aufruf sollte geändert werden, die Redner gefielen ihnen nicht mehr, alles war ihnen zu links und radikal. Bedauerlicherweise stellten sich Teile des Widerstands, insbesondere die Mehrheit der Schwandorfer BI, diesen Manövern zur Verfügung. Wir halten dies in der momentanen Situation für genau den falschen Weg. So zu handeln kann dann richtig sein, wenn man aus der Defensive um Bündnispartner *werben* muß, aber nicht, *wenn sie einem die Türe einrennen. Da kann man sie ruhig erstmal anständig anklopfen und ein bißchen warten lassen.*

In dem Zusammenhang ist der um des Bündisses willen zugestandene Parteiredner (Armin Weiß, MdL Die Grünen) ein höchst brisantes Zugeständnis und geht u.E.

entschieden zu weit. Es bestand ja nicht ohne Grund seit Jahren Konsens in dieser Frage. Die Leichtfertigkeit, mit der dieser jetzt verlassen wurde, gibt zu denken. Wenn wir ersteinmal damit anfangen, kann bei der momentanen Stimmung noch viel mehr ins Rutschen geraten. Die SPD wird bis 1990 garantiert versuchen, mit ihrer billigen Anti-WAA-Position, die sie solange einnimmt, wie sie entweder nicht in der Regierung sitzt oder die WAA sowieso nicht mehr gebaut wird, auf Stimmenfang zu gehen. Und die Leute, die dann die Anti-WAA-Bewegung billig verhökern wollen, stehen schon bereit. ●

Fehlinvestitionen

Liebe Mittelbayerische Zeitung zu Regensburg,

selten lesen wir Aufsätze wie diesen, so nüchtern und weitblickend und die Zweifler und Zweiflerinnen überzeugend! Danke! Weiter so!

Nicht nur klärt Ihr rücksichtslos auf über die "Mehrausgaben für den Polizeibereich ... für die Sicherheit im Bereich der umstrittenen atomaren Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) in Wackersdorf" in den Jahren 1985 bis 1988:

Wg. heldenhaftem Kampfe zur Niederwerfung der aufmüpfigen Landbevölkerung sowie auch ungehorsamer Städter und Städterinnen haben die verschiedenen Abteilungen der Ordnungshüterschaft 71 Millionen Mark *mehr* als sonst verbraucht. Anstrengende Überstunden mußten bezahlt werden, moderne Investitionen wurden getätigt von Wasserwerfern bis zu Strahlenmeßgeräten: *Hoch das Bruttosozialprodukt!* Nicht zu vergessen auch die "Abgeltung" der Einsätze der Kollegen vom BGS.

Jetzt war alles *umsonst*? Wenn ja, wem ist da noch zu vermitteln, daß bereits 25,6 Millionen Mark für eine neue Festung der Bereitschaftspolizei in Sulzbach-Rosenberg "verbaut" wurden ("Auch deren Standort war bewußt im Blick auf die WAA gewählt worden").

Meinungsäußerungen einiger Parteien sind gleich parat:

- Die CSU wie immer sehr drastisch - "*Fehlinvestitionen*".
- *Die SPD wie immer etwas schwammig* - "In einem neuen Licht" erschienen nun (!) angesichts des "*Milliardengrabs*" die "*Millionenbeträge*" für die "harte Linie" (wie bitte? Erst jetzt Probleme? Haben wir richtig verstanden?)

Und wenn's doch weitergeht in Wackersdorf? Auch da habt Ihr von der MZ gnadenlos recherchiert. "Würde die Atomanlage weitergebaut, so müsse der Freistaat mit jährlichen *Mehrausgaben* im Polizeibereich von rund 50 Millionen Mark rechnen", zitiert Ihr einen Unbekannten.

Und wir vom Radi wurden mal wieder überhaupt nicht gefragt. Dabei hätten wir auch Antworten:

- Enttäuscht nicht die Investoren!
- Erleuchtung für die SPD!
- Weiter mit dem Widerstand!

(alle Zitate: MZ, 11.5.89)

Polizeieinsätze für die WAA waren teuer

71 Millionen Mark zusätzlich bezahlt / Ärger über Fehlinvestitionen / Haushaltsausschuß tagte

München (lby). Rund 71 Millionen Mark zusätzlich mußten in den Jahren 1985 bis 1988 für die Sicherheit im Bereich der umstrittenen atomaren Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) in Wackersdorf ausgegeben werden.

In dem Betrag sind Überstunden für die Polizei, zusätzliche Ausrüstungsgegenstände von Wasserwerfern bis Strahlenmeßgeräten und Abgeltungen für Einsätze des Bundesgrenzschutzes enthalten, nicht aber die regulären Kosten für die Bereitschaftspolizei.

Diese Zahlen nannte der CSU-Abgeordnete Christian Will am Mittwoch im Haushaltsausschuß des Landtags bei den Beratungen über den jüngsten Rechnungshofbericht. Darin werden allein für das Jahr 1986 die Mehrausgaben für den Polizeibereich mit 38,2 Millionen Mark beziffert.

Die SPD-Abgeordnete Gerda-Maria Haas meinte, angesichts des zu erwartenden „Milliardengrabs" in Wackersdorf stünden die Millionenbeträge, mit denen Bayern die Durchsetzung seiner „harten Linie" erkauft habe, in einem neuen Licht. Will gab zu, „es ärgert auch uns, daß hier Fehlinvestitionen passiert sind". 25,6 Millionen Mark wurden zudem bereits für eine Kaserne der Bereitschaftspolizei in Sulzbach-Rosenberg verbaut, deren Gesamtkosten auf 200 Millionen veranschlagt sind.

Auch deren Standort war bewußt im Blick auf die WAA gewählt worden. Würde die Atomanlage weitergebaut, so müsse der Freistaat mit jährlichen Menrausgaben im Polizeibereich von rund 50 Millionen Mark rechnen, hieß es am Rand der Sitzung. Will meinte zur Zukunft des Projekts: „Kämpfen bis zum letzten Mann werden wir nicht."

Arme Schweine

Furchtbares muß sich abgespielt haben. Über Nacht zerbrachen Weltbilder, Träume zerbarsten. Was jahrhundertelang richtig war, sollte nun plötzlich nicht mehr stimmen? *"Mein Vertrauen in die Industrie ist zerstört"*, bekennt Adolf Beck, CSU-MdL aus Donaustauf. Auch Umweltminister Alfred Dick ist von solchen Zweifeln gequält: *"Es ist schon eine schwere Enttäuschung, daß die Betreiber so mit uns umgesprungen sind."* Was das für diese Menschen heißt, können wir gar nicht ermessen. Schwere persönliche Krisen sind die Folge. *"Wir stehen mutterseelenallein in der politischen Landschaft"*, weint Wolfgang Dandorfer, CSU-MdL aus Amberg. *"Im Grunde geht es uns schlechter als vorher"*, fügt er noch hinzu. Mutterseelenallein! Das muß man sich mal vorstellen!
"Ohne Zweifel gibt es Verbitterung und Enttäuschung bei denen, die bisher den Kopf für die WAA hingehalten haben", resümiert CSU-Fraktionschef Alois Glück. Auch wenn wir dachten, wir hätten bisher die Köpfe gegen die WAA hingehalten, wollen wir das nicht so genau nehmen. Alois setzt nämlich noch leicht verwirrt hinzu: *"Die Situation ist ganz bestimmt nicht einfacher geworden"*, und in einem solchen Zustand bringt man schon mal was durcheinander. Manche reagieren depressiv, manche geradezu gefährlich. Dionys Prost, äh Probst aus Teublitz denkt nur noch an den Tod: *"Das ganze Hin und Her bedeutet für mich eine Beerdigung fünfter Klasse"*, während Herr Vomdran zurückschlagen möchte, sich aber nicht traut: *"Ich fühle mich schlecht von Bonn behandelt. Wir können aber nicht aus der Hüfte schießen."* Aber Herr Vomdran, als Leiter der bayerischen Staatskanzlei sollten Sie auch solchen existenziellen Krisen cool bleiben! Z.B. wie Ihr Generalsekretär Erwin Huber, der ganz trotzig deliriert: *"Wer uns Wackersdorf eingebrockt hat, der muß selbstverständlich finanzielle Mittel locker machen und das Gelände bestens nutzen."*

Wer nur, ja wer hat uns nur die WAA eingebrockt? Hoffentlich erinnert sich keiner mehr daran, denn sonst könnten Wolfgang Dandorfers dunkle Andeutungen nur allzu begründet sein: *"Ich habe Mitleid mit den Kollegen, die sich in den vergangenen Jahren besonders vehement für die WAA eingesetzt haben."* Was weiß er? Gibt es ein Komplott in der CSU? Auch Alfred Dick äußert Verdächtiges: *"Ich habe schon viel bessere Ideen als Hubert Weinzierl."* Vielleicht ein Feuchtbiotop in der bayerischen Staatskanzlei? Oder etwas viel, viel schrecklicheres, etwas, das sich gänzlich unserer Vorstellungskraft entzieht? *"Lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende"*, sinniert düster Herbert Huber, CSU-Landtagsabgeordneter. Und wenn Wirtschaftsminister August Lang dann noch hinzusetzt: *"Ich mache aus meinem Herzen keine Mördergrube"*, dann sollten doch bei einigen Leuten die Alarmglocken klingeln. Vielleicht war das jähe Ende von Franz-Josef schon der Einstieg in den Ausstieg?

Aber es gibt auch ganz andere, mutige, aufrechte und menschlich bewundernswerte Reaktionen. Ehrlich bekennt Alfred Dick: *"Es ist nicht ganz leicht, ein WAA-Befürworter zu sein."* Aber dann ringt er sich durch. *"Die WAA in Wackersdorf wird nicht gebaut werden. Ich bin ein Mensch, der sieht, was läuft."* Immerhin, das mußte ja mal gesagt werden. Und dann bricht es aus ihm heraus: *"Es ist eine schwere Last von mir und meinem Ministerium gefallen. Man kann den Menschen in der Oberpfalz das Hick-Hack um die WAA nicht mehr zumuten."* Der ganze grenzenlose Humanismus des christlichen Abendlandes bricht sich hier bahn. Auch CSU-Peter Welnhofer aus Regensburg spürt den Heiligen Geist: *"Warum sollen wir soetwas gegen den Widerstand der Bevölkerung oder der Wirtschaft durchsetzen?"* Wenn er wenigstens *'und'* statt *'oder'* gesagt hätte - denn gegen die Bevölkerung allein hat man's schließlich schon versucht... *Da antwortete ihm der Herr und sprach: Du Heuchler!* (Lukas 13,15).

Nicht nur den Glauben an die Industrie, auch den an den HERRN scheinen einige Herren tatsächlich verloren zu haben. *"Es kann doch jetzt, nach zehn Jahren im Auftrag der Partei und der Staatsregierung, nicht plötzlich aufgrund eines Einzelnen umgeschwenkt werden"*, ruft, ja schreit August Lang verzweifelt gen Himmel. Doch Gustl, kann! Die Wege des Herren sind unerfindlich und immer wieder überraschend. *"Wir Oberpfälzer stehen als die Blöden da!"* Ja, August, so ist es, zumindest einige Oberpfälzer. Aber es gibt noch ein Zurück: *"So laß denn ausrufen, daß das Volk es hört: Wer blöde ist und verzagt, der kehre um!"*, heißt es in der Bibel (Richter 7,3).

August Richard Lang ist sicherlich die tragischste Figur in diesem Jammertal. Noch eine Woche nach Bekanntwerden des VEBA-Geschäftes erklärt er: *"Ich gehe davon aus, daß die Sache weitergeht. Wir müssen ohne jeden Zweifel am Weiterbau festhalten. Die aktuelle Diskussion ist nichts weiter als das übliche wellenförmige Auf und Ab um die WAA."* Was sich dann abspielt, stellt sich als geradezu wogenförmiges Auf und Ab des Herrn Lang dar. Himmelhochjauchzend: *"Und selbst, wenn die WAA nicht gebaut wird: Wir werden das auch schaffen. Wir Oberpfälzer haben es immer geschafft"*, und schon im nächsten Moment zu Tode betrübt: *"Wir werden doch alleine stehengelassen."*

Die folgenden Tage müssen sehr hart gewesen sein. Während sich seine christlichen Mitstreiter beim letzten WAA-Gefecht im Landtag wacker schlagen (Maxl Streibl, unserl Ministerl: *"Es ist nicht meine Art, unangenehme Fragen auf die lange Bank zu schieben."*), reagiert Alfred pathologisch: Er geht einfach nicht hin und löst damit empörte Reaktionen seitens seiner Parteifreunde aus. Was tut er stattdessen? Er guckt sich in Passau eine Zahnradfabrik an. Eine Zahnradfabrik! Und was tut er noch? Er hält in Griesbach eine europapolitische Rede. In Griesbach! Jedem aufmerksamen Beobachter war spätestens zu diesem Zeitpunkt klar: hier ist die letzte Stufe der Eskalation noch lange nicht erreicht.

Und die deutete sich dann wenige Tage später an: *"Ich mag sie nicht mehr, die WAA."* Und dann blättert Alfred seine geheimsten Wünsche auf den Tisch: Wegsprengen möchte er die bisher erstellten Gebäude! 50.000.000 DM einfach in die Luft sprengen. Herr Lang. August Lang, Wirtschaftsminister des hiesigen Landstrichs. Da bleibt selbst uns die Spucke weg. Für viel harmlosere Wünsche wurden uns von den Raffgeiern seines Kollegen Innenministers einige Tausender aus der Tasche gezogen. Frechheit sowas. Diese Leute sind gefährlich.

(Zitate sämtlichst aus der Mittelbayerischen Zeitung und dem Neuen Tag seit dem 14.4.89)

August Lang, irgendwo auf dem Weg nach Wackersdorf

Redebeitrag/Presseerklärung zur Demo
TSCHERNOBYL HAT UNSER LEBEN VERÄNDERT

Trotz WAA-Verzichtsdebatte -

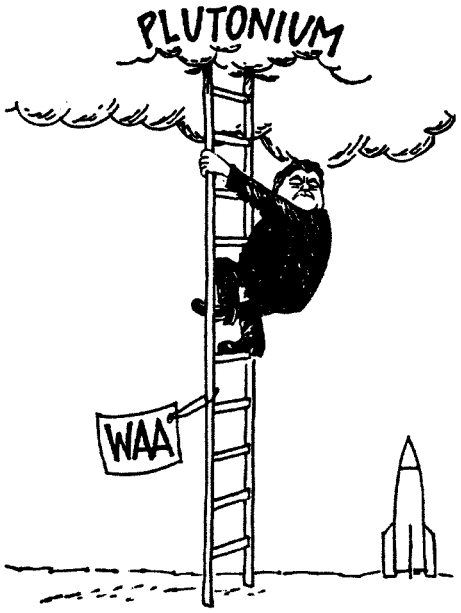
Der Drang zur deutschen A-Bombe besteht weiter!

Frank Schelm
Gertrud Kauderer

Aktuell erleben wir in der BRD eine Diskussion über ein eventuelles Fallenlassen der WAA in Wackersdorf und stattdessen eine Beteiligung der VEBA an der französischen WAA in La Hague.
Eine sehr verkürzte Agitations-Parole der Anti-AKW- und Friedensbewegung war:
Die WAA in Wackersdorf bedeute den Einstieg in die Plutoniumwirtschaft. Das in einer solchen WAA anfallende Plutonium könne für eine eigene deutsche Atombombe verwendet werden. Was wäre also näherliegender, als aus den jetzigen Diskussionen die oberflächliche Schlußfolgerung zu ziehen, mit der WAA in Wackerdorf falle auch die deutsche Option zur eigenen Bombe.

> Nur eins ist in der jetzigen Debatte ein völliges Tabu, (...) Wo verlaufen die militärischen Spuren, Interessen und Optionen in der jetzigen Debatte zwischen der BRD und Frankreich?

Da werden mal wieder, und nicht zum ersten Mal, reichlich journalistische Nebelbomben geworfen und bewußt oder unbewußt falsche Fährten gelegt. Wieder einmal wird uns vorgerechnet, wie unwirtschaftlich doch das ganze Atomprogramm (einschließlich WAA und Schneller Brüter) ist. Nur eins ist in der jetzigen Debatte ein völliges Tabu, egal, ob man die konservative FAZ oder den linksliberalen Spiegel oder die Frankfurter rundschau oder taz liest. Die tabuisierte Frage lautet: Wo verlaufen die militärischen Spuren, Interessen und Optionen in der jetzigen Debatte zwischen der BRD und Frankreich? Warum kann man nicht einfach zugeben, daß am Anfang der Atomforschung das militärische Interesse stand, sowohl in Nazi-Deutschland als auch in den USA, und daß bis heute die zivile und militärische Nutzung der Atomenergie siamesische Zwillinge sind, die sich nicht voneinander trennen lassen.
Bundeskanzler Kohl vertrat nach dem deutsch-französischen Gipfel in Paris das Zwei-Säulen Konzept: d.h. vorläufig soll sowohl an der WAA in Wackersdorf festgehalten werden, als auch eine Beteiligung an der WAA in La Hague erfolgen. Wirtschaftlich gesehen ist diese Option absolut sinnlos. Einen Sinn macht sie nur unter politischen und militärischen Gesichtspunkten. Diese könnten folgendermaßen aussehen: Mit der WAA in Wackersdorf möchte man (noch) nicht die eine diplomatische Trumpfkarte aus der Hand legen, mit der man eine Mitverfügung, Beteiligung o.ä. an der französischen Atombewaffnung im Sinne einer gemeinsamen Militärgroßmacht Europa erstreiten möchte. Mit der Beteiligung an der WAA La Hague könnte die deutsch-französische Plutonium-Kooperation ausgebaut



werden. Auch hier könnte es sein, daß die BRD, wenn sie schon an der Plutoniumerzeugung beteiligt ist, an der "Force de Frappe" zukünftig mitbestimmen will.
So utopisch, wie sich das anhört, ist dies gar nicht. Seit geraumer Zeit gibt es bei den Militärstrategen der BRD, Frankreichs und Englands eine Diskussion über eine westeuropäische bzw. eine deutsch-französische Atomstreitmacht. Im Februar dieses Jahres bezeichnete der französische Verteidigungsminister den Beginn der atomaren europäischen Verteidigung durch England und Frankreich als "Embryo" einer gemeinsamen europäischen Verteidigung. Es gibt in Frankreich seit einigen Jahren unzählige Angebote und Diskussionen, die BRD an der nuklearen Zielplanung der "Force de Frappe" zu beteiligen, den sogenannten Atomschirm über die BRD auszuweiten und eine gemeinsame, möglichst weit gen Osten gerichtete Vorneverteidigung anzustreben. Eine dieser Überlegungen war folgende: Die französische Hades-Rakete möglichst nahe an der DDR-Grenze mit Neutronen-Sprengköpfen zu bestücken und der BRD hierfür ein Zweitschlüsselsystem anzubieten. Im Dezember 1988 wurde als Zusatzprotokoll zum Elysee-Vertrag die Schaffung eines deutsch-französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrats verabschiedet, der auch eine militärisch-atomare Zusammenarbeit vorsieht. Danach stützt sich die gegenwärtige Strategie der Abschreckung nach wie vor auf eine "*geeignete Zusammensetzung nuklearer und konventioneller Streitkräfte.*"
Aber auch auf dem Brüter-Sektor gibt es schon lange (seit 1963) eine deutsch-französische bzw. westeuropäische Kooperation: An dem Schnellen Brüter "Super Phenix" ist neben Italien, Holland, Belgien und England auch die BRD über die RWE (Rheinisch-Westfählische Elektrizitätsgesellschaft) mit 11% beteiligt. Von dem dort erzeugten Plutonium von jährlich ca. 300 Kg stehen der BRD anteilmäßig 11% zu. Das im Super Phenix erbrütete Plutonium wird überwiegend für französische Atomwaffen verwendet, d.h. die BRD ist an der Erbrütung von Waffenplutonium für Frankreich beteiligt. Was sie mit ihrem Anteil an Plutonium macht, ist unklar.
Auch die WAA in La Hague extrahiert aus einem Großteil der bundesdeutschen Brennelemente bereits jetzt Plutonium! Die Anlagenbetreiber behalten sich vor, etwa zwei Prozent der nach Tonnen zu rechnenden Plutoniumsmengen als "nicht auffindbar" zu deklarieren, d.h. einzubehalten. Was damit geschieht ist ebenfalls unklar.
Man muß wissen, daß es in dem Atomwaffenstaat Frankreich keine Trennung zwischen ziviler und militärischer Atomenergie gibt. Z.B. ist die staatl. CEA (franz. Kommisariat für Atomenergie) für das zivile und militärische Atomprogramm zuständig. Frankreich plant, in den neunziger Jahren die Zahl seiner Atomwaffen auf das Fünffache zu steigern. Da muß zumindest die Frage gestellt werden, ob der Ausbau von La Hague nicht auch unter militärischen Gesichtspunkten stattfindet. Da Frankreich all diese ehrgeizigen Pläne nicht selbst finanzieren kann, sind BRD-Konzerne gern willkommen.

Aber selbst wenn es all diese deutsch-französischen Kooperationen und die WAA in Wackersdorf nicht gäbe, hätte die BRD gegenüber Frankreich noch einige nationale Trümpfe in der Hand: Da ist zum einen das bombenträchtige Kernforschungszentrum Karlsruhe. Dort gibt es bereits seit langem ein Klein-Wackersdorf und Klein-Kalkar im Maßstab 1:10, d.h. eine Wiederaufbereitungsanlage und einen Schnellen Brüter. Hier wurde bisher über 1000 kg Plutonium abgetrennt. Das reicht je nach Qualität für 50 bis 200 Atombomben. Die ebenfalls bombenträchtige Urananreicherungsanlage in Gronau bekam in diesen Tagen das Ja der nordrheinwestfälischen SPD-Regierung zum Ausbau ihrer Kapazität von jährlich 400 Tonnen auf 1000 Tonnen hochangereichertem, bombenträchtigem Uran. Desweiteren gibt es den staatlichen Plutoniumbunker in Hanau, in dem 2,2 Tonnen bombenfähiges Plutonium gelagert werden. Die genaue Isotopenzusammensetzung unterliegt bis heute der militärischen Geheimhaltung.

Die Liste der Indizien für eine Verwicklung des HMI in militärische Forschungen läßt sich fortsetzen: Das HMI forscht an der Ausschaltung des sogenannten elektromagnetischen Impulses, der bei dem Einsatz von Atomwaffen entsteht. HMI-Forscher halten Vorträge bei amerikanischen Militäreinrichtungen und bei der Bundeswehrhochschule in München. Wissenschaftler des HMI nahmen an NATO-Summer Schools teil oder waren Stipendiaten der NATO.

Wenn es im HMI nicht auch militärisch Relevantes gäbe, würden diese Kontakte absolut keinen Sinn machen. Die SPD/AL-Koalition ist uns noch eine Antwort schuldig, wie sie mit diesen brisanten Informationen umgehen will. Will sie das HMI schließen, oder will sie ihm eine Art ökologischen Persilschein verpassen?

Auch das Hahn-Meitner Institut in Berlin-Wannsee scheint in militärische Atomforschung verstrickt zu sein: Es ist bewiesen, daß das HMI Berlin neben dem KfK Karlsruhe nukleares Know-how für die 1979 gezündete südafrikanische Atombombe geliefert hat. Es gibt einen Austausch von Wissenschaftlern zwischen dem Hahn-Meitner Institut und südafrikanischen Atomforschungszentren. Ebenfalls bekannt ist, daß atomare Abfälle des HMI in die USA verschickt werden und in den dortigen Atomwaffenzentren für US-Atombomben weiterverarbeitet werden.

> Da muß zumindest die Frage gestellt werden, ob der Ausbau von La Hague nicht auch unter militärischen Gesichtspunkten stattfindet. Da Frankreich all diese ehrgeizigen Pläne nicht selbst finanzieren kann, sind BRD-Konzerne gern willkommen.

Zu einer atomaren Infrastruktur, die sich militärisch nutzen läßt, gehören drei Dinge: Das Know-how für die Fertigung von Atomsprengköpfen, Anlagen zur Herstellung von Plutonium oder hochangereichertem Uran, und weitreichende Atomraketen. Die Skandale um die KOLAS-Trägerwaffenforschung zeigen, daß auch an eigenen atomaren Trägerwaffen emsig weitergearbeitet wird.

Schließlich ist festzuhalten, daß die BRD nie ernsthaft auf eigene Atomwaffen verzichtet hat. 1954 wurde von der Adenauer-Regierung nur auf die Herstellung eines kompletten Atomsprengsatzes auf dem Gebiet der Bundesrepublik verzichtet, nicht aber im Ausland. 1958 wurde die atomare Bewaffnung der Bundeswehr von einer CDU-Mehrheit im Bundestag beschlossen, wenn auch nicht ausgeführt. Der 1969 unterzeichnete Atomwaffensperrvertrag wurde maßgeblich von der BRD durch deren Außenminister Willy Brand durch Sondervereinbarungen mit den USA ausgehöhlt. Er läßt beispielsweise die Beteiligung der BRD an einer westeuropäischen Atomstreitmacht zu, d.h. genau das, was aktuell zwischen der BRD und Frankreich anvisiert wird. Er tritt im Kriegsfalle ganz außer Kraft. Die Kontrollbestimmungen wurden total abgeschwächt und auf eine quasi Eigenkontrolle über die EURATOM beschränkt. Lediglich der komplette Bau eines nuklearen Sprengsatzes ist verboten. Alles andere - Atomwaffenforschung, die Herstellung von Atomwaffenkomponenten usw. - ist erlaubt. Außerdem läuft der Vertrag 1995 aus und müßte neu verlängert werden.

All das beweist, daß die BRD-Atomwaffenambitionen alles andere als ad acta gelegt sind. Sie werden leicht modifiziert im europäischen Rahmen mit Frankreich weiter vorangetrieben. Weitere Recherchen und Aufklärungsarbeit und politischer Widerstand an den bombenträchtigen Standorten ist bitter notwendig!

Mahnwache gegen Atomwaffentest Frankreichs auf dem Muroroa-Atoll
(Joker)

WAA-DEMO - 3.6.89 -

Gegen Atomprogramm und Repression

Nicht nur auf Seiten der Atomkraftbetreiber brökelt es, auch der Widerstand gegen die WAA und das Atomprogramm arbeitet eifrig um zum soforigen Ausstieg aus der Atomkraft beizutragen.

Seit Januar treffen sich verschiedene bayerische Gruppen aus der Friedens- und Anti-WAA-Bewegung zur Vorbereitung einer "Bundesweiten Großdemonstration" in München. Beschlossen wurde die Demo von der Nürnberger Herbsttkonferenz um gegen die Erteilung der 2. Teilerrichtungsgenehmigung zu demonstrieren.

Die aktuellen Ereignisse warfen nicht nur die damaligen Überlegungen über den Haufen, auch innnerhalb des bereits gebildeten Koordinationskreises wurde die Debatte um Aufruf, Stoßrichtung, Redner usw. von dem bis dahin eher abwartend agierenden rechten Teil der Bewegung noch einmal aufgerollt.
Mit diesem Artikel wollen wir die Auseinandersetzungen und Diskussionen im Vorfeld der Demonstration dokumentieren.

Große Harmonie - wenig Schwung

Bereits bei der Herbstkonferenz im November in Nürnberg hatte große Einmütigkeit zum Demonstrationsvorschlag geherrscht. Ohne Gegenstimme war damals die Demonstration untestützt worden. Diese Einmütigkeit setzte sich auch auf den folgenden Treffen fort. In Windeseile einigte mensch sich auf einen Termin, Aufruftext, Stoßrichtung usw. Angelehnt an die Herbstaktionen 87/88 wurden bereits beim ersten Treffen die inhaltlichen Schwerpunkte der Demonstration und die Grundlagen der Zusammenarbeit(Keine Gespräche mit der Polizei, Pressearbeit, keine Parteiredner usw.) geklärt.
Nach Vorliegen des konkreten Aufruftextes gab es dann doch noch Auseinandersetzungen über einige Passagen zu den "Startbahnschüssen" , zu 129a und der Gewichtung des Punktes Kriminalisierung im Aufruf. Von Bund Naturschutz, der nord- und südbayerischen Friedensbewegung, eines Teils der oberpfälzer BI's, der Mehrheitsströmung im Vorstand der BI-SAD(vgl. Artikel in diesem Heft) wurden Bedenken angemeldet. Nach zäher Diskussion wurde ein leicht veränderter Aufruftext verabschiedet.

Von Autonomer Seite wurde wurde ein Zusatz zum Hungerstreik und politischen Gefangenen gefordert, was vom rechteren Spektrum abgelehnt wurde. Dieses Thema sollte auf einer der beiden geplanten Auftaktkundgebungen abgehandelt werden.

Das RednerInnenkonzept für die Abschlußkundgebung wurde nur wenige Tage später auf einem ersten Koordinationskreistreffen verabschiedet. Vorgesehen waren jeweils 10-minütige Beiträge von Hubert Wein- →

Foto: Andreas Schoelzel

Foto: Joker

zierl(BN), SprecherIn oberpfälzer Bl's, Beitrag zu Frieden, Anti-Startbahnbewegung zusammen mit Ingrid Strobl, Oskar Neumann(WN),und ein VertreterIn der SWAPO bzw. Vanunu(Israel).
Die Demonstration stand also in groben Zügen und auf dem Papier wurde sie auch von einem ansehlichen Spektrum unterstützt. Der Kreis der "aktiven" UnterstützerInnen war jedoch sehr viel kleiner. Hier waren die linken Teile der Bewegung weitgehend auf sich allein gestellt, was sich ja auch im Aufruftext und den RednerInnen widerspiegelte. Der rechte Teil waren zwar anwesend machten die Demo jedoch nicht zu ihrer Sache.
Zwar war auch der rechte Teil der Bewegung auf den Vorbereitungstreffen vertreten, doch war die Unterstützung von diesen Kreisen gering. Von den oberpfälzer Gruppen und dem Vorstand der Bl-SAD beteiligten sich nur die linken Kräfte. Die bereits zugesagte Unterstützung wurde nochmals zur Disposition gestellt. Auch von Seiten der Fiedensbewegung zeigten sich Absatzbewegungen. Die Münchner und südbayerischen waren FriedensaktivistInnen gespalten. Die nordbayerische Friedensbewegung erklärte daraufhin, daß die Unterstützung der Demonstration nocheinmal diskutiert werden müsse.

Völlig neue Lage

Mit dem Bekanntwerden der VEBA-Pläne aus Wackersdorf aus- und in La Hague einzusteigen änderte sich dieses Bild jedoch schlagartig. Plötzlich wollte jede/r dabeisein, wenn es galt der Wackersdorfer Anlage des "Gnadenstoß" zu geben. Bei der nur drei Tage später stattfindenden BAAP(Bayerisches Anti-Atomplenum) krachte der Saal fast aus den Nähten. Der rechte Teil des Bl-SAD-Vorstandes hatte voll mobilisiert. Das schon festgelegte Demo-Konzept sollte nocheinmal gekippt werden. Streitpunkte in der hitzigen Debatte war der in Nürnberg noch einmütig zugestandene Redebeitrag zu Hungerstreik und politischen Gefangenen und die geplante Rede von Ingrid Strobl.

Man wolle - so wurde argumentiert - Terroristen und der RAF kein Forum für ihre Politik bieten; Ingrid Strobl käme aus diesem Umfeld und könne niemals reden; was "diese Sachen" mit der WAA zu tun hätten usw. Die Strobl-Rede rückte ins Zentrum des Streits. Ein Meinungsbild zu dieser Frage ergab dann jedoch mit 27 : 23 keine klare Mehrheit. An dieser Patt-Situation änderte auch der Koordinierungskreis nichts, der nach mehrstündiger Diskussion die Streitpunkte auf das letzte bundesweite Treffen am 6.5.89 verschob.

Mit Prinzipien gebrochen

Vor dem letzten großen Treffen in Nümberg war also noch einiges offen. Vorher war bekannt geworden daß sich der rechte Teil der oberpfälzer Gruppen nocheinmal getroffen hatte. Der Redebeitrag von Ingrid Strobl wurde zum "Knackpunkt" für die Demo-Unterstützung gemacht. Es versprach also spannend zu werden.
Den Coup landete dann der Vertreter des Bund Naturschutz. Er erklärte sich mit einem Redebeitrag von Ingrid Strobl einverstanden, wenn diese nichts zum Hungerstreik sagen würde. Dann schlug er Armin Weiß(MdL-Die Grünen) als Redner für die oberpfälzer Gruppen vor. Es gab zwar einiges Murren, doch wurde dieser Vorschlag dann angenommen.

Ein großes Unterstützerspektrum für die Demonstration am 3.6.89 war damit zwar gesichert, es bleibt jedoch ein fader Nachgeschmack.

WIR. WIR KAEMPFEN WEITER. WIR KOMMEN WIEDER. WIR KAEMPFEN WIEDER. WIR KOM MEN WEITER. WIR KAEMPFEN WIEDER WEITER. WIR KOMMEN. KAEMPFEN WIEDER. WIR KOM MEN WEITERKAEMPFEN. WIR KOMMEN. KAEMPFEN. WEITER. WIEDER KOMMEN WIR. KAEMP FEN WEITER. WEITER WEITER KAEMPFEN. WIEDERKOMMEN. WIEDER KAEMPFEN. WEITER KOMMEN. WEITER WIEDERKOM MEN. WIR KAEMPFEN WIEDER.

GEGEN ATOMPROGRAMM UND REPRESSION! KEINE WAA!

DEMO 3.6.89

IN MUENCHEN AUFTAKTKUNDGEBUNGEN 11.00 ROTKREUZPLATZ, 11.00 POSTWIESE HAIDHAUSEN
ZWEI ZÜGE ZUR ABSCHLUSSKUNDGEBUNG 14.00 ODEONSPLATZ

Resolution zum Hungerstreik

verabschiedet von der Frühjahrskonferenz der Anti-AKW-Bewegung am 30.April in Mainz

Seit dem 1.2.1989 befinden sich Gefangene aus RAF und Widerstand in einem Hungerstreik. Mit diesem Hungerstreik als letztem Mittel fordern sie ihre Zusammenlegung in ein oder zwei große Gruppen, die Freilassung der haftunfähigen Inhaftierten, die Möglichkeit zur nicht kontrollierten internen Diskussion und zur Kommunikation mit draußen.
Ihr politischer Gegenpart, insbesondere die Justizminister der Länder, schalten auf stur, bzw. versteifen sich auf sogenannte Kleingruppenlösungen (SPD-Länder), wie sie den Gefangenen schon in früheren Hungerstreiks zugestanden wurden und die von ihnen als "Kleingruppenisolation" abgelehnt werden.
Da der Zustand einiger Hungerstreikender kritisch ist und jederzeit mit Koma und Tod gerechnet werden muß (abgesehen von bleibenden körperlichen Schäden), bedeutet das Verhalten der Staatsmacht das klare Kalkül mit der Vernichtung des Gegners, begründet mit der ebenso platten, wie verlogenen Parole von der angeblichen "Nicht-Erpreßbarkeit des Staates".
Gerade die Anti-AKW-Bewegung weiß aus ihrer Geschichte, wie es um die Erpressbarkeit des Staates bestellt ist, wenn die Erpressung von Energiekonzernen, Reaktorbauern, atomwaffeninteressierten Militärs und gekauften Law-and- Order-Politikern ausgeht.
Und wir wissen auch, was es heißt, von Repression und Kriminalisierung betroffen zu sein: Verbotene und auseinandergeknüppelte Demonstrationen, Räumungen, Massenverhaftungen, Fließbandverurteilungen, Giftgas, Polizeikessel etc. . Radikale AKW-Gegnerinnen werden zu Terroristen erklärt, der 129a zur Allzweckwaffe des Staates auch gegen die Anti-AKW-Bewegung.
Auch aus diesen Erfahrungen heraus unterstützen wir die Forderungen der Hungerstreikenden Gefangenen. Die Erfüllung ihrer Forderungen ist die Voraussetzung zur Erhaltung ihrer körperlichen Integrität. Sie ist aber auch eine Voraussetzung für die notwendige Diskussion über politische Theorie und Praxis, eine Auseinandersetzung, die die Gefangenen fordern und wir wollen.

- Zusammenlegung aller Gefangenen aus Guerilla und Widerstand in ein oder zwei große Gruppen, in die neue Gefangene integriert werden, mit Zugang zu den Gemeinschaftshöfen. Zusammenlegung aller Gefangenen, die dafür kämpfen.

- Freilassung der Gefangenen, deren Wiederherstellung nach Krankheit, Verletzung oder Folter durch Isolation unter Gefängnisbedingungen ausgeschlossen ist. Freilassung von Günter Sonnenberg, Claudia Wannerssdorfer, Bernd Rössner, Angelika Goder. Freie medizinische Versorgung ohne Staatsschutzkontrollen für alle Gefangenen
- Freie politische Information und Kommunikation der Gefangenen mit allen gesellschaftlichen Gruppen."

(aus der Hungerstreikerklärung der RAF von Helmut Pohl, 1.2.1989)

Gleichzeitig mit den Gefangenen aus RAF und Widerstand befinden sich auch mehrere soziale Gefangene im Hungerstreik. Auch sie fordern die Aufhebung isolierender und demütigender Haftbedingungen, die Abschaffung von Zensur und Zwangsarbeit. Insbesondere unterstützen wir die Forderungen der Frauen in der Plötze. Allen Gefangenen, die sich gegen ihre Haftbedingungen wehren, gilt unsere Solidarität.
Für die Durchsetzung der Forderungen der hungerstreikenden Gefangenen demonstrierten am 29. April 10 000 Menschen aus verschiedenen bundesweiten Zusammenhängen und gesellschaftlichen Gruppen in Bonn.

"Streit im Vorstand der Schwandorfer Anti-WAA-BI"

Dokumentation der Radio Z - Sendung

Radio Z: Entzündet hat sich der Streit jüngst an der Vorbereitung der bevorstehenden Demonstration "Gegen WAA und Repression" am 3.6. in München und einer Stellungnahme zum laufenden Hungerstreik der Gefangenen aus RAF und Widerstand, welche an die Bürgerinitiativen verschickt wurde.
Zu den Auseinandersetzungen im Schwandorfer BI-Vorstand haben wir mehrere Vorstandsmitglieder befragt.

Radio Z: Der Streit um Hungerstreik und Isolation zieht sich momentan durch die ganze Republik, wobei bürgerliche Kreise, allenvoran die Grünen ihre Distanz zu linken oder grünabweichenden Themen oder Personen besonders deutlich machen wollen. Politischer Widerstand wird zur Zeit unter Grüne Obhut genommen, so auch der WAA-Widerstand, zumindest wie er sich in der Schwandorfer BI zeigt. Für Elisabeth sowohl eine Konsequenz der Grünen Entwicklung, als auch der personellen Besetzung des Schwandorfer BI-Vorstands.

Elisabeth: Ja. also wir haben mindestens fünf Grüne und einen CSU-ler drin. Ja also die Grünen sind nicht mehr das, was siwe vor Jahren einmal gewesen sind, so eine kleine Partei, die um jede Stimme irgendwie gekämpft hat, sondern die Grünen sind jetzt halt auch schon aufgestiegen, haben sich mehr etabliert. Sie kümmern sich jetzt praktisch nimmer um WAA oder Kriminalisierung und so weiter, es ist einfach für sie ein Punkt über den sie nicht mehr reden, sondern für die Grünen gibts, wie man so schön sagt saubere Flüsse,saubere Wälder und eine gesunde Umwelt

Radio Z: Für ein sauberes Deutschland wäre noch gehässigerweise zu ergänzen. Der WAA-Widerstand wird also begrünt, sowohl von innen, wie auch von außen. Die Konstellation innerhalb der BI gibt davon beredes Zeugnis.

Elisabeth: Der Grüne Vorstand , den wir drin haben, der setzt halt sein Parteipolitisches in der Richtung voll durch, daß er praktisch die anderen Leute ,die irgendwie parteilos sind oder anders denken total niedermacht und nur das was sie machen irgendwie richtig ist. Das find ich falsch, weil gerade der BI-Vorstand sollt' eigentlich nicht irgenwie einer Partei untergeordnet werden, sondern der Vorstand soll die Basis vertreten. Wo praktisch die Aktionen und alles drumherum ausgeht und auch Vorschläge macht und so weiter.

Radio Z: Die Vorstände führen sich auf wie die CSU-Politiker in Bayern, so Elisabeth, die mit der ganzen parteipolitischen Ausrichtung der BI nichts am Hut hat. Es ist nicht möglich mit den Grünen und Vertretern vom Bund Naturschutz z.B. über gesellschaftsrelevante Themen zu sprechen. Manch grüne Aktivisten sind auf der einen Seite nicht einmal über den § 129 a informiert, halten Ingrid Strobl für ein Mitglied der RAF und alle Unterstützer von Gefangenenforderungen für Terroristen. Ein Konflikt also zwischen Autonomen und Grünen in Schwandorf ?

Elisabeth: Viele verstehen nicht, was der BI-Vorstand betreibt, man kann bei den Konflikten Teile der Bürger und die Autonomen schon zusammenmischen. Also es sind nicht nur die Autonomen oder einfach, es hat sich eben mittlerweile so gespalten , daß man sagen kann, es ist ein rechter und ein linker Flügel entstanden.

RadioZ: Während sich die Grüne Fraktion auf die gewaltfreie und juristische Schiene verlagert, schläft der Widerstand allerdings nicht, wie Beate zu berichten weiß.

Beate: Der Widerstand momentan schaut so aus: Am Sonntagsspaziergang sind immer mindestens 100 Leute, wobei der Vorstand, auch die Zaunfraktion, so werden die Leute am Zaun genannt, nicht akzeptiert, ebensowenig akzeptiert er Auswärtige und Autonome.Der Vorstand will einen reinen oberpfälzer Widerstand machen, grundsätzlich nur die juristische Schiene. Sie lehnen jede Form von Gewalt ab, jegliche Aktionen, die am Zaun passieren,ob dies Nachtspaziergänge sind oder mein Gott mal bissl Zaunverschönerungen.

Radio Z: Auch nach dem VEBA-Beschluß, die WAA nicht mehr zu bauen, ist weiterhin Aufklärung und Widerstand notwendig, meint Elisabeth, denn mit der Hiersemann-SPD-Meinung, La Hague ist mir lieber als Wackersdorf, geben sich Teile des Wakkersdorfer Widerstands nicht zufrieden.

Elisabeth: Allein bei uns im Städtedreieck, also wir haben 600 Mitglieder und ich find' wir haben so ziemlich die stärkste Ortsgruppe und man kann wirklich nicht sagen, daß der Widerstand irgendwie einschläft oder am Wege des Schlafens ist. Die Leute von der Ortsgruppe haben alle die Meinung, daß nicht nur auf dem rechtlichen Weg was gemacht werden soll, sondern viel Aktionen und einfach unwahrscheinliche Aufklärungsarbeiten, immer noch, weil viele Leute nicht wissen wo der Hase hinläuft.

Radio Z: Zu den massiven Vorwürfen gegenüber dem Schwandorfer BI-Vorstand wollte ich natürlich auch die angegriffene Seite hören. *Irene* Maria Sturm ist zur Zeit hauptamtliche Vorstandfrau der BI und Grünes Parteimitglied. Sie werde die inneren Konflikte der BI nicht am Radio austragen, versicherte sie zu Beginn unseres Gesprächs. Dennoch, so meine ich, werden die Konflikte im folgenden deutlich. Zunächst wollte ich wissen, warum der BI-Vorstand nichts zum Hungerstreik der Gefangenen sagen will.

Irene Sturm: Ja, wir möchten halt unser Thema so gut bearbeiten, wie es geht und wir wollen eben keine anderen politischen Demonstrationen hier haben, also der Widerstand gegen die WAA und das Atomprogramm liefert ja Stoff genug, sei es nun Kriminalisierung oder sonstige Themen.

Radio Z: Wir wollen nicht für die RAF werben, so das Argument der Grünen Vorstands-Dame. Da sei sie sich auch mit dem Bund Naturschutz einig und der § 129 a sei auch anhand der Kriminalisierung beim WAA-Widerstand deutlich zu machen, da braucht es keine Ingrid Strobl, das sei nicht zu vermitteln, meint Irene Sturm. Ob denn der Strobl-Prozeß nicht zu den deutlichsten Repressionsmaßnahmen des Staates zählt, wollte ich wissen.

Irene Sturm: Sicher gibt es hier Berührungspunkte, wenn man Haftbedingungen oder Isolation oder sonst etwas anschaut, aber das ist wieder ein Punkt, den eine Bürgerinitiative wie die unsere eine ist, eben nicht so bearbeiten kann. Zu diesem Thema hat es ja erst am 29. April eine Demonstration in Bonn gegeben und da war ja Raum genug, dieses Thema öffentlich zu machen.

Radio Z: Zu dem Vorwurf, der BI-Vorstand würde Grüne Parteipolitik betreiben versteigt sich Irene Sturm zu folgender Aussage:

Irene Sturm: Diese Meinung kann ich durchaus nicht teilen. Der BI-Vorstand besteht aus neun Mitgliedern und davon sind zwei bei den Grünen, die anderen sind Parteiunabhängig oder SPD, also von daher kann ich diese VOrwürfe gar nicht akzeptieren.

Radio Z: Anscheinend ist umstritten, wieviele Grüne überhaupt im Vorstand sitzen. Elisabeth, Vorstandsfrau in der BI, sprach vorhin von fünf Grünen, einem CSUler und drei Parteilosen. Irene Sturm will anscheinend

die Karten nicht offen auf den Tisch legen. Auch eine Ausgrenzungspolitik des angegrünten BI-Vorstandes soll es nicht geben.

Irene Sturm: Auf keinen Fall. Wir wollen wirklich alle Gruppierungen, die hier das gemeinsame Ziel haben, ganz speziell vor Ort die WAA zu verhindern, einbinden und mit ihnen zusammen den Widerstand führen. Aber wir können natürlich nicht mittragen, wenn nun Gruppierungen andere politische Zielsetzungen haben.

Radio Z: Wir wollen also mit allen zusammenarbeiten, aber andere politische Richtungen können wir nicht akzeptieren, so die rhetorische Variante der BI-Frau.
Ein prominentes Beispiel für BI-interne Ausgrenzungspolitik ist Erna Wellershöfer, die als Mutter der oberpfälzer Autonomen bekannt wurde. Elisabeth noch einmal abschließend zum Miteinander innerhalb des BI-Vorstands.

Elisabeth: Und der Teil von der Vorstandschaft geht die Frau total massiv an und die Erna ist halt nicht mehr irgendwie, sie macht nicht Grüne Politik, sondern sie macht autonome Politik und Erna ist irgendwie die Mutter der oberpfälzer Autonomen und also Leute z.B. vom AK Theologie Kernenergie, oder der Teil von der Vorstandschaft, oder die Christen, wie sie sich so schön nennen, wollen partout, daß die Erna aus dem Vorstand verschwindet, sie wollen sie praktisch rausekeln. Die Frau ist 60,63 Jahre alt und was ich jetzt in dem Jahr mitgekriegt hab' in der Vorstandschaft, wenn man so massiv angegangen wird, noch dazu in einem solchen Alter, also da braucht man sich nicht wundern, wenn die Frau irgendwann einmal einen "Herzkasper" kriegt, weil das ist so was von , da gibt's überhaupt keinen Ausdruck dafür, daß man jemanden persönlich so angreift, wie die Erna einfach. Das artet manchmal so böse aus, also ich muß sagen, als junge Frau, ich würd' den Leuten bestimmt einmal irgendwann eine "Watschn" geben.

Kampagne gegen Erna Wellnhofer

Die Dokumentation der Radio Z Sendung (siehe Dokumentation) verdeutlicht schon die Konfliktlinien und unversöhnlichen Positionen im Vorstand der BI-SAD. Die aktuelle Fortsetzung dieser Auseinandersetzung fand auf der Vorstandssitzung am 18.5. statt. Als außenstehende Beobachterinnen waren wir entsetzt über Stil und Verlaufsform dieser Auseinandersetzung.
Als Diskussionsvorgabe diente nebenstehender Brief des Vorstandmitglied Bert Maderer. Dieses "Diskussionspapier" wurde an alle Vorstandsmitglieder versandt, mit dem Vorschlag, dies in einer Klausur im Anschluß an die Vorstandssitzung zu debattieren. Normalerweise sind Vorstandssitzungen öffentlich. Es finden aber auch 'Klausursitzungen' unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, können sogar unter Ausschluß der Ortsgruppen stattfinden.
Natürlich kamen zu der Sitzung am 18.5. nicht nur die Vorstandsmitglieder, sondern auch das eher linke Spektrum der Anti-WAA-Bewegung, denn von den Angriffen auf Erna und der versuchten Zurückdrängung deren Positionen fühlt sich auch dieses Widerstandsspektrum betroffen. Da aufgrund mangelnder Präsenz von Vorstandsmitgliedern die Beschlußfähigkeit nicht bestand, mißlang der Versuch, die Öffentlichkeit bei dieser Diskussion auszuschließen und das Ganze als "Interna" auf einer Klausurtagung zu behandeln.
In der Auseinandersetzung um den Brief zeigte sich, daß die meisten Behauptungen haltlos sind und nicht konkretisiert werden konnten. Lapidare und ausweichende Antworten auf Ernas Nachfragen waren die Regel, wie z.B.

"wenn du da bist, wird gestritten, wenn du nicht da bist, verläuft alles harmonischer".

Der Vorwurf, Erna habe Vorstandsbeschlüsse als Vertreterin der BI auf Vorbereitungstreffen zur 3.6. Demo nicht richtig vertreten, stellte sich als völlig haltlos heraus. Der BI-Vorstand wollte als Demoredner Armin Weiss, obwohl es schon aus vergangenen Demonstrationen den klaren Beschluß gibt, keine Parteiredner sprechen zu lassen. Erna schlug bei erneuter Diskussion im Bündnis um die Redner im Auftrag ihrer BI Armin Weiss vor, bekanntlicherweise gab es hierzu klare Gegenpositionen von anderen Teilen des Bündnisses. In der weiteren Diskussion wurde von Erna die vom Vorstand bereits gebilligte Kompromißlösung eingebracht. Dies wird ihr jetzt zum Vorwurf gemacht.
Desweiteren fragen wir uns, warum gerade Erna für diese Bündnisverhandlungen delegiert wird, wenn die Mehrheit der BI mit ihrer Vertretung nicht zufrieden ist. Warum fährt niemand anderes aus dem Vorstand auf die Vorbereitungstreffen, wenn mensch zu wenig Vertrauen in Ernas Verhandlungsführung hat? Aber anscheinend ist Erna Wellnhofer eine der Wenigen, die die kontinuierliche Teilnahme an den Vorbereitungstreffen für notwendig hält.
Aus der Tatsache, daß Erna bei der Vorstandssitzung in der Schwefelquelle die Teilnahme von OrtsgruppenvertreterInnen einforderte, wurde ihr im Brief der Vorwurf der "unsolidarischen" Mitarbeit im Vorstand gemacht. Bei der Beleuchtung dieses Vorwurfs stellte sich heraus, daß in der Sitzung vorher ausdrücklich Ortsgruppen zur Teilnahme aufgefordert wurden. Die besagte

Vorstandssitzung in der Schwefelquelle sollte jedoch aus nicht nachvollziehbaren Gründen kurzfristig und ohne offizielle Einladung zur "Klausursitzung" umgemodelt werden, was seinerseits nicht korrekt war.
Anhand des Streits über die Notwendigkeit der Unterstützung der 3.6. Demo und deren konkreten Ausgestaltung gab und gibt es in der BI sehr konträre Ansichten, welche sich zum Teil gegenseitig blockieren. Dies als Spaltung zu bezeichnen (z.B. auch so geschehen in der Mittelbayerischen Zeitung) und jeweils der anderen Seite die Schuld dafür zu geben ist Ansichtssache - der Öffentlichkeit sollten diese Auseinandersetzungen jedenfalls nicht unterschlagen werden.
Zum Schluß der Diskussion forderte Erna eine schriftliche Richtigstellung und öffentliche Distanzierung vom Brief durch den Vorstand. Die anderen Vorstandsmitglieder äußerten sich nicht weiter dazu, sondern wollen in der darauffolgenden Woche ihr weiteres Vorgehen diskutieren.

Die Forderung nach einer Richtigstellung und einer öffentlichen Entschuldigung ist nur zu unterstützen, ansonsten verliert der Vorstand seine letzte politische Glaubwürdigkeit.
Als Hintergrund dieser Auseinandersetzung stehen natürlich zu allererst politische Widersprüche. So möchte die Mehrheitsströmung des Vorstandes einen Widerstand, der sich ausschließlich auf die WAA bezieht, wobei der juristische Widerstand als der erfolgversprechendste angesehen wird.
Bei der Debatte um den Redebeitrag von Ingrid Strobl brachte Irene Sturm es auf den Punkt:

"Ich habe vielleicht auch noch andere politische Interessen, z.B. die Müllverbrennung, und das kann ich auch nicht in die 3.6.-Demo einbringen. Und ich finde es wichtig, beim Thema zu bleiben. Ingrid Strobl ist immer als Beispiel für den §129a vorgeschlagen worden, und jetzt wird sie auf Pressekonferenzen in Zusammenhang mit Gentechnologie erwähnt."

Bei der Feststellung, die Rede von Ingrid Strobl sei immerhin von der bundesweiten Atommüllkonferenz gefordert worden, meinte sie sinngemäß:

"Die Leute dort wissen vielleicht, wer Ingrid Strobl ist, aber wissen sie überhaupt, was eine WAA ist?"

Gegen diese überhebliche Haltung vertritt Erna Wellnhofer im Vorstand eine andere Position. Immer wieder hat sie ein Bündnis mit den verschiedenen Strömungen angestrebt und den Kontakt zur bundesweiten Anti-AKW-Bewegung gesucht. Sie hat keine Bündnisängste gegenüber den linken Teilen der Bewegung. Ihr Politikansatz beruht auf einem Basisanspruch, das heißt, daß sie die Zusammenarbeit und Diskussion mit der bundesweiten Anti-AKW-Bewegung für wichtig hält und sich darum kümmert. Zu solch einem Basisanspruch gehört auch, daß Diskussionen nicht im internen BI-Vorstand ablaufen, sondern unter Beteiligung der interessierten Öffentlichkeit. Dieser Politikansatz, der auch in manchen Ortsgruppen vertreten ist soll nun zurückgedrängt werden.

Dokumentation

Bert Maderer
Söltlstr.21
8462 Neunburg v.W.

An alle Voestandsmitglieder
der Bürgerinitiative
gegen eine WAA

Neunburg, 16.Mai 1989

Diskussionspapier zur Vorstandssitzung am Donnerstag den 18.Mai

Liebe Vorstandsmitglieder,

aus aktuellem Anlaß um die nicht endenwollende Debatte um die derzeitigen Zustände im BI-Vorstand, ausgelöst insbesondere durch das Verhalten von Erna Wellnhofer, möchte ich Euch bitten, meine folgenden Gedanken und Vorschläge bis zur nächsten Vorstandssitzung am Donnerstag zu überdenken und im Anschluß an diese in einer Klausur zu debattieren.
Das Verhalten von Erna bei den vergangenen VS haben m.E. zu Zuständen geführt, die so nicht mehr hingenommen und verantwortet werden können.
- Erna wurden mehrmals als Delegierter der BI klare Aufträge und Beschlüsse des VS erteilt, die sie bei Dachverband, BAAP, Demovorbereitungstreffen etc. in keinster Weise im Sinne des BI-Vorstandes vertreten hat.
- Bei VS gefaßte Beschlüsse, die in ihrer Abwesenheit (z.B. vorgerückte Stunde, vorzeitiges Verlassen der VS aus irgendwelchen Gründen oder beleidigtes Verlassen der VS) beschlossen wurden, versucht sie in der nächsten VS zu kippen und wieder rückgängig zu machen und neu zu verfassen. Dies ist m.E. langsam unerträglich und untergräbt die Glaubwürdigkeit des gesamten Vorstandes!
- Allein das Auftreten und Verhalten von Erna bei der VS in der Schwefelquelle vor kurzem, wo sie behauptete, die Ortsgruppen wären eingeladen gewesen, obwohl eine Klausursitzung angesagt war, zeigt deutlich, wie unsolidarisch Erna im VS mitarbeitet. Dadurch werden hauptsächlich durch sie die Streitereien und Querelen in den VS getragen..
- Woher nimmt Erna in ihrer Eigenschaft als BI-Sprecherin in der TAZ vom 12.Mai (s. Anlage) die Berechtigung von Spaltung der BI zu reden, indem sie behauptet, fünf von vierzehn (14)!! Ortsgruppen ständen voll hinter der Rede von Ingrid Strobl zur Demo am 3.6.. Was ist mit den restlichen neun OG ? Wurden die überhaupt gefragt? Was ist das für ein Mehrheitsverhältnis und - verständnis?

Das gibt nur böses Blut und sie betreibt in diesem Falle die Spaltung! Erna maßt sich hier Zuständigkeit an,ich mir nur noch mit Größenwahn, falscher Eitelkeit oder Publicityneid anderen kompetenten VS-Mitgliedern gegenüber widerspiegelt.

Ich denke mit o.a. Ausführungen nicht alleine im VS zu stehen und will auch keine Pauschalverurteilung von Erna herbeiführen. Aber in einer Zeit und Situation, in der wir kurz vor unserem gemeinsamen Ziel und Erfolg stehen, die WAA zum Kippen gebracht zu haben, möchte ich Euch hiermit alle bitten und auffordern, konkret darüber nachzudenken und am Donnerstag offen und ehrlich zu diskutieren, um diesen unerträglichen Zustand zu beenden.
Erna möchte ich hiermit dazu auffordern, entweder in Zukunft die Sache des VS und der BI eindeutig zu vertreten oder sich Gedanken zu machen, ihr Amt als VS-Mitglied abzugeben!
Bei allem Respekt vor Ernas geleisteter Arbeit möchte ich sie bitten, dieses Papier nicht falsch zu verstehen und wieder der Sache dienlich mitzuarbeiten.
In diesem Sinne wünsche ich Euch und mir einen fruchtbaren und harmonischen Verlauf der nächsten VS. Bis bald.

Liebe Grüße
Bert Maderer

Das Kreuz mit dem Anti-WAA-Büro

InsiderInnen wissen es schon länger, für einige sind es Gerüchte. Im Anti-WAA-Büro SAD kocht mensch gerne sein "eigenes Süppchen". Seit dem BAAP (Bayerisches Anti-Atom-Plenum) in Landshut im April 1988 ist die Auseinandersetzung ums Büro, über dessen Selbstverständnis und seine Stellung zur Bewegung Dauerbrenner.
Aufrufe und Protokolle wurden nicht oder unzuverlässig verschickt, Beschlüsse des BAAP werden nicht oder nur teilweise ausgeführt, von selbsternannten Sprechern interpretiert usw. .
Auf der anderen Seite heißt es "stimmt nicht" oder "wir können doch nicht alles machen". Arbeitsmäßige und finanzielle Belastungen werden ins Feld geführt..
Erinnern wir uns: 1984, als es um die personelle Besetzung des neugegründeten Büros ging, verweigerten die damaligen BI-Vorständler einer von der LAKO (Landeskonferenz der Bay. BI's, Vorgängerin des BAAP) gewählten AKW-Gegnerin den Zutritt und die Mitarbeit im Anti-WAA-Büro. Die BI- Amberg erklärte damals "*...daß die BI-SAD sich nach außen abkapselt und den Kampf gegen die WAA als ihre ureigene Domäne betrachtet...*" (vgl. Radi-aktiv Feb./März 85). Ein monatelanger Streit um die Besetzung des Büros endete dann damit, daß "genehmere" Leute das Büro besetzten.
In der Folgezeit gab es immer wieder Auseinandersetzungen zwischen dem Büro und der BAAP bzw. LAKO (Landeskonferenz).

Regensburg - Demo nicht unterstützt

Die Querelen zwischen BAAP und Anti-WAA-Büro entzündeten sich aufs Neue um die Frage und Unterstützung der Demonstration in Regensburg am 5.3.88. Bayerische Anti-AKW-Bewegung und die Atommüllkonferenz hatten anlässlich des Hanau-Skandals zu vier Demonstrationen in Lübeck, Essen, Frankfurt und Regensburg aufgerufen. Von der Büroseite wurde damals erklärt, mensch unterstütze zwar diese Demonstration, doch die anlaufende Einwendungskampagne binde die vorhandenen Kräfte. In der Folgezeit wurde dann jedoch vom Anti-WAA-Büro gegen die Demonstration gearbeitet. Anrufer wurden am Telefon damit beschieden, mensch wisse nichts von einer Demo am 5.3. . Auch wurden Aufrufe nicht verschickt, obwohl diese schon fertig einkouvertiert waren. Ein Büromitarbeiter zog ob dieser Vorkommnisse die Konsequenzen und stieg aus der Gruppe aus.
In Landshut erklärt Klaus Brückner (Anti-WAA-Büro) zur Frage, ob das Büro sich als Büro der Bewegung begreife: "*...daß dieses »Selbstverständnis für ihn weitergelte, doch bei bestimmten (!) Fällen unter dem Vorbehalt der eigenen Entscheidungssouveränität*

(!) stehe..." (vgl. Protokoll BAAP - Landshut 6.4.88). Das heißt mit anderen Worten, Genehmes wird erledigt, Unangenehmes liegengelassen.

Die BüromitarbeiterInnen erklären sich

Für das nächste BAAP verschickt das Anti-WAA-Büro ein Selbstverständnispapier. Dort erklären die MitarbeiterInnen: "*...das Anti-WAA-Büro versteht sich als Büro sowohl der oberpfälzer Anti-WAA/AKW-Bewegung, als auch der bayerischen und bundesweiten Anti-Atom-Bewegung*". (aus Selbstverständnispapier z. BAAP 11.6.88). Eingeschränkt wird diese Aussage damals nur mit finanziellen und arbeitsmäßigen Grenzen. So weit - so gut - könnte mensch meinen.
Doch nur wenige Wochen später muß schon wieder übers Büro berichtet werden. Das Anti-WAA-Büro lehnte die Unterstützung der Großdemonstration im Herbst 88 ab. Unter dem Aufrufflugblatt sucht mensch vergebens nach dem "Büro der Bewegung". Einzig die Büroräume wurden dem Vorbereitungskreis zur Verfügung gestellt.

"Historisches" - Der Widerspruch wird klar

In Passau (BAAP 4.2.89) werden die Differenzen zwischen Büro und Bewegung klarer. O-Ton Anti-WAA-Büro: Der Anspruch, Büro der Bewegung zu sein, sei aus seiner historischen Entwicklung betrachtet verständlich, doch heute überholt. Man betrachte sich nicht in irgendeiner Weise weisungsgebunden gegenüber der BAAP und sei kein BAAP-Büro mehr. Auch könne im Büro nicht jede/r Interessierte mitarbeiten, sondern darüber befinde die bisherige Bürogruppe.
In Passau stieß dieses Verhalten auf die einhellige Kritik aller anwesenden BI's.
Deutlich wird daran auch der Konflikt, der sich auch im BI-Vorstand schon äußerte. Passau als einen Wendepunkt in der Entwicklung des Anti-WAA-Büros zu begreifen, wäre m.E. falsch. Vielmehr wurde dort erstmals offen ausgesprochen, was vorher schon praktiziert worden ist,

15./16. Juli: Anti-WAA-Festival in Burglengenfeld

Drei Jahre nach dem umstrittenen 86er Mammutfestival (s. Extraartikel) soll es dieses Jahr wieder was "Größeres" werden. Am 15. und 16. Juli werden mindestens 25 000 ZuschauerInnen zum mittlerweile 7. Anti-WAA-Festival in Burglengenfeld erwartet, Repressionen wie vor 3 Jahren sind diesmal nicht zu erwarten.

Die MusikerInnen treten wiederum ohne Gage (nur gegen Spesenerstattung) auf. Bei Eintrittspreisen von 35 bzw. 45 Mark wird mit Unkosten von 700 000 bis einer Million Mark gerechnet, so daß, wenn die Kalkulationen stimmen, mindestens 20 000 ZuschauerInnen kommen müssen, damit es kein Defizit gibt.

Vom Eintrittspreis gehen diesmal vorab jeweils eine Mark an Rechts- und Prozeßhilfefonds (und müssen deshalb nicht wie vor 3 Jahren versteuert werden). Veranstalter ist der gemeinnützige "Verein zur Erhaltung der kulturellen Eigenständigkeit der Jugend in Europa". Die Vereinsmitglieder sind nicht identisch mit den 86er Organisatoren. Der Verein wird beraten und kontrolliert von einem "Beirat" aus VertreterInnen diverser Organisationen (u.a. Bund Naturschutz Bayern, Robin Wood BRD, Jusos BRD(I), SPD Bayern(I), Grüne Bayern, DKP Nord- und Südbayern, SPÖ Landesverband Salzburg, Grün-Alternative Liste Österreich, oberpfälzer Bls und last not least das Burglengenfelder Jugendzentrum). Bis auf das Burglengenfelder JuZe, sozusagen "Ehrenmitglied" wegen seiner wichtigen Rolle bei den bisherigen Festivals, blechten alle Beiratsmitglieder 15 000 - 25 000 Mark zur Vorfinanzierung des Festivals. Nach Auskunft von Gerald Praschl, Mitorganisator des Festivals, gibt es immer noch eine "Finanzierungslücke", d. h., die von den Beiratsorganisationen bisher aufgebrachten 200 000 Mark sind noch zuwenig.

Die massive Mitgliedschaft sozialdemokratischer Organisationen im Beirat verheißt erst mal nichts Gutes. Es ist abzuwarten, wie sich das auf die politische Gesamtaussage des Festivals auswirkt. Es sei nur nebenbei erwähnt, daß 1986 der SPD-Spitzenkandidat Hiersemann vor dem Festival in Polizeimanier die "friedlichen" Demonstranten aufforderte, sich von Gewalttätern abzugrenzen und auf Demonstrationen am Bauzaun zu verzichten...

Die Verknüpfung von Mitgliedschaft im Beirat und massiver finanzieller Vorleistung benachteiligt von vornherein kleine Anti-WAA-Gruppen und bevorteilt finanzstarke Großorganisationen. Andreas Lämmermann, der für die oberpfälzer Bls im Beirat sitzt, betonte jedoch, daß keine ParteirednerInnen auftreten sollen, und auch keine "Promis". Es soll auch keine Aufrufe, nicht zum Zaun zu gehen, o. ä., geben. Ansonsten ist noch unklar, wer von der Bühne sprechen wird.

Finanzielle Überschüsse aus dem Festival werden dem "oberpfälzer Widerstand" zugute kommen, ohne daß das bisher genauer festgelegt wäre. Ein Problem eigener Art scheint dadurch zu entstehen, daß sich nach dem umstrittenen 86er Festival nicht mehr soviele freiwillige Helfer in der Oberpfalz finden lassen. Menschen, die vor 3 Jahren noch extra Urlaub nahmen, sind heuer nicht mehr bereit, einen Teil ihrer Arbeitskraft für das Festival zur Verfügung zu stellen.

Foto: Tilo Grätz

Festival 1986:

Geld für Nazis?

(Ein kurzer Nachtrag)

Etwa 100 000 Mark gaben die Veranstalter des 86er Festivals für Ordnerdienste aus, da nicht genug freiwillige Ordner aus BI-Kreisen aufzutreiben waren. Wie wir erst kürzlich erfuhren, waren zumindest einige der damals Beschäftigten der rechtsradikalen Szene zuzuordnen.
1986 gab es zwei Kategorien von Ordnern:
1. über eine Zeitarbeitsfirma eingestellte Leute (Stundenlohn 10,-Mark);
2. Profiordner zum Bühnenschutz, die sich schon mal eine Keilerei mit den Autonomen lieferten. Unser Informant, damals BI-Ordner, erkannte kurze Zeit nach dem Festival einige der Profiordner in Nürnberg wieder, in Nazi- bzw. Skinheadkluft, mit Aufnähern wie "Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein."

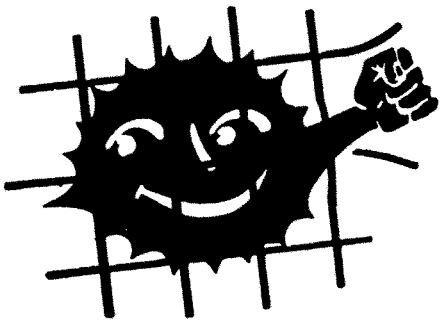
Diese Tatsache läßt einen 1986 erschienenen Bericht in der Autonomen-Zeitung "Waackerland-News" in neuem Licht erscheinen. Es wurde berichtet über den "Versuch von einigen vermummten Leuten, ein Loch in den Bretterzaun zu reißen. Da standen sich plötzlich Demonstranten gegenüber... Die meisten der freiwilligen Ordner brachte die Sache jedoch ins Grübeln. Sie wurden ein wenig lascher und mußten durch Ordner-SEKs, bestehend aus Profi-Ordnern und Karateclubs, ersetzt werden. Zum Teil mit Helmen oder gar mit abgebrochenen Flaschenhälsen bewaffnet, konnten die Zaunkämpfer dann zurückgeworfen werden."
Die "Ordner-SEKs", von denen hier die Rede ist, waren vermutlich oben erwähnte, mit Nazis durchsetzte, Profiordnerschaft. Der "Zeitgeist der Distanzierung und Diffamierung" auf dem damaligen Festival führte also nicht nur zu ständigen Aufrufen, nicht zum Bauzaun zu gehen sowie zur relativ laschen Auszahlung versprochener Gelder an offenbar unliebsame Anti-WAA-Büros, sondern auch zur Zusammenarbeit mit alles andere als fortschrittlichen Kräften!
Angesichts der jüngsten Wahlerfolge der Nazis, angesichts dessen, daß ein Republikaner-Funktionär in Regensburg das WAA-Gelände in ein Arbeitslager für "das Gesindel und den Abschaum" verwandelt sehen möchte, angesichts der Angriffe von Nazis auf Anti-WAA-Veranstaltungen (z. B. bei der letzten Herbstdemo) und nicht zuletzt angesichts des mörderischen Brandanschlags auf Ausländer in Schwandorf ist die jetzt bekanntgewordene Beschäftigung von Leuten aus Nazi-Kreisen auf dem 86er Festival ein besonders ekelhaftes Detail und eigentlich kaum noch mit politischer Unerfahrenheit zu entschuldigen. Die zumindest teilweise sehr geschäftstüchtige und "professionelle" Veranstalterclique, aus deren Reihen dann ja kurze Zeit später die kommerzielle Konzertagentur "Power Concerts" (Burglengenfeld) hervorging, hat sich zumindest im Nachhinein doppelt disqualifiziert.
(Quellen: taz, 10.12.86, MZ, 24.5.89, Waackerland-News Nr. 4, RadiAktiv Nr. 10, 11)

Chaos und Spaltungsversuche

Zur Verdeutlichung unserer erst doch mal eher abwartenden und kritischen Haltung zum diesjährigen Burglengenfelder Festival resümieren wir nochmal kurz den Ablauf des 5. Festivals 1986, das sowohl wegen seiner Größe (100 000 BesucherInnen trotz massiver Behinderungsversuche durch Polizei, Justiz und Staatsbehörden und einer wahren Hetzkampagne, vgl. Radi 10) als auch wegen langwieriger Finanz-Streitereien in die Schlagzeilen geriet. Wir vom Radi kritisierten außerdem den "Zeitgeist der Distanzierung und Diffamierung", der teilweise auf dem Festival vorherrschte: Von der Bühne herunter riefen Festivalsprecher und die meisten Redner und Musiker in penetranter Art und Weise dazu auf, am Festival-Sonntag nicht zum Bauzaun zu gehen, d.h., am regelmäßigen Sonntagsspaziergang der OberpfälzerInnen nicht teilzunehmen. In einer Art vorauseilendem Gehorsam wurde kaum auf den einmaligen Vorfeldterror (Verbotsversuch, einengende Auflagen, CSU-Hetze, Freigabe der Gummigeschosse, Kontrolle 10 000er BesucherInnen) reagiert. Es kamen uns sogar im Gegenteil Hinweise zu Ohren, daß teilweise eine über das bei Veranstaltungen "normale" Maß hinausgehende Zusammenarbeit mit der Polizei stattfand (s. Radi 11).
"Jede Mark geht in den Widerstand": mit diesem Motto wurde für das damalige Festival geworben. Enttäuschung machte sich breit, als nach ewigem hin und her bekannt gemacht wurde, daß bei einem Gesamtumsatz von 1,6 Millionen Mark nur 400 000 Mark Reingewinn gemacht wurden taz 7.2.87, 24.4.87). Hunderttausende wurden für Posten wie die Honorare professioneller Ordner ausgegeben (s. Extraartikel!). Der Rechtsstreit mit einem Münchner Gastronomieunternehmen, das teilweise die Verpflegung geliefert hatte, zog sich Monate hin, usw. Daraufhin schimpften einige Promis wie die Rohrspatzen: Schuierer schimpfte, Daniels schimpfte, Grönemeier schimpfte, die Rodgau Monotones schimpften. Letztere teilten uns in einem Brief sogar mit, sie hätten nur 2734 Mark erhalten und sich keineswegs bereichert (s. Radi 13).
Alle vermuteten Unterschleif. Was dann wieder weniger Leute aufregte, uns vom Radi allerdings durchaus interessierte, war die recht zähe Auszahlung versprochener Gelder an einzelne Anti-WAA-Einrichtungen wie das BIWAK-Büro Regensburg, das Infobüro Altenschwand sowie den Prozeßhilfefonds. Es wurde nie offiziell dargelegt, an wen und in welcher Höhe genau der offizielle Gewinntopf ausgeteilt wurde. Da blühen natürlich die Gerüchte.
Der veranstaltende "Verein zur Beratung und Förderung kultureller Jugendarbeit" tat nicht eben viel, um diese Gerüchte glaubhaft zu wiederlegen. Eine korrekte Gesamtabrechnung liegt bis heute nicht vor (natürlich gibt es das Problem "Finanzamt". Aber es finden sich bei gutem Willen wohl Mittel und Wege, zumnindest bewegungsintern das Mißtrauen auszuräumen). Wir vom Radi haben beispielsweise trotz schriftlicher

Anfrage bei den damaligen Veranstaltern keinerlei Auskünfte bekommen.
Ergänzt sei noch, daß der Film zum Festival finanziell ein Flop wurde. Bei mehr als einer halben Million Produktionskosten kamen nur 32000 ZuschauerInnen ins Kino statt mindestens nötiger 180 000). Von der Platte wurden etwa 60000 verkauft; etwa 250 000 Mark gingen an die oberpfälzer Bürgerinitiativen (taz, 24.4.87).

"Unterbindungsgewahrsam" - Vorbeugehaft für die Opposition



Im April '89 wurde die vieldiskutierte polizeiliche Vorbeugehaft für DemonstrantInnen verabschiedet. Eine Änderung des bayerischen Polizeiaufgabengesetzes (PAG) führt weitgehende Möglichkeiten der Polizei ein, aus nichtigem Anlaß Personen bereits auf dem Weg zu Versammlungen in Haft zu nehmen - und dies für bis zu 14 Tage.
Scheinheilig u.a. auch damit begründet, wirksam gegen neonazistische Aktivitäten vorgehen zu wollen, obgleich gerade hier in der letzten Zeit polizeiliche Gewalt ausschließlich AntifaschistInnen gegolten hat, ist hiermit ein weiteres Instrument geschaffen, vor Wahrnehmung der Demonstrationsfreiheit abzuschrecken und auf diese Weise den Preis für politische Opposition höherzuschrauben.
Am 6.12.88 veranstaltete die Bayerische SPD im Landtag eine Anhörung zum Thema. Am 19.1.89 folgten die Grünen mit einer eigenen Anhörung. In beiden Anhörungen wurden auch Vertreter aus Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bremen und Hamburg gehört, wo ähnliche Regelungen existieren. Neben zahlreichen juristischen Sachverständigen, die allesamt rechtlich, insbesondere verfassungsrechtliche Bedenken gegenüber dem neuen Gesetz äußerten, war bei der Anhörung der Grünen der Publizist und Rechtsanwalt Rolf Gössner aus Bremen Referent.
Sein Referat, welches insbesondere zur Funktion der neuen Regelung vor dem Hintergrund der Entwicklung des "Sicherheits"apparates Stellung nimmt, dokumentieren wir im folgenden.
Der Wortlaut des neuen Gesetzes ist dem Kasten zu entnehmen.

Rolf Gössner

Zur Novellierung des sog. Unterbindungsgewahrsams im bayerischen Polizeiaufgabengesetz (PAG)

Fraktionsanhörung der Grünen im Bayerischen Landtag am 19.1.1989

I. Vorrede: Grundsätzliche Probleme einer Vorbeugehaft-Regelung

1. "Unterbindungsgewahrsam" - ein schönfärberischer Begriff,

der seine doch recht brutale Bedeutung für die Betroffenen in der Öffentlichkeit ähnlich verschleiern soll, wie unzählige andere verharmlosende Begriffe aus den staatlichen Sprachkosmetik-Salons. Ähnlich, wie die Sicherheitspolitiker etwa die völkerrechtlich geächteten, lebensgefährlichen chemischen Kampfgase CN und CS zu "Tränengas" rühren oder knochenbrechende Wasserwerfer und Hartgummigeschosse der Bevölkerung wahlweise als "unschädliche Einsatzmittel", "Waffen mit gebremster Gewalt", als "nicht tödliche" oder gar "humane" Waffen verschieben, ähnlich wie sie mit dem Begriff "finaler Rettungsschuß" den wahren Sachverhalt, nämlich die Legalisierung des gezielten Tötens, die Ermächtigung zum staatlichen Mord, verharmlosen und verdecken, so wird unter der Bezeichnung "Unterbindungsgewahrsam" die Tatsache vernebelt, daß Menschen ihrer Freiheit beraubt werden können, die keiner Straftaten verdächtig sind, nur auf die bloße Annahme hin, sie könnten möglicherweise solche oder aber lediglich Ordnungswidrigkeiten *"von erheblicher Bedeutung für die Allgemeinheit"* künftig begehen. Die deutlicheren Begriffe "polizeiliche Vorbeugehaft" oder "Präventivhaft", die von den Gesetzesbetreibern systematisch gemieden werden, treffen diesen Sachverhalt besser.

2.

Halten wir uns also zunächst und grundsätzlich vor Augen: Mit der Vorbeugehaft, alias "Unterbindungsgewahrsam", werden, wie bei der Untersuchungshaft nach der Strafprozeßordnung auch, Menschen ihrer Freiheit beraubt, die von Rechts wegen als unschuldig zu gelten haben; wobei die Vorbeugehaft nach dem Polizeigesetz das Kriterium "Schuld" oder "Beschuldigung" als Eingriffsvoraussetzung - im Gegensatz zur U-Haft - überhaupt nicht kennt. Es handelt sich also streng genommen um staatliche "Freiheitsberaubung gegenüber Unschuldigen" - ein besonders einschneidender Eingriff in das Grundrecht der persönlichen Freiheit, ein Übel, das in einem Rechtsstaat grundsätzlich nur denjenigen zugefügt werden darf, die wegen einer gesetzlich mit Freiheitsstrafe bedrohten Handlung rechtskräftig verurteilt worden sind. Denn schließlich bedeutet der Freiheitsverlust, das Einsperren in Gefängniszellen, für die Betroffenen *"die schlimmste Rechtseinbuße"* (Hassemer), die unser Rechtssystem ihnen zufügen kann und die nicht rückgängig zu machen ist; sie bleibt in aller Regel nicht ohne negative, mitunter verheerende körperliche, psychische und soziale Folgen für die Inhaftierten, je länger die Haft andauert, desto gravierender. →

2.1

Gegen lediglich einer Straftat Verdächtige ist eine solche Maßnahme in der Form der Untersuchungshaft dementsprechend und in Hinblick auf die Unschuldsvermutung eigentlich nur in eng begrenzten Ausnahmefällen zulässig. Anordnung, Vollzug und Dauer der U-Haft müssen vom Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beherrscht werden.
In diesem Zusammenhang scheint mir ein Vergleich von Anspruch und Wirklichkeit äußerst bedeutsam, läßt doch der staatliche (eben auch der richterliche) Umgang mit den Freiheitsrechten seiner Bürger und Bürgerinnen in diesem Bereich durchaus Schlüsse auf die Präventiv-Haft-Praxis zu: Die U-Haft-Praxis in der Bundesrepublik entspricht, um es vorweg zu nehmen, den oben genannten hehren Ansprüchen in keiner Weise. Insbesondere Strafverteidiger, Deutscher Anwaltsverein, Humanistische Union und Rechtswissenschaftler haben diese skandalöse Tatsache in den letzten Jahren immer wieder öffentlich kritisiert: *"Untersuchungshaft wird zu schnell und zu häufig angeordnet,sowie zu lange vollzogen."*

2.2

Erst recht müssen die für die U-Haft geltenden, einschränkenden Prinzipien für die Präventivhaft gelten (die eigentlich nur in Ausnahme- bzw. Notfällen Anwendung finden dürfte), da hier Menschen betroffen sind, die noch nicht mal einer Straftat verdächtig sind, von denen die Polizei lediglich annimmt, daß sie künftig möglicherweise Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten begehen könnten - eine Prognoseentscheidung, die in der Regel nicht verifizierbar ist.
Die Praxis der Vorbeugehaft-Verhängung in verschiedenen (Bundes-) Ländern (insbesondere in Bayern und Berlin) sieht jedoch anders aus; und mit dem zur Debatte stehenden bayerischen Änderungsentwurf zum sog. Unterbindungsgewahrsam soll nun diese Tendenz der Ausweitung ins Uferlose gesetzlich festgeschrieben werden: Er weitet die Präventivhaft mithilfe einer Auflistung von sog. konkreten *"Anhaltspunkten für die Prognoseentscheidung über das unmittelbare Bevorstehen von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten..."* entsprechend aus und erhöht ihre maximale Dauer von ursprünglich 48 Stunden auf 14 Tage - eine 700 prozentige Steigerung.
Wird in Bezug auf die ausufernde Untersuchungshaftpraxis endlich auf bundespolitischer Ebene "Handlungsbedarf" angenommen, um den Dauerskandal in diesem Bereich zu bereinigen, soll nun in Bayern im noch prekäreren Bereich der Vorbeugehaft den Freiheitsrechten noch stärker zu Leibe gerückt werden.
Dabei wird allerdings mit Hartnäckigkeit behauptet, man wolle doch nur den Rechtszustand in Bayern an jenen in anderen Bundesländern angleichen. Der scheinheilige Hinweis der Bayerischen Landesregierung, in anderen (zum Teil auch sozialdemokratisch regierten Bundesländern) existierten ähnliche Gewahrsamsregelungen in den Polizeigesetzen, die Vorbeugehaft ebenfalls bis zu 14 Tagen (Baden-Württemberg) oder sogar unbefristet vorsähen (Bremen,Hamburg), läßt vollkommen außer Acht, daß die angesprochenen Regelungen in den betreffenden Ländern bisher, was die Dauer der Vorbeugehaft angeht, eher restriktiv gehandhabt wurden (was für Bayern nicht angenommen werden kann) und daß solch problematische Kataloge von Anhaltspunkten nirgendwo sonst existieren. Sicher, und das ist in der bisherigen Debatte vernachlässigt worden, bleiben auch die gesetzlichen Regelungen in den genannten Ländern problematisch, auch wenn sie gegenwärtig nicht voll ausgeschöpft werden. Wir müssen doch sehen, daß solche Ermächtigungen schließlich auch für die Zukunft formuliert wurden, also sinnbildlich gesprochen: "weit geschneiderte Kleider" gefertigt werden, die auch noch in politisch härteren Zeiten passen, wenn die sozialen Konflikte und Unruhen sich möglicherweise zuspitzen werden

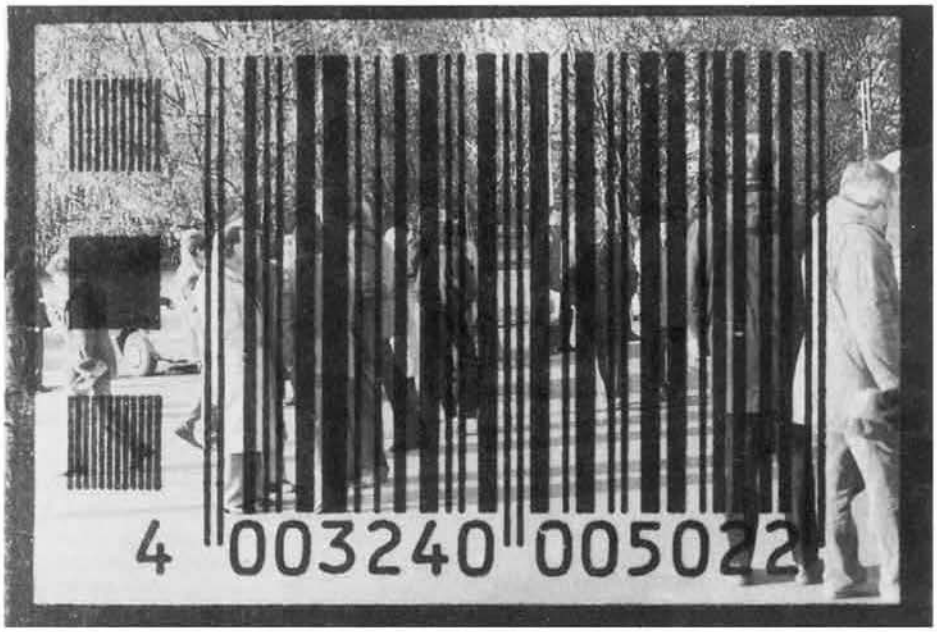


Foto: Bernd Siegler

Bereits in mehreren Fällen mußte sich die Bundesrepublik aus diesen Gründen vor der "Europäischen Kommission für Menschenrechte", sowie vor dem "Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte" verantworten. Im internationalen Vergleich steht die BRD an der Spitze jener Länder mit langer U-Haftdauer. In immerhin knapp 5 Prozent der Fälle ist die U-Haft sogar länger als die später verhängte Freiheitsstrafe. Knapp die Hälfte aller Untersuchungshäftlinge werden später noch nicht einmal zu einer vollstreckbaren Freiheitsstrafe bzw. zu überhaupt keiner Freiheitsstrafe verurteilt (Durchschnitt der Jahre 1976 bis 1983).
In politischen Verfahren, insbesondere im Zusammenhang mit dem 129a StGB ("Terroristische Vereinigung"), sieht die Bilanz noch wesentlich düsterer aus. Zu Vertrauen in die staatlichen Organe besteht also in dieser Hinsicht keinerlei Anlaß!

3.

Polizeiliche Vorbeugehaft, zumal noch eine verschärfte, ist ein wichtiger Mosaikstein in der gesamten Präventionsstrategie moderner staatlicher Sicherheitspolitik, wie sie seit Ende der sechziger Jahre strukturell entwikkelt, im Laufe der siebziger Jahre realisiert wurde und nun mithilfe der sog. Sicherheitsgesetze - besser: Staatsschutzgesetze - rechtlich abgesichert und weiter ausgebaut werden soll. Diese als "Krisenvorsorge" und "präventive Herrschaftssicherung" zu charakterisierende innere Sicherheitspolitik bescherte etwa der Polizei zusätzlich zu ihrer klassisch repressiven Aufgabe der Strafverfolgung und zur konkreten Gefahrenabwehr ein neues, fast uferloses polizeiliches Aufgabenfeld: die (bisher gesetzlich nicht geregelte) "vorbeugende Verbrechensbekämpfung" und die "Gefahrenvorsorge". Die notwendige Folge: ein ungeheures Informationsbedürfnis der Apparate, das zu intensivierter Aufklärungs- und Vorfeldarbeit führte; dank der elektronischen Datenverarbeitung können die in großen Mengen anfallenden Daten dann auch bewältigt und etwa über sog. Verdachtsgewinnungs- und Verdachtsverdichtungsprogramme mehrdimensional durchforstet und ausgewertet werden. Die umfassende Überwachung und Kontrolle ganzer Lebensbereiche, die Erfassung von Millionen von (auch "unverdächtigen") Bürgern und Bürgerinnen (etwa im Zusam-

→

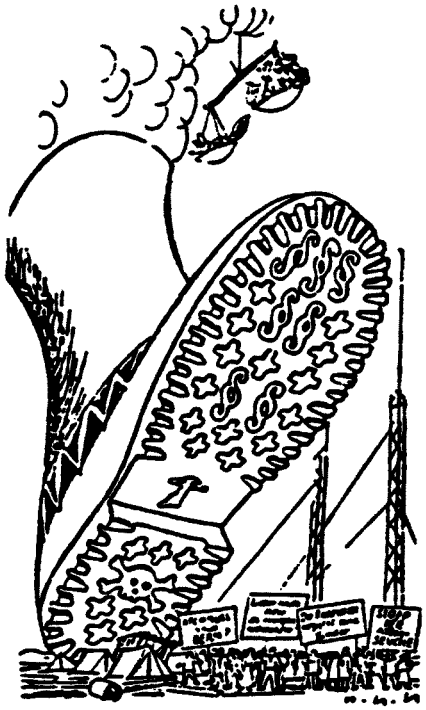
menhang mit Kontrollstellen und Schleppnetzfahndung), sowie die über elektronische Persönlichkeitsprofile und Bewegungsbilder ermöglichte Selektierung von sozialen Außenseitern, politisch "verdächtigen", unliebsamen Individuen und ganzen Protest- und Widerstandspotentialen - das sind die rechtsstaatlich und bürgerrechtlich höchst bedenklichen Konsequenzen dieser Hochsicherheitsentwicklung.
Die Polizei soll mit den ihr zugewachsenen neuen, insbesondere geheimpolizeilichen Methoden in die Lage versetzt werden, über ihre traditionellen Funktionen hinaus auch mit präventiven und operativen Mitteln schon frühzeitig potentielle Gefahrenherde für die Sicherheit des Staates und der Gesellschaft auskundschaften, überwachen und kontrollieren zu können, sowie entsprechend flexibel und mobil, je nach Bedarf, präventiv oder repressiv zu agieren, bevor es überhaupt zu einer Gefährdung, Störung oder Straftat kommen kann ("Präventive Herrschaftssicherung"/ Krisenvorsorge).
Insbesondere ein elementarer Eckpfeiler der Begrenzung staatlicher Allmacht und Willkür wird mit dieser Praxis und ihrer teils erfolgten, teils bevorstehenden Verrechtlichung aus den Angeln gehoben: nämlich die Bindung staatlicher Eingriffe in die Grundrechte der BürgerInnen an das Vorliegen eines konkreten Verdachts oder einer konkreten Gefahr - statt unbestimmter "Gefahrenvorsorge". Der Mensch wird in dieser Sicherheitskonzeption zum potentiellen Sicherheitsrisiko (was die Umkehrung bisher geltender Prinzipien bedeutet), die staatliche Sicherheit zum Supergrundrecht erklärt, das alle anderen, die eigentlichen Grund- und Bürgerrechte in den Schatten stellt.

Diese gesamte, hier lediglich skizzierte Entwicklung begann nicht zuletzt mit dem Auftreten der sozialpolitischen Folgen verschärfter ökonomischer Krisen (seit Ende der sechziger Jahre),mit der staatlich-wirtschaftlichen Produktion von globalen Risiken, Gefahren und (Beinahe-) Katastrophen als Folge der Großtechnologie (seit Anfang der siebziger Jahre; z.B. AKW). Diese Entwicklung führt also praktisch zwangsläufig zu einer alltäglichen Erosion der Grundrechte und rechtsstaatlicher Prinzipien: Die "Risikogesellschaft" bedingt den "präventiven Sicherheitsstaat".
Neben geheimpolizeilichen Strukturen, informationstechnologischen Neuerungen und flexiblen Polizeistrategien sind, in abgestufter Wertigkeit, auch die polizeiliche Vorbeugehaft, ihre Ausweitung, Verschärfung und ihre unterschiedlichen Anwendungsformen bis hin zu der sich immer größerer Beliebtheit erfreuenden Einkesselung ganzer Demonstrationen, wichtige Bestandteile dieser Entwicklung. Gerade sie werden immer mehr als eine Art Sondergesetz zugeschnitten auf den außerparlamentarischen Widerstand, in Bayern insbesondere auf die Opposition gegen die Wiederaufbereitungsanlage (WAA) Wackersdorf (daher die nicht unzutreffende Bezeichnung der PAG-Verschärfung als "lex WAA/ lex Wackersdorf"); sie öffnen staatlicher Willkür, speziell im Zusammenhang mit Demonstrationen und Streiks (nicht etwa mit Wirtschafts- oder Umweltverbrechen o.ä.), Tür und Tor, wie sich aus der folgenden Detailbetrachtung ablesen läßt.

II. Ausgewählte neuralgische Punkte des Art.16 Abs.1 PAG und des Änderungsentwurfs (Fassung vom 6.12.88, Drucks. 11/9078)

1. "Unmittelbar bevorstehende Begehung oder Fortsetzung einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit von erheblicher Bedeutung für die Allgemeinheit":

Diese jetzt bereits gültigen Voraussetzungen für eine Ingewahrsamnahme sind, gemessen an der Schwere des Grundrechtseingriffs, m.E. zu vage.
- Was heißt unmittelbar bevorstehend? Wie weit muß sich die Gefahr schon konkretisiert haben? Die Praxis zeigt,daß hier bereits weit im Vorfeld, also bei weitem nicht nur in unmittelbarer zeitlicher und räumlicher Beziehung, Menschen aus dem Verkehr gezogen werden und dies auch von den zuständigen Richtern aufgrund der polizeilichen Aktenvorlage mehrheitlich abgesichert wird. Diese gesetzliche Formulierung bietet insofern also schon bisher keinen hinreichenden Schutz der Betroffenen, die sich zudem nicht (zumal nicht rechtzeitig) rechtlich und tatsächlich wirkungsvoll zur Wehr setzen können.
- "Bevorstehende Begehung einer Straftat" - also irgendeiner Straftat - ist m.E. zu weit gefaßt, immer gemessen am Schweregrad des Grundrechtseingriffs. Zumindest müßte eine schwere oder erhebliche Straftat bevorstehen (siehe dazu auch § 20 Alternativentwurf zum Musterentwurf einheitlicher Polizeigesetze des "Arbeitskreises Polizeirecht"). Denn unter die bestehende Formulierung fallen auch bloße Bagatellstraftaten, die im Falle einer Verurteilung allenfalls mit einer Geldstrafe geahndet würden.
- Noch eklatanter gestaltet sich das Mißverhältnis zwischen freiheitsentziehendem Eingriff und bevorstehender Ordnungswidrigkeit, über das der Zusatz "von erheblicher Bedeutung für die Allgemeinheit" nicht hinwegtäuschen kann, zumal diese Formulierung nahezu beliebig zu interpretieren ist. Nach der Begründung des Änderungsentwurfes (Drucksache 11/9078, S.4, 1.Sp.) kommen "*vor allem Verstöße gegen das Versammlungsgesetz (Vermummungsverbot, passive Bewaffnung) und gegen Umweltvorschriften*" in Betracht, nicht dagegen Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr (die allerdings häufig tatsächlich gemeingefährlich sein können, im Gegensatz zu vielen Verstößen gegen das Versammlungsgesetz, etwa die bloße Teilnahme an einer verbotenen Versammlung). Da aus den erwähnten Gründen die Verhängung von Vorbeugehaft selbst nach herrschenden Kriterien stets das äußerste polizeiliche Mittel bleiben muß (der AE PolG empfiehlt zur Klarstellung: wenn "*die Gefahr auf andere Weise nicht beseitigt werden kann*"), ist eine Verquickung mit einer bloß bevorstehenden Ordnungswidrigkeit, die im Falle der Verwirklichung allenfalls zu einer Geldbuße führen kann, aus Güterabwägungsgründen schlichtweg unverhältnismäßig. Sieht man diese Problematik noch in Zusammenhang mit der in Art.19 Nr.3 des Änderungsentwurfes vorgesehenen Höchstdauer der Freiheitsentziehung von zwei Wochen, so wird spätestens hier die Verletzung des in der Verfassung verankerten Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes augenfällig. →



Der Rechtsstaat schreitet ein

2. Katalog konkreter Anhaltspunkte für die Prognoseentscheidung über das unmittelbare Bevorstehen von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten von erheblicher Bedeutung für die Allgemeinheit (diese Regelbeispiele sind zugeschnitten auf Demonstrationsereignisse; vgl. § 1 Änderungs- entwurf zu Art.16 Abs.1):

a) Eine solche Annahme soll darauf gestützt werden können, daß die betreffende Person *"die Begehung der Tat angekündigt oder dazu aufgefordert hat"* oder Transparente, Flugblätter in einer zur Verteilung geeigneten Menge oder sonstige Gegenstände mit einer solchen Aufforderung mit sich führt.
Diese für die Verhängung von Vorbeugehaft als maßgeblich angenommenen Anhaltspunkte tangieren im wesentlichen den Meinungsäußerungsbereich und damit die Meinungsfreiheit, insbesondere im Zusammenhang mit Demonstrationen und Aktionen. Zunächst bieten diese Formulierungen des Entwurfs etliche Interpretationsschwierigkeiten, die wiederum viel Spielraum für Willkürentscheidungen lassen: etwa bei der Frage der zur Verteilung geeigneten Anzahl von Flugblättern (reichen etwa schon drei oder fünf Exemplare oder müssen es mindestens zwanzig sein?), oder welche Anforderungen sind an das Merkmal *"mit sich führen"* zu stellen, das heißt an die Zuordnung zu einzelnen Personen und an das Erfordernis des *"Sich-zueigen-machens"* des Flugblatt- oder Transparentinhalts (das im Entwurf überhaupt keine Erwähnung findet, entgegen den Vorstellungen des Bayerischen Senats in seiner Beschlußempfehlung vom 15.9.88 Nr.II2.); wie sich aus der Begründung zum Änderungsentwurf (a.a.O., S.4-1.Sp., S.5-1.Sp. jeweils oben) ergibt, soll gerade die individuelle Zuordnungsmöglichkeit und das "Zueigenmachen" keine Rolle mehr spielen, sondern nur noch die objektiven Anhaltspunkte der (möglicherweise zufälligen) räumlichen Nähe, womit der Entscheidungsspielraum der den polizeilichen Vorbeugegewahrsam überprüfenden Richter sowie die Möglichkeiten zur Gegenwehr der Betroffenen noch weiter eingeschränkt werden sollen. Was läßt sich nun alles konkret unter die o.g. Formulierung subsumieren?

- Beispielsweise der Aufruf zum Boykott der Volkszählung (VZ) (wir kennen ja die "überragende Bedeutung" der VZ für die Allgemeinheit aus der millionenschweren Propaganda der Regierung und die, wenn auch uneinheitliche gerichtliche Sachbeschädigungsinterpretation): also nicht mehr nur Bespitzelung und Speicherung von Boykotteuren in Polizei- und "Verfassungsschutz"-Dateien sowie Anstrengung von Verwaltungs- und Gerichtsverfahren, sondern künftig auch Vorbeugehaft?
- Oder die Ankündigung bzw. der Aufruf, an einer verbotenen Demonstration oder Veranstaltung teilnehmen zu wollen (Ordnungswidrigkeit).

Foto: Joker

- Oder die Ankündigung, sich an einer Blockade von Militäreinrichtungen zu beteiligen - Vorbeugehaft bis die angekündigte Aktion vorüber ist (notfalls also 14 Tage lang).
- Oder der Aufruf zu einer Verkehrsblokkade oder Betriebsbesetzung im Zusammenhang mit Streikmaßnahmen (als Nötigung bzw. Hausfriedensbruch gewertet).

Allein der Aufruf zu oder die Ankündigung von bestimmten Aktionsformen des "zivilen Ungehorsams" oder einfacher "gewaltfreier" Regelverletzung, die im Falle der Durchführung der Aktion und einer anschließenden gerichtlichen Ahndung allenfalls zu Geldbußen oder -strafen führen würden, könnten künftig schon im vorhinein, ohne daß es zu einer Tatausführung kommt (die ja noch von weiteren Entscheidungen und Handlungen abhängig ist), die Betreffenden tage- und wochenlang ins Gefängnis bringen. Reicht hierfür künftig vielleicht bereits das Mitführen eines Buches mit dem Titel *"Widerstand gegen die Staatsgewalt"**, das ich Ende letzten Jahres herausgegeben habe und in dem es auch um Widerstandformen und Bürgerrechtsaktionen geht? Folgt man der Einzelbegründung zum Änderungsentwurf (S.4. 2.Sp. unten), so bedarf es noch nicht mal der Ankündigung einer Tat oder der Aufforderung zu einer solchen, sondern es soll gar ausreichen, solche "Aktionen" schlicht zu "befürworten". Deutlicher läßt sich nicht ausdrücken, daß hier reine Meinungsäußerungen mit (Vorbeuge-) Haft bedroht werden sollen.

b) Die Annahme einer unmittelbar bevorstehenden Straftat oder Ordnungswidrigkeit soll außerdem darauf gestützt werden können, daß bei der betreffenden Person *"Waffen, Werkzeuge oder sonstige Gegenstände aufgefunden werden, die ersichtlich zur Tatbegehung bestimmt sind oder erfahrungsgemäß bei derartigen Taten verwendet werden"*.

Diese Regelung bezieht ihre Brisanz nicht etwa daher, daß damit etwa eindeutige Waffen, wie z.B. Pistolen, Gewehre oder Molotow-cocktails gemeint sein könnten (abgesehen vom Problem der Zuordnung, s.o.), sondern vielmehr aus dem inzwischen ausufernden Waffenbegriff, der noch die sog. passive Bewaffnung bzw. Schutzbewaffnung umfaßt (hier übrigens die umgekehrte Tendenz zur in der Einleitung beschriebenen staatlichen Sprachregelung).
Insofern ist diese Regelung im Zusammenhang mit den übrigen Verschärfungen im Demonstrationsrecht und den damit verbundenen rechtlichen und tatsächlichen Unsicherheiten bzw. (bewußten?) Verunsicherungen zu sehen: Reicht also etwa schon das Tragen oder Mitsichführen einer bestimmten, unerwünschten Kleidung bzw. verdächtiger Accessoires - wie etwa Schals, große Sonnenbrillen, Arbeitsschutzhelme, Regenschirme, falsche Bärte oder Gesichtsmasken mit den Zügen Friedrich Zimmermanns aus, um in Vorbeugehaft zu landen? Ähnlich wie mit dem geplanten strafrechtlichen Vermummungsverbot letztlich allein der generelle Verdacht bestraft würde, daß mit einer bestimmten Bekleidung auch eine bestimmte Absicht zu gewalttätigem Verhalten verbunden sei, was pures Verdachts- bzw. Gesinnungsstrafrecht bedeutet, so würde die genannte Regelung allein das Auffinden einer bestimmten, für sich gesehen völlig harmlosen Kleidung, Vorbeugehaft rechtfertigen und damit die betreffende Person ihrer Freiheit und ihres Grundrechts auf Versammlungsfreiheit berauben (dies gilt entsprechend auch etwa für die Merkmale *"Werkzeuge oder sonstige Gegenstände"*, die sich regelmäßig etwa in Kraftfahrzeugen finden, wie etwa Wagenheber oder Benzinkanister, deren Besitz nun

→

* Gössner, Widerstand gegen die Staatsgewalt - Handbuch zur Verteidigung der Bürgerrechte, Hamburg 1988

im Zusammenhang mit Demonstrationen o.ä. umgedeutet werden kann zu Anhaltspunkten bzw. Indizien für bevorstehende Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten). Damit ist die noch erweiterte Möglichkeit geschaffen, letztlich mißliebige Personen, denen keinerlei Gewalttaten o.ä. nachgewiesen werden können, unter fadenscheinigen Vorwänden schon im vorhinein aus dem Verkehr zu ziehen. Der Gesetzestext läßt dies zu.

- Nach dem Änderungsentwurf soll es genügen, daß eine *"Begleitperson solche Gegenstände mit sich führt und sie* (wer? die Person oder die Begleitperson? d.V.) *den Umständen nach hiervon Kenntnis haben mußte"* (ist dann die Begleitperson nicht auch Person, gegen die Präventivhaft verhängt werden kann, wenn so messerscharf, wie geplant, von den mitgeführten Gegenständen auf die Absicht geschlossen wird?):

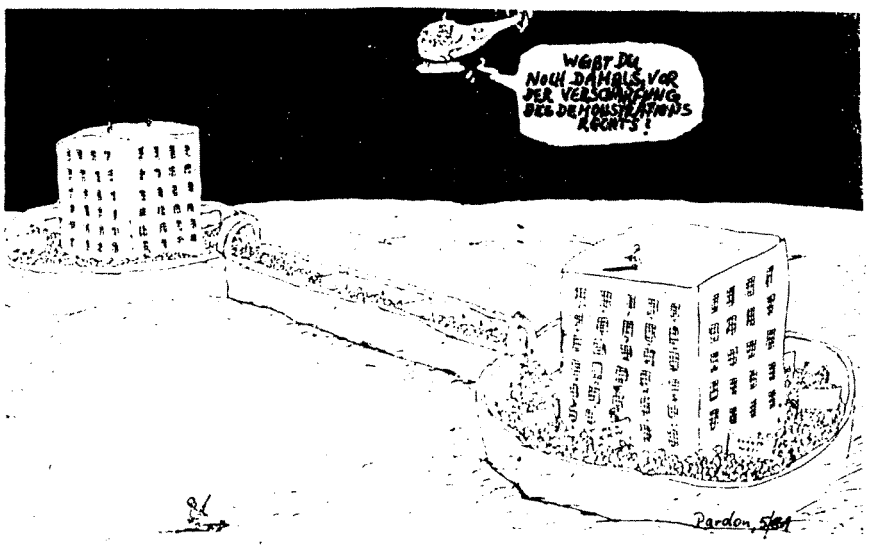
Mit dieser Regelung wird m.E. eine problematische Kontakt- bzw. Kollektivhaftung im Vorfeld konstruiert ("mitgegangen, mitgefangen"), ähnlich wie wir sie inzwischen bereits aus strafrechtlichen Zusammenhängen kennen: So können etwa nach der Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts von 1985 selbst vollkommen friedliche DemonstrationsteilnehmerInnen zu "Landfriedensbrechern" befördert werden - eine gesetzliche Konstruktion, mit deren Hilfe die aus "Terrorismus-Verfahren" bekannte und heftig umstrittene kollektive Haftung auch im Demonstrationsrecht verankert wurde. Der individuelle Nachweis einer eigenhändig begangenen Gewalttat ist entbehrlich geworden; die bloße Anwesenheit bei einer "unfriedlichen" Demonstration zu einer bestimmten Zeit und in einer inkriminierten Bekleidung reicht für eine Verurteilung wegen "Landfriedensbruch" aus. Damit wurden weit mehr Betroffene geschaffen, als es der alte Tatbestand des "Landfriedensbruchs" vermochte.

Eine ähnliche Wirkung wird auch die Zurechnung der Gegenstände von "Begleitpersonen" bei der Vorbeugehaft entfalten. Die *"bloße Behauptung, seine Begleitperson nicht zu kennen"* oder von der Mitführung der inkriminierten Gegenstände nichts zu wissen (was manche Richter in der Vergangenheit zum Leidwesen der Bayerischen Landesregierung noch gelten ließen), soll jedenfalls in Zukunft nicht mehr ausreichen, um sich vor der Präventivhaft zu retten (s. Begründung S.4, 1.Sp. oben). Wann die betreffende Person vom Mitführen der Gegenstände durch die Begleitperson Kenntnis hat und *"wer im Einzelfall einem anderen als Begleitperson zuzurechnen ist"*, entscheidet die Polizei aus eigener Machtvollkommenheit vor Ort - oder wie es in der Änderungsbegründung formuliert ist: *"anhand objektiv feststellbarer Umstände"*.

Damit steht eine völlige Loslösung der Haft von persönlicher Verantwortung der Betroffenen zu befürchten, denen letztlich keine Möglichkeit mehr bleibt, sich gegen bloße Unterstellungen zur Wehr zu setzen. Und so nimmt die Gerechtigkeit ihren Lauf: Bei Insassen eines Personenkraftwagens beispielsweise wird in aller Regel von einer Zusammengehörigkeit ausgegangen - da wird sich der zufällig mitgenommene Tramper schlecht herausreden können, et vice versa. Aber auch die zusammengewürfelten Insassen von Bussen oder (zufällige) Mitbewohner in einer Unterkunft können, auch nach dem nachgebesserten Entwurf, vor Präventivhaft nicht unbedingt sicher sein, wenn bei einzelnen entsprechende Gegenstände gefunden werden und die Polizei nach den Umständen davon ausgeht, die anderen hätten hiervon Kenntnis haben müssen (und diese polizeiliche Annahme dürfte "erfahrungsgemäß" in entsprechenden Situationen und Umfeldern die Regel sein).

c) Eine Präventivhaft soll auch dann möglich sein, wenn die betreffende Person *"bereits in der Vergangenheit mehrfach aus vergleichbarem Anlaß bei der Begehung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten... als Störer betroffen worden ist und nach den Umständen eine Wiederholung dieser Verhaltensweise zu erwarten ist"* :

Diese Regelung im Polizeirecht ist im Zusammenhang zu sehen mit der geplanten strafprozessualen Haft bei "Wiederholungsgefahr" - eine Nazi-Errungenschaft des Jahres 1935 -, die nun auch bei (schwerem) Landfriedensbruch möglich werden soll, was einer Sicherungshaft gleichkäme. Die Präventivhaft für frühere "Störer" (die etwa - wissentlich oder unwissentlich - an nicht genehmigten Demonstrationen teilgenommen haben; also letztlich auch lediglich "Auffällige", die in irgendeine Polizeimaßnahme geraten sind), von denen die Wiederholung ähnlicher Verhaltensweisen erwartet wird, soll nun auch die Lücke im Vorfeld strafbarer Handlungen schließen. Es ist dabei - so die Einzelbegründung zu c) - nicht erforderlich, daß die betreffende Person etwa für die frühere "Störertätigkeit" rechtskräftig verurteilt wurde; *"es genügt eine rechtswidrige Störung"*, die zu überhaupt keinem Verfahren geführt haben braucht und die lediglich auf Polizeiseite, etwa im datenschutzrechtlich äußerst bedenklichen Meldedienst Landfriedensbruch oder in der "Störerdatei" registriert wurde; *"auf ein Verschulden im strafrechtlichen Sinne kommt es nicht an"*. Der "Nachweis" früherer Störertätigkeit, die Jahre oder gar Jahrzehnte zurückliegen mag (diese Zeitfrage läßt der Entwurf offen), kann auch allein auf frühere polizeiliche Maßnahmen gestützt werden (das bedeutet: selbst wenn etwaige Ermittlungsverfahren eingestellt worden sind). Die Frage der Wiederholungsgefahr entscheidet die Polizei nach den Umständen vor Ort, die möglicherweise von der betroffenen Person überhaupt nicht zu beeinflussen sind. Eine richterliche Überprüfung wird zur Farce.



3. Zur Problematik richterlicher Überprüfung

Überhaupt entscheidet der zuständige Richter in den Fällen der Präventivhaft in nichtöffentlichem Verfahren lediglich nach polizeilicher Aktenlage; er kennt die Lage vor Ort nicht, er hört auch keine unabhängigen Zeugen. Maßgebend für die Verhängung von Präventivhaft sind nicht Tatsachen, sondern Vermutungen über noch gar nicht begangene Rechtsbrüche sowie Begriffe wie *"Annahme"*, *"ersichtlich"*, *"erfahrungsgemäß"* und *"nach den Umständen"*. Die Argumente der Betroffenen zählen nach der geplanten Rechtslage noch weniger als bisher schon. Mithilfe der neuen "Anhaltspunkte" soll, das ist eindeutig aus der Begründung herauszulesen, der Überprüf- und Entscheidungsspielraum der Richter kräftig eingeschränkt werden; sie werden zur schematischen Anwendung dieser Regelbeispiele verleitet, was zur Vereinheitlichung und zu einer Rationalisierung der nach diesem Gesetz zu erwartenden präventiven Massenverhaftungen führen wird. →

III. Kurz-Resumee

So, wie das Verbot wegen "*zu erwartender Gewalttätigkeiten*" oder "*zu erwartender Gewaltbefürwortung*" letztlich willkürgleich über jeder Demonstration oder Veranstaltung schwebt (und notfalls auch die erforderlichen Hinweise hierauf leicht erbracht werden können, wie uns die Erfahrungen mit agents provocateurs lehren), so schwebt über einer Vielzahl von Demonstrationswilligen die Androhung von Präventivhaft. Motto: Die friedlichste Demonstration ist eine, die erst gar nicht stattfindet und deren Akteure vorsorglich in Unterbindungsgewahrsam sitzen. Zusammen mit den bereits erfolgten und den noch geplanten Einschränkungen der Demonstrationsfreiheit führt eine zeitlich und inhaltlich ausgeweitete Präventivhaft für potentielle Demonstrations-, aber auch StreikteilnehmerInnen zu einem unkalkulierbaren Risiko, das diese von ihrer Grundrechtswahrnehmung abschrecken könnte. Die Gesetzesplaner setzen auf Abschreckung, wie sie in ihrer Begründung offenbaren: Dort heißt es in aller Deutlichkeit, daß die Möglichkeit eines längeren Unterbindungsgewahrsams "*eine erhebliche Präventionswirkung entfalten dürfte*" (S.2). Mit einer Reihe der geplanten Regelbeispiele, mit der vorgesehenen Höchstdauer von zwei Wochen und insbesondere mit der Verknüpfung beider Elemente sind der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verletzt, das Übermaßverbot sowie der Bestimmtheitsgrundsatz. Nähme man das Grundgesetz ernst und insbesondere auch Art.102 der "*Verfassung des Freistaates Bayern*", der eine mehrtägige Vorbeugehaft schlichtweg für unzulässig erklärt[2], so dürfte dieser Änderungsvorschlag nicht Gesetz werden. Es handelt sich hierbei um den Versuch eines unverhältnismäßigen und sonderrechtsgleichen, also letztlich verfassungswidrigen Eingriffs in die Freiheitsrechte von (potentiellen) Versammlungs- und StreikteilnehmerInnen.

Wir müssen endlich die nicht länger zumutbare Ausdehnung staatlicher, insbesondere polizeilicher Befugnisse auf ihre Funktion hin hinterfragen. Wir dürfen uns nicht länger mit der angeblich gefährdeten Staatssicherheit als Begründung zufrieden geben, wie es uns etwa in den Worten des bayerischen Innenministers wieder in bemerkenswerter Schlichtheit entgegenschlägt: "*Es muß doch für einen Polizeibeamten einfach entmutigend sein, einen Zwillenschützen oder Steinewerfer, den er am Vortag unter Gefahr für Gesundheit oder Leben aus einer feindseligen Menschenmenge herausgeholt hat, schon am nächsten Tag wieder in 'Aktion' zu sehen. Nicht der Neugierige oder der friedliche Demonstrant ist ja Ziel polizeilicher Maßnahmen, sondern vor allem der gewalttätige Störer.*" Wohlgemerkt: "*vor allem*".

Die Frustrationsgrenzen von Staatsbütteln als Maßstab für Gesetzeseingriffe in die Freiheitsrechte der BürgerInnen - so weit ist es schon gekommen!

Entgegen solcher herrschenden Argumentationsmuster müssen wir endlich und immer wieder den historischen Blick für die immanenten Gefahren einer politisch selektierenden, wiedervereinigten und mächtigen Sicherheitsbürokratie schärfen und den Schutz des Menschen vor einer solchen sicherheitspolitischen Aufrüstung und Strukturentwicklung verstärken. Denn die neuere Geschichte, insbesondere diejenige Deutschlands, zeigt, daß die eigentlichen und systematischen Gefahren für die Menschen und Menschenrechte von staatlicher Seite, vom staatlich organisierten Gewaltapparat drohen. Auch die Vorbeugehaft, gerade im Gewande des bayerischen "*Unterbindungsgewahrsams*", wird den schlimmen Ruch von "*Schutzhaft*" nie ganz los werden.

1 s. zur Problematik des "Vermummungsverbots" und der "passiven Bewaffnung": Gössner, Widerstand gegen die Staatsgewalt. Handbuch zur Verteidigung der Bürgerrechte, Hamburg 1988, S.75 ff).

2 Art.102 (Freiheit der Person) Abs.2: "*Jeder von der öffentlichen Gewalt Festgenommene ist spätestens am Tage nach der Festnahme dem zuständigen Richter vorzuführen... Er hat gegen den Festgenommenen entweder Haftbefehl zu erlassen oder ihn unverzüglich in Freiheit zu setzen.*"

Rolf Gössner

geb. 1948, lebt als Rechtsanwalt und Publizist in Bremen. Redaktionsmitglied der Zeitschrift "*Geheim*" (Köln). Von 1985 bis 1988 Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung (Projekt "*Politische Justiz der sog. Terrorismusverfahren*").

Neueste Buchveröffentlichung:

"Widerstand gegen die Staatsgewalt - Handbuch zur Verteidigung der Bürgerrechte" (Konkret Literatur Verlag), Hamburg 1988.

Mitautor des Bestsellers "*Der Apparat - Ermittlungen in Sachen Polizei*" (Kiepenheuer & Witsch), Köln 1982, 1984 und von "*Im Schatten des Rechts - Methoden einer neuen Geheim-Polizei*" (Köln 1984), beide zusammen mit Uwe Herzog.

Mitherausgeber von "*Restrisiko Mensch*" (Bremen 1987) u.a.

Mitinitiator der Bürgerinitiativen "*Bürger kontrollieren die Polizei*" in verschiedenen Städten.

Sachverständiger in Hearings und Gesetzgebungsverfahren vor Rechts-, Innen- und Fraktionsausschüssen (Bundestag, hessischer Landtag).

Neues Repressionspaket verabschiedet:

Es wird immer sicherer!

Das, was wir in RADI-AKTIV Nr.16 (März '88) als "Neues aus dem Hause Zimmermann" vorgestellt hatten, ist nun im großen und ganzen Gesetz geworden. Am 12.5.89 passierte das sogenannte Artikelgesetz den Bundesrat. Gegen die Stimmen von SPD, Grünen und sechs FDP'lern hatte der Bundestag am 20.4.89 bereits sein Jawort gegeben.

Zur Erinnerung: Unmittelbar nach den Schüssen an der Startbahn West wurde das nächste Gesetzespaket aus der Schublade des Bundesinnenministeriums geholt. Geändert bzw. neu geschaffen werden sollten folgende Regelungen:

- Vermummung und sog. passive Bewaffnung sollten fortan nicht nur als Ordnungswidrigkeit, sondern als Straftat geahndet werden.
- Der Aufruf zu verbotenen Demos sollte strafbar werden.
- Zusammenarbeit und Auskunft an Polizei und Behörden sollte zur Pflicht und unter Drohung eines Bußgeldes erzwungen werden.
- Der Haftgrund Wiederholungsgefahr für wegen schweren Landfriedensbruchs Verdächtige sollte geschaffen werden, also Vorbeugehaft.
- Die Befürwortung von Straftaten sollte in § 130 b StGb unter Strafe gestellt werden.
- Eine befristete Kronzeugenregelung sollte für Personen, denen Beteiligung in irgendeiner Form an einer "terroristischen Vereinigung" vorgeworfen wird, den Ausstieg erleichten.
- Im übrigen sollten die Höchststrafen für Diebstahl von Waffen und Sprengstoff, erpresserischem Menschenraub und Geiselnahme erhöht werden.

Foto: Tilo Grätz

Was ist nun von diesem Paket übrig geblieben?

Genug jedenfalls, um es als weiteres Instrumentarium eines polizeistaatlichen Vorgehens gegen oppositionelle Bewegungen charakterisieren zu können:

Vermummung und passive Bewaffnung sind - im VersG geregelt - Straftaten geworden. Schützt mensch sich vor den Videokameras und Wasserwerfern der Polizei, riskiert er eine Freiheitsstrafe von bis zu einem Jahr. Dies gilt auch schon für den Weg zur Versammlung, den Weg von der Versammlung weg (bei sog. Zusammenrottungen).

Das Verbot, zu einer verbotenen Versammlung aufzurufen, wurde ebenfalls verabschiedet.

Fallengelassen wurde die Regelung, wonach ein Verstoß gegen die Pflicht von Veranstaltern, mit Polizei und Behörden zusammenzuarbeiten, ein Bußgeld nach sich zieht. Allerdings ist dies faktisch durchgesetzt. Keine Versammlung, ob in geschlossenen Räumen oder unter freiem Himmel, bei der die Veranstalter nicht in die entsprechende Behörde zitiert werden und teilweise in erpresserischer Manier durch Drohung mit Verboten zu irgendwie gearteten Zugeständnissen, Distanzierungserklärungen u.ä. gebracht werden sollen.

Verabschiedet wurde auch der Haftgrund Wiederholungsgefahr für Personen, die mal verdächtigt wurden, einen schweren Landfriedensbruch begangen zu haben. Wohlgemerkt: nicht eine rechtskräftige Verurteilung ist erforderlich, was auch schon repressiv genug wäre, sondern ein bloßer Verdacht zusammen mit der Annahme, eine solche Gefahr stehe wieder bevor. In Anbetracht der Landfriedensbruchdateien, der stetigen Observation etc. bedeutet dies pure Vorbeugehaft für diejenigen, die bereits einmal polizeilicher Verdächtigung ausgesetzt waren.

Fallengelassen wurde der geplante § 130 b StGB, wonach die Befürwortung von Straftaten strafbar werden sollte. Diese verschärfte Wiedererweckung des alten § 88 a StGB stieß wohl auf Widersprüche bis in die Reihen der CDU hinein.

Dafür wurden die Strafmaßerhöhungen für Diebstahl von Waffen und Sprengstoff, Menschenraub und Geiselnahme realisiert. Hinsichtlich des Diebstahls von Waffen wird übrigens ausdrücklich und ausschließlich in der Begründung des Entwurfs auf die zu den Frankfurter Schüssen verwendete Waffe Bezug genommen, die angeblich bei der Hanaudemonstration 1986 einem Polizeibeamten gestohlen worden sein soll. Für den Sprengstoff müssen die gefällten Strommasten herhalten - adhoc-Gesetze, die also gezielt Aktionen im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen die Atompolitik zum Anlaß haben.

Auch die lange umstrittene Kronzeugenregelung ist nun befristet Gesetz. Allerdings soll die Strafe für Personen, denen ein Mord vorgeworfen wird, allenfalls auf drei Jahre herabgesetzt werden können. Dies bedeutet, daß ihnen die Aussetzung der Strafe zur Bewährung nicht gewährt werden kann. Hier hatte ja seinerzeit die Volksseele gekocht: bei der Befürchtung, "terroristische Mörder" würden frei auf der Straße herumlaufen

§ 12 a VersG - Videos und Tonbänder auf Versammlungen

Einen Coup hat das Bundeskabinett nun allerdings doch noch gelandet. In das Paket kurzfristig aufgenommen wurde ein § 12 a VersG, den wir im Wortlaut abdrucken. Er knüpft an den in Bayern leidig bekannten § 12 VersG, wonach Polizei sich inzwischen regelmäßig ihren "angemessenen Platz" auch in Versammlungen in geschlossenen Räumen verschafft.

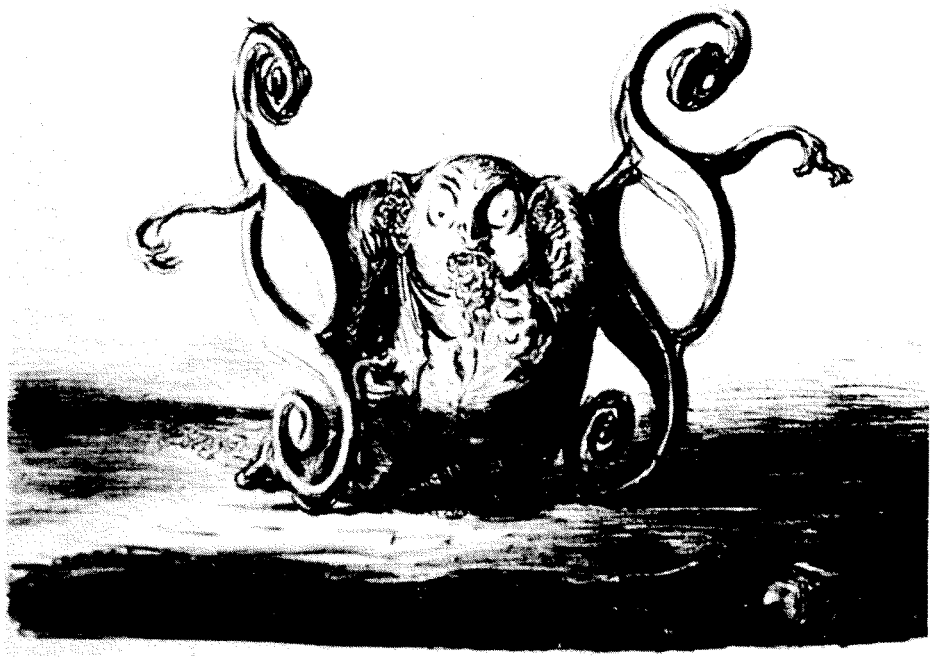
Einige Male saßen die Beamten in den Räumen und ließen die Tonbänder mitlaufen. Dies führte zu heftigen Diskussionen bei der Vorbereitung bald jeder weiteren Veranstaltung. Ist es letztlich wichtiger, die öffentliche Diskussion für uns wichtiger Themen auf jeden Fall und notfalls trotz polizeilicher Anwesenheit durchzusetzen

→

oder muß die Anwesenheit von Polizei zum Abbruch der Veranstaltung führen? Nun denn - jetzt ist es gesetzlich erlaubt, daß Polizei nicht nur anwesend, sondern mit Videokamera und Tonbändern in Veranstaltungsräumen sitzt. Und nicht nur das: Bild- und Tonbandaufnahmen dürfen auch von Teilnehmern "*im Zusammenhang mit öffentlichen Versammlungen*" angefertigt werden. Heißt das, daß sich die Polizei Zutritt zu den Vorbereitungstreffen verschafft?
Nichtsdestotrotz - die bürgerliche Presse feiert diese Regelung als Datenschutzerrungenschaft: die FR vom 13.5.89 jubelt darüber, daß die Aufnahmen unverzüglich vernichtet werden sollen, wenn sie zur Strafverfolgung oder Gefahrenabwehr nicht mehr benötigt werden.
Erstens bestimmt die Polizei,wann sie was nicht mehr braucht, zweitens können die Daten an die Geheimdienste wie Verfassungsschutz weitergegeben werden, die nicht vom § 12 a VersG erfaßt werden und drittens hat diese Regelung für oppositionelle Bewegungen eine ganz andere Funktion: Schon der § 12 VersG hat in Bayern zu heftigen Diskussionen geführt: Wie sieht das erst aus, wenn auch noch gefilmt und mitgeschnitten wird? Die Konsequenz ist also wesentlich politischer, als Datenschutzdebatten oder Gesetzeskritiken vordergründig festzustellen meinen.

Eine erste Probe hinsichtlich des Verbots der " Passiven Bewaffnung" hat es schon gegeben: Die BI Schwandorf hatte für den Pfingstmontag zu einer Demo am Bauzaun der WAA aufgerufen, an der alle in Regenmänteln erscheinen sollen. Die flexible Reaktion des Landratsamtes in seinem Auflagenbescheid: "Regenbekleidung sei nicht generell Schutzbewaffnung. Die Beurteilung sei witterungsabhängig."

Von der politischen Witterung abhängig ist allerdings auch die Frage, wie sich die neuen Gesetze auswirken. Einerseits scheint hier mal wieder einiges mit heißer Nadel gestrickt. Die Widersprüche unter den Herrschenden zu den einzelnen Regelungen sind nicht zu verachten. Polizeiverbände wie die GdP haben die Unpraktikabilität des strafbewehrten Vermummungsverbots immer wieder betont. Sie sind nämlich jetzt aufgrund des Legalitätsprinzips verpflichtet zum Eingreifen, halten dies aber in vielen Fällen für nicht möglich und nicht geeignet.
Andererseits ist das Instrumentarium eindeutig weiter ausgedehnt worden. Auch wenn hier keine Änderungen im Sinne eines qualitativen Sprungs zu erwarten sind, die Gesetze verdienen heftige Gegenwehr, Kritik und gehören zusammen mit vielen anderen Normen abgeschafft.



Artikel 3

Änderung des Versammlungsgesetzes
und des Strafgesetzbuches

(1) Das Versammlungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. November 1978 (BGBl.I S. 1789), zuletzt geändert durch ... (BGBl.I S...),wird wie folgt geändert:

1. Nach § 12 wird eingefügt:

§ 12
(1) Die Polizei darf Bild- und Tonaufnahmen von Teilnehmern bei oder in Zusammenhang mit öffentlichen Versammlungen nur anfertigen, wenn tatsächliche Anhaltspunkte die Annahme rechtfertigen, daß von ihnen erhebliche Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung ausgehen. Die Maßnahmen dürfen auch durchgeführt werden, wenn Dritte unvermeidbar betroffen werden.

(2) Die Unterlagen sind nach Beendigung der öffentlichen Versammlung oder zeitlich und sachlich damit unmittelbar in Zusammenhang stehender Ereignisse unverzüglich zu vernichten, soweit sie nicht benötigt werden
1. für die Verfolgung von Straftaten von Teilnehmern oder
2. im Einzelfall zur Gefahrenabwehr, weil die betroffene Person verdächtig ist, Straftaten bei oder im Zusammenhang mit der öffentlichen Versammlung vorbereitet oder begangen zu haben, und deshalb zu besorgen ist, daß von ihr erhebliche Gefahren für künftige öffentliche Versammlungen oder Aufzüge ausgehen.
Unterlagen, die aus den in Satz 1 Nr.2 aufgeführten Gründen nicht vernichtet wurden, sind in jedem Fall spätestens nach Ablauf von drei Jahren seit ihrer Entstehung zu vernichten, es sei denn, sie würden inzwischen zu dem in Satz 1 Nr. 1 aufgeführten Zweck benötigt.

(3) Die Befugnisse zur Erhebung personenbezogener Informationen nach Maßgabe der Strafprozeßordnung und des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten bleiben unberührt."

Disziplinarverfahren gegen Schuierer

Freispruch 5.Klasse

Regensburg, 7.4.89. Bereits vor 8 Uhr früh harrten dutzende WAA-GegnerInnen der Öffnung des Gerichtssaales entgegen. Nur 200 Frühaufsteher bekamen die von Gerichtsdienern ausgeteilten "Eintrittskarten", 200 weitere mußten draußen bleiben. Dutzende Pressefritzen tummelten sich oben, vorne, hinten herum und schrieben, knipsten, filmten, was das Zeug hielt. Zivilpolizei war selbstverständlich auch im Saal.
Kurz vor 9 marschierte der "Held" in den Sitzungssaal des Regensburger Verwaltungsgerichts ein, mit Familie, Osterglokken, Tulpen, schwergewichtigem SPD-Anhang (Hiersemann) und Presseeskosrte. Minutenlange stehende Ovationen des Publikums (v. a. OberpfälzerInnen).
Vor dem Gerichtsgebäude auf dem Regensburger Haidplatz gab es einen Infostand der BI Schwandorf, die Jusos hatten im Gerichtsgebäude einen Klopapierstapel mit den Aufschriften "WAA - nein" und "Scheißprozeß" errichtet.
Nach dem Pressespektakel, Posieren der SPD-Prominenz und einleitenden Vorträgen über das Wesen des kommunalen Wahlbeamten in Bayern die Anschuldigungen, von Richter Kadlubski vorgetragen:

1. In einer Pressemitteilung vom 6.2.85 an die SZ München habe Schuierer von "Zynismus und brutalen Durchsetzungsmethoden Straußscher Prägung" gesprochen. Außerdem: Strauß wisse nicht mehr, was er sage.
Tags zuvor hatte Strauß in der SZ das Nichtauslegen der WAA- Baupläne durch Schuierer als "Sabotageversuche eines SPD- Funktionärs" bezeichnet und sich für das (im Juli 85 dann verabschiedete) "Selbsteintrittsrecht" ausgesprochen.
2. Am 17.8.85, also kurz nach der ersten, "kleinen" Platzbesetzung auf dem WAA-Gelände, sei Schuierer bei einer nicht angemeldeten Demonstration im Taxöldener Forst als Hauptredner aufgetreten. Er habe außerdem die ihm bekanntgewordene Veranstaltung nicht "sachgemäß" bearbeitet und angemeldet.
3. Folgendes soll Schuierer auf der Großkundgebung am 14.12.85 im Taxöldener Forst, an die sich die erste große Platzbesetzung anschloß, geäußert haben (Auszüge):
"Was soll hier eigentlich die Polizei vor wem schützen? Wo bleibt der Respekt vor dem Willen des Volkes? ...
Der Polizeieinsatz, der Millionen Mark kostet, schützt dagegen die Ein-Mann-Demokratie, den Regierungswillen Straußscher Prägung. Hier wird offenkundig, was Strauß bei den vielen Besuchen in Südafrika, Chile und all den Militärdiktaturen und den kommunistischen Staaten gelernt hat... Dort wie hier werden Grundrechte des Volkes nicht beachtet, Kritiker zum Schweigen gebracht, eingeschüchtert, verängstigt, bedroht und schikaniert...
Der Großmannssucht der CSU-Demokratur müssen Grenzen gesetzt werden...
Wir haben Angst ... vor Verteidigungsminister Wörner in seinem Drang nach Atomwaffen..."
4. Am 7.1.86 soll sich der Landrat anläßlich der Räumung des zweiten Hüttendorfes geäußert haben: "Was hier geschieht, ist Terror in Vollendung." Außerdem habe er erst nach zweimaliger Aufforderung das umstellte Areal verlassen.
5. Am 23.7.86 soll er auf einer Pressekonferenz in München gesagt haben, daß der Polizeieinsatzleitung offenbar nichts daran liege, gewalttätige Demonstranten festzunehmen, sie brauche Krawalle.

Im Zweifel für die Freiheit ?

Während der Beweisaufnahme stritten Schuierer bzw. seine Anwälte einzelne Punkte ab oder beriefen sich darauf, daß Schuierer als SPD-Politiker, d.h., außerhalb des Dienstes und nicht in seiner Funktion als Landrat, agiert habe. Schuierer betonte öfter, er habe ständig versucht, auf Demonstranten "mäßigend" einzuwirken, aber auch auf die Polizei. Er kritisierte brutale und provokante Polizeieinsätze. Anläßlich seiner Äußerung vom 7.1.86 verwies er darauf, daß er selber Hundebisse gesehen habe und ein Polizeihund auf ihn selber gehetzt worden sei. Zur Äußerung "Terror in Vollendung" stehe er nach wie vor (das schwächte allerdings ein Anwalt sofort ab!).
Die Verteidigung verhielt sich im allgemeinen sehr unpolitisch und klebte eng an den konkreten Vorwürfen. Richter Kadlubski versuchte pressewirksam, eine Art idealtypische "ausgleichende" Rolle zu spielen. Er gab vor, die Meinungen der Prozeßparteien sachlich abzuwägen (so steht's wahrscheinlich im Lehrbuch für Juristen), und griff bei Publikumsgetöse relativ selten ein.
Das "farblose" Plädoyer der Vertreter der Bezirksregierung (Wimer und Becker) bestand zunächst aus einer Wiederholung der Anklageschrift. Außerdem: Schuierer als gewählter Beamter müsse sich wie ein "normaler" Beamter innerhalb und außerhalb des Dienstes politisch "mäßigen". Schuierer sei befangen, da er sich als Vertreter einer WAA-Genehmigungsbehörde offen der Anti-WAA-Bewegung angeschlossen habe. Besonders schwerwiegend wäre das Anpinkeln der Polizei und anderer staatlicher Organe (wie Strauß) gewesen. Kritik müsse in Schuierers Fall eingebunden sein in "grundsätzliche Regierungsloyalität".
Eine "grundsätzliche Übereinstimmung in der demokratischen Grundhaltung" sei erforderlich.
Die Plädoyers der beiden Verteidiger Schreiner und Schmid waren zwar "farbiger", aber inhaltlich extrem schwammig (so die bürgerliche Presse). Neben dem schon Gesagten kam als Verteidigungslinie hinzu, daß der Mandant ja mittlerweile "vorsichtiger" geworden sei und ein besonders pflichtbewußter Beamter sei (was im übrigen auch die "farblosen" Vertreter der Bezirksregierung betont hatten). Kommunale Wahlbeamte würden außerdem generell keinem politischen Mäßigungsgebot unterliegen. Schmid endete frenetisch: "Im Zweifel für die Freiheit!"
Schuierers Schlußwort: Er sei seit mehreren Jahren "verfolgt" und "ausgehorcht". Die strittigen Aussagen habe er nur als SPD-Politiker gemacht, in seiner Amtsführung als Landrat könne man ihm nichts vorwerfen. Er habe weder Strauß beleidigen wollen noch Differenzen zur Polizei gehabt. Angeklagt sei er als WAA-Gegner, werde sich aber trotzdem immer wieder zu Fragen äußern, die die "Allgemeinheit" betreffen.
Nach fünfstündiger Verhandlung empfahl Richter Kadlubski schließlich den Vertretern der Bezirksregierung, einer Verfahrenseinstellung zuzustimmen.
Abgang aller Beteiligten. Schuierer wurde wie ein "Volksheld" auf dem Haidplatz mit Blumenspalier, Gesängen etc. empfangen.

Der Volksheld wird gerüffelt

Eine Tage nach dem pressewirksamen Justizzirkus ("unsere Justiz ist einfach super") kam die Zustimmung der "Ankläger" zur Einstellung. Dies sei allerdings "kein Freispruch", wurde betont. Nach der bayerischen Disziplinarordnung wären damit Dienstvergehen erwiesen, aber keine Disziplinarmaßnahme verhängt. Ein Sprecher des bayerischen Innenministeriums warf bezeichnenderweise der SPD vor, "vorzeitig Siege zu feiern" (MZ, 15.4.89). Hiersemann, Schuierer und Frau Bause von den Grünen feierten das Urteil als eine Art "Sieg" gegen die Staatsregierung. Die Schuierer-Anwälte vorsichtiger: "Sieg nach Punkten".
Ganz anders Richter Kadlubski in der Kurzfassung der Einstellungsbegründung: Er rügte ganz deutlich die "ehrverletzenden Äußerungen" Schuierers. In drei Fällen (gegenüber der Polizei am 7.1. und 23.7.86; gegenüber FJS am 6.2.85) seien Verstöße gegen die Dienstpflicht erwiesen. Auf Bestrafung verzichte man wegen ansonsten "untadeliger Amtsführung" des Landrats. Im

→

übrigen werte er die gerügten Äußerungen als "unbedacht" und in der Erregung geäußert (d. h. nicht ganz ernstzunehmen...). Wichtig sei auch der mittlerweile "sachliche Umgang miteinander" (MZ, 18.4.89).
Wer's nicht glaubt, daß das kein Freispruch war, der lasse sich die Kostenentscheidung des Gerichts durch den Kopf gehen: Schuierer muß seine Anwälte selber blechen, die Verfahrenskosten trägt das Landratsamt Schwandorf als Dienstherr. Nach der Kostenverteilung zwischen den Prozeßparteien also ein Freispruch höchstens fünfter Klasse! ●

Foto: Andreas Schoelzel

Hans Schuierer,

"alter Parteihase" und

Wahlkämpfer für

die SPD

Hans Schuierer, Landrat des Landkreises Schwandorf und WAA- Gegner, ist zur Zeit wohl einer der bekanntesten Kommunalpolitiker der BRD.
Schuierer arbeitete zuerst als Maurer und wurde später Bauingenieur. Bereits mit 25 Jahren wurde er Kreisrat für die SPD (Burglengenfe ld, 1956 - 1970). Seit 1970 ist er gewählter Landrat (1984 mit 70% der Stimmen wiedergewählt), seit 1974 im Bezirkstag der Oberpfalz. Und zuletzt machte er auch noch innerhalb der SPD Karriere und rückte in den Landesvorstand der bayerischen SPD auf (vorher stv. Unterbezirksvorsitzender).
Mit Unterstützung Schuierers kann die SPD in Bayern Wählerstimmen gewinnen, auch wenn es sonst mau für sie aussieht:
- Schlappe 27,5% für die SPD bei den bayerischen Landtagswahlen 1986. Im Wahlkreis Schwandorf und zum Teil auch in den umliegenden Wahlkreisen dagegen: Teilweise zweistellige CSU-Verluste, SPD-Erfolge wie nirgends sonst und die Gewinne der Grünen geringer als erwartet.
- Bundestagswahlen 1987: Ein ähnliches Bild. Bayernweit die höchsten CSU-Einbrüche im Wahlkreis Schwandorf. CSU-Verluste in der Oberpfalz überdurchschnittlich. In Schwandorf zusätzlich: überdurchschnittliche SPD-Gewinne (landesweit: leichte Verluste!).
Mit einem Wort: Schuierer ist Gold wert für die SPD. Ein Mann, der den Ruf hat, aufmüpfig zu sein und so nebenbei "Wählerstimmen an sich zieht".

Hans Schuierer: Kämpfer für "Heimat und Recht" Mit Gandhi und der SPD

Landrat Schuierer wurde für einige Äußerungen und Handlungen in den Jahren 1985 und 1986 getadelt. Diese beiden Jahre waren nicht zufällig die Jahre des Aufschwungs und Höhepunkts der Anti-WAA-Bewegung, in denen Schuierer die wichtige Rolle einer Identifikationsfigur für viele OberpfälzerInnen spielte. Obwohl er immer die Prinzipien der Gewaltfreiheit und Gesetzestreue beschwor und davon nicht erkennbar abwich, trat er auf zentralen Kundgebungen und Demonstrationen auf, die nicht selten mit militanteren Aktionen verbunden waren (z. B. Platzbesetzungen Dezember 85 / Januar 86). In der Anfangszeit des Widerstands distanzierte er sich vermutlich nicht "deutlich genug" von den "Chaoten" und machte es (vielleicht ungewollt) der Staatsgewalt ein wenig schwerer, die üblichen Spaltungs- und Distanzierungsrituale auszulösen.
Nicht zuletzt deshalb sollte Schuierer diszipliniert werden, obwohl er, wie er in jüngster Zeit häufig von allen Seiten bestätigt bekam, als Landrat sein Amt "hervorragend" führte. Darum war er auch für Strauß ein "Saboteur" und für Gustl Lang ein "Rädelsführer".
Wie dachte sich Schuierer den WAA-Widerstand? Wie äußerte er sich als WAA-Gegner? Dazu

Ein Blick in alte Radi-Nummern

1985 äußerte sich der Landrat in einem Radi-Interview für einen Widerstand, der nicht gewalttätig ist und trotzdem Druck ausüben kann, der notfalls sogar den Rahmen der Demonstrationen verlassen könne (Radi 2).
Am 16.12. 85 sprach er auf einer Großdemonstration in Schwandorf (4.2. Standortbekanntgabe, 14.12. erste große Platzbesetzung) von einer "Atomallianz" aus Regierung und DWK. "Wie sollen wir zu diesen Leuten Vertrauen haben, die uns jahrelang die Unwahrheit gesagt haben? ... Was soll man von dieser Regierung halten, die die Not der mittleren Oberpfalz, die Arbeitslosigkeit unserer Bevölkerung, brutal ausnutzt."
Die harte Kritik ergänzte er durch die (in der folgenden Zeit so nicht mehr geäußerten) Betonung der Gemeinsamkeit im Widerstand ("Wir lassen uns aber auch nicht auseinanderdividieren in Einheimische, die Oberpfälzer sind anständig, die Auswärtigen sind Chaoten") und durch ein Bekenntnis zu Gandhi und Co.:
"Orientieren wir uns an den großen Friedens- und Freiheitskämpfern, die gewaltlos und friedlich ihre Ziele verfolgt und auch erreicht haben."

In derselben Rede: "Wir wollen keine Gewaltanwendungen, keine Ausschreitungen. Wir wissen, daß auch die Polizei nur ihre Pflicht tut... Wir werden mit allen legalen Mitteln dafür sorgen, daß diese Entscheidung zu Fall kommt" (Radi- Sonderheft 1985).
In einem Radi-Interview anläßlich der Hüttendorfräumungen 1985/1986: "Für die CSU ist das Demokratie, was Strauß sagt." Schuierer verglich die Brutalität der Räu-

→

mungen mit den Zuständen während der Nazi-Zeit und drückte seine uneingeschränkten Sympathien mit den Platzbesetzern aus:
"Ich bin hier vom Unrecht überzeugt, und wenn ich Unrecht merke, bin ich zum Widerstand verpflichtet, zum legalen Widerstand."
Die Skepsis über den Rechtsweg wachse momentan; der "Verdacht" eines Zusammenspiels zwischen Justiz und Regierung dränge sich ihm auf. Trotzdem sei die Justiz an und für sich immer noch ein "Hoffnungsschimmer" für WAA-Gegner.
Letztendlich könne die WAA aber nur "politisch" verhindert werden. Schuierer sprach sich hier für eine Volksbefragung gegen die WAA aus (Radi 6).
In einem in Radi 7 abgedruckten taz-Artikel vom 11.3.86 hielt Schuierer nicht nur Demonstrationen, sondern auch den Bau des Hüttendorfes und symbolische Behinderungen bei den Bauarbeiten für notwendig, um "Aufmerksamkeit" bei Bürgern und Politikern zu erregen.
Unter "politischer Lösung" verstand er diesmal folgendes: "Eine der großen Parteien" müsse das Anliegen der WAA- GegnerInnen in ihr Programm aufnehmen. Für ihn war das ganz klar die SPD ("meine Partei").
Die SPD werde seiner Meinung nach den "entscheidenden politischen Beitrag zur Verhinderung" der WAA liefern. Es brauche zwar noch viele Demonstrationen, aber hauptsächlich einen "Machtwechsel" in Bonn.

Weniger Gandhi, mehr SPD

Das soll für eine kurze Charakterisierung des selbsternannten "Vordenkers" der Bewegung in den beiden Jahren genügen. Von dieser Mischung aus harter Kritik (Vergleich mit Nazizeit usw.), Gandhi und SPD-Wahlpropaganda ist Schuierer seither zwar abgewichen (praktisch keine Kritik mehr, die eventuell als Systemkritik verstanden werden kann; weniger Gandhi, mehr SPD), aber im Kern ist das wohl nur ein gemäßigterer Ausdruck desselben Inhalts. Er ist sich also in der Folgezeit durchaus treu geblieben.
Nachdem er bereits Ostern 1986 während der Großkundgebung die anwesenden Ostermarschierer auf Einflüsterung der anwesenden SPD-Spitze hin beschwor, doch bitte nicht zum nahegelegenen Bauzaun zu gehen, wo eben gerade die bundesdeutsche CS-Gas- Premiere stattfand, geißelte er nach den militanten Aktionen im Frühjahr 1986 stärker als sonst "Chaoten und Staatsfeinde" (NT, 1.10.86). Er betonte mehr den gewaltfreien und gesetzestreuen Charakter der Aktionen als deren Wirksamkeit: Aktionen "müssen aber in jedem Fall mit friedlichen Mitteln und absolut gewaltfrei im Rahmen der gesetzlichen Voraussetzungen durchgezogen werden." Und ganz Sozialkundelehrer: "Verfassung und Grundgesetz regeln und garantieren die Rechte und Pflichten von Staat und Bürgern. Staatsregierung und Bürgerinitiativen sind dem gleichermaßen in vollem Umfang verpflichtet" (Radi 13, April 1987). ●

Lang, lang ist's her

Zur Vorgeschichte des Disziplinarverfahrens gegen Hans Schuierer

Schon 1985 fanden "Vorermittlungen" gegen Schuierer statt. Kurz nach der Räumung des zweiten Hüttendorfes, am 13.1.86, sollte sich Schuierer vor der Bezirksregierung äußern ("Rechtliches Gehör"). Er weigerte sich. Am 20.5.86, einen Tag nach der großen Pfingstdemonstration, leitete die Regierung der Oberpfalz ein förmliches Disziplinarverfahren gegen den Landrat ein. Am 18.7.86 sollte er vernommen werden. Wieder weigerte er sich.
In der Folgezeit war unklar, ob die Betreiber des Verfahrens, Bezirksregierung und Innenministerium, überhaupt noch Interesse an einer Disziplinierung Schuierers hatten. Der Widerstand gegen Wackersdorf erlahmte allmählich etwas, Schuierer machte des öfteren klar, daß er mit Autonomen, Kommunisten und "Chaoten" nichts am Hut hat. Da das Verfahren nicht endgültig stillgelegt wurde, sprach er von einer "Verleumdungskampagne" gegen ihn (MZ, 15.10.86).
Es gab aber keine Ruhe: Noch in der Landtagsdebatte zu den Herbstaktionen 1987 warf die CSU Schuierer vor, mit seinen Aussagen Demonstranten "aufgewiegelt" und zum Bauzaun "getrieben" zu haben (MZ, 15.10.87).

Geräuschlose Beendigung klappte nicht

Viel später äußerte sich Landesanwalt Junge-Herrmann: Der Untersuchungsbericht sei am 4.11.87 fertiggeworden. Es habe deswegen so lange gedauert, weil Schuierer nichts ausgesagt habe (MZ, 15.10.88).
Anfang 1988 sagte der Sprecher der Bezirksregierung, es werde sich in Kürze entscheiden, ob das Disziplinarverfahren gegen den Landrat weitergeführt werde oder nicht. Schuierer nannte die Länge des Verfahrens "Psychoterror" und eine "Sauerei". Im Falle des Falles werde er außerdem "nicht die kleinste Rüge" hinnehmen (das sollte sich später als Übertreibung herausstellen). Und: "Dieses Disziplinarverfahren werde zeigen, was man in Bayern überhaupt noch darf" (MZ, 20.1.88).
Schließlich entschied das bayerische Innenministerium im April letzten Jahres, daß Schuierer gerichtlich wegen der Verletzung von Dienstpflichten belangt werden solle. Der "Belangte" sprach von einem "Disziplinierungs- und Einschüchterungsversuch" (taz, 14.4.88) und von "Repressionen seitens der bayerischen Staatsregierung" (MZ, 18.6.88).
Am 20.4.88 wurde die Anschuldigungsschrift offiziell bei der Disziplinarkammer des Regensburger Verwaltungsgerichts eingereicht.
Ende 1988 war wieder einmal alles unklar. Der zuständige Richter am Verwaltungsgericht: "Die Dinge sind in Fluß" (MZ, 15.10.88). Gerüchte aus München: Streibl wolle das Ende des Verfahrens. Es solle "geräuschlos beendet" werden (MZ, 2.12.88). "Kein Verfahren gegen Schuierer", schallte es auch aus dem Innenministerium. Stoiber sei zufrieden mit der Erklärung Schuierers, dieser habe Strauß nicht beleidigen wollen. SPD-Hiersemann: Man solle das Gerichtsverfahren nicht auf Biegen und Brechen durchziehen (Woche, 8.12.88).

Strolch oder Gentleman ?

Kurz darauf war jedoch alles umgeworfen: Ex-Polizist Krampol (Regierungspräsident der Oberpfalz) erklärte, er habe es nicht geschafft, Schuierer eine Geste des "Bedauerns" abzuringen, Schuierer erklärte diesbezügliche Verhandlungen ebenfalls als gescheitert, gab allerdings Stoiber in München und nicht Krampol die Schuld. Dann wurde es sehr persönlich: Ex-Polizist Krampol bezeichnete in einem BR- Interview Schuierer als "Strolch", der im Gegensatz zu einem "Gentleman" nicht "einlenken" könne. Die Regierung ließ nun dem Verfahren freien (gerichtlichen) Lauf (MZ, 9.12.88).
Januar 89 war es offiziell: Schuierer kommt vor das Disziplinargericht (MZ, 23.1.89).
Das lange Zögern der "Vorgesetzten" Schuierers, diesen einem Disziplinargerichtsverfahren zu unterziehen, läßt schließen, daß der "Verurteilungswille" der Bezirksregierung und des Innenministeriums nicht übermäßig groß war. Dies hängt wohl einerseits mit der Popularität des Landrats zusammen. Andererseits wurde offenbar trotz teilweisen Einlenkens von Schuierer immer noch ein kleines Schrittchen mehr von ihm erwartet... ●

Rede auf der Demo am Kernforschungszentrum, 7.5.89

Jürgen Elsässer

UNSERE Internationale gegen IHREN Atomimperialismus

Wir haben heute schon gehört, daß das Kernforschungszentrum die schlimmste radioaktive Dreckschleuder der BRD ist. Wir wurden ebenfalls darüber informiert, daß das Kernforschungszentrum die brisanteste potentielle Atombombenschmiede dieses Staates ist.

Meine Rede soll hier jetzt noch einen weiteren Punkt anfügen: Das Kernforschungszentrum ist auch eine atomarer Kolonialwarenhandlung, ein Selbstbedienungsladen für Möchtegern-Atomwaffenstaaten in der 3.Welt. Vier dieser Bombengeschäfte möchte ich kurz vorstellen, und zwar Pakistan, Argentinien, Brasilien und Südafrika.

> Das Kernforschungszentrum ist auch eine atomarer Kolonialwarenhandlung, ein Selbstbedienungsladen für Möchtegern-Atomwaffenstaaten in der 3.Welt.

Die Nukleardealer, der Stoff, die Kunden

Zum 1.Beispiel, zu Pakistan. Das KfK selber gibt zu, den Pakistanis bei der zur Bombenherstellung wichtigen Urananreicherung geholfen zu haben. Bundeswirtschaftsministerium und Bundesnachrichtendienst haben - so der SPIEGEL - darüberhinaus herausgefunden, daß die Karlsruher auch bei den Plutonium-Bomben-Labors von Rawalpindi entscheidend mitgeholfen haben. Damit ist mit Karlsruher Hilfe ein Regime atomar hochgerüstet worden, das gerade jetzt dafür verantwortlich ist, daß der Krieg in Afghanistan immer weiter geht.

Zum 2.Beispiel, Argentinien.Dorthin lieferten die Karlsruher Atomforscher Know-How für eine WAA und den Schwerwasserreaktor Atucha I . Das schwedische Friedensforschungsinstitut SIPRI beurteilte dieses Geschäft ganz trocken: "Man wählt diesen Reaktortyp, wenn man an den Bau von Atomwaffen denkt." Eingefädelt wurde das ganze von Walter Schnurr, als Nazi-Kriegsverbrecher nach 1945 nach Argentinien geflohen, später von Strauß aber zum Chef des Kernforschungszentrums gemacht. Dazu kann ich nur sagen: Eine typisch deutsche Karriere!

Zum 3.Beispiel: Brasilien. 1977 schloß die BRD mit der brasilianischen Militärjunta ein großes Atomgeschäft ab. Die dortige Presse bejubelte dies mit der Schlagzeile: "Diese Nachricht wird die Welt schockieren, Brasilien wird jetzt Atomwaffen herstellen." Kern dieses Geschäftes, so brüstete sich der hiesige Atomprofessor Becker, sei die vom KfK gelieferte Urananreicherung nach dem Tœnndüsenverfahren. Heute, 12 Jahre später, liegt der größte Teil des brasilianischen Atomprogramms wegen finanzieller Probleme auf Eis - mit Ausnahme der militärisch interessanten Teile, mit Ausnahme der von Karlsruhe bereitgestellten Urananreicherung!

Zum 4.Beispiel, Südafrika. Im September 1979 zündete der Apartheidstaat seine erste Atombombe. Die Technik zur Herstellung einer Uranbombe war aus Karlsruhe bezogen worden! Indiz dafür sind die zahlreichen Schulungsaufenthalte südafrikanischer Wissenschaftler im KfK, Indiz ist die Ähnlichkeit des in Karlsruhe entwickelten Urananreicherungs-Verfahrens mit dem der Südafrikaner, Indiz ist der Geheimbesuch des Anreicherungsspezialisten ,Prof. Becker, im südafrikanischen Atomzentrum Pelindaba. Das KfK selbst hatte, trotz dieser erdrükkenden Indizienlage, eine Urheberschaft der südafrikanischen Uranbombe immer abgestritten. Das wird ihnen jetzt aber schwer fallen: Vor wenigen Monaten haben wir nämlich entdeckt, daß Karlsruher Atomwissenschaftler selbst 1971 das verdächtige Anreicherungsapatent in Südafrika angemeldet haben. Die Anklage der Befreiungsbewegung ANC, daß hier eine atomare Komplizenschaft zwischen Bonn und Pretoria, eine Atomachse zwischen Karlsruhe und Pelindaba aufgebaut wurde, hat sich also bestätigt.

Agressiv, ohne Skrupel: die BRD

Drei Besonderheiten zeichnen die Karlsruher Atomaußenpolitik aus:

Zum einen wurden bei allen diesen Geschäften Staaten beliefert, die den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet haben und an deren Spitze bei Vertragsabschluß Regime standen und z.T. bis heute stehen, weltweit verachtet und geächtet wegen ihres systematischen Terrors nach innen, ihrer Agressivität nach außen. Die Foltergeneräle Argentiniens und Brasiliens, Pakistans Diktator Zia-Ul-Haq, die Rassisten in Südafrika - an diese Terroristen wollte kein anderes Land auf der Welt so leichtfertig so hochbrisantes Atom-Know-How liefern - außer der Bundesrepublik, außer dem Kernforschungszentrum Karlsruhe, das ja - was gerne vergessen wird - zu 100% in Staatsbesitz ist.
Die zweite Besonderheit: Der Verdacht, daß hier eine AtomBOMBENzusammenarbeit betrieben wird, ist gar nicht auf unserem Mist gewachsen. Mißtrauisch geworden sind nämlich zuerst die westlichen Geheimdienste, vor allem der CIA, aber auch besonnene Kreise im bundesdeutschen BND, die Dossiers zur Gefährlichkeit der Karlsruher Atomaußenpolitik veröffentlicht haben. Der Bombenverdacht gegen das KfK kommt also nicht von "Ignoranten politischen Eiferern" -wie uns das KfK öffentlich bezeichnet-, sondern dieser Bombenverdacht ist sozusagen amtlich.

Zur dritten Besonderheit. Alle diese Staaten sind wirtschaftlich stark abhängig von der BRD. Es liegt also nahe, daß die Ergebnisse bei der gemeinsamen Entwicklung von Atomwaffen nicht nur den 3.Welt-Partnern zugute kommt, sondern auch der BRD selbst. So hat sich die BRD z.B. im Vertrag mit Brasilien die Hauptentscheidungsbefugnisse gesichert. Betreibt die BRD also in diesen Staaten ihre eigene Atomwaffenforschung ?

Geschäfte auf Gegenseitigkeit

Hier fällt mir eine Parallele zur Weimarer Republik ein. Ähnlich wie die BRD heute versuchte die Weimarer Republik damals, durch demonstrative Entspannungspolitik und diplomatische Leisetreterei den Eindruck der Harmlosigkeit zu erwecken. Ähnlich wie die BRD heute durfte die Weimarer Republik damals bestimmte Waffen nicht produzieren und war sozusagen in der Rüstungspolitik gefesselt. Gleichzeitig aber erfolgte die Entwicklung verbotnerer deutscher Waffen insgeheim doch, und zwar im Ausland. So war es jedenfalls damals mit der deutschen Giftgasforschung auf dem Gebiet der Sowjetunion, und ein solches Verwirrspiel wird auch heute betrieben. Offiziell gibt man sich unschuldig, hintenrum sind Bundeseigene Firmen an lybischer C-Waffen-Produktion beteiligt und Mitarbeiter unseres Kernforschungszentrums sitzen in

den Atombombenlabors von Pakistan und Südafrika. Oder ein anderes Beispiel, das augenblickliche NATO-Spektakel um die Raketenmodernisierung. In der Öffentlichkeit will sich hier die BRD als Friedensengel präsentieren und lehnt die amerikanischen KURZstreckenraketen vorerst ab. In den Schubladen der Bundeswehrgeneralität liegt jedoch längst ein Papier, der STERN hat es letzte Woche zitiert, das sich für den Bau von MITTELSTRECKENwaffen stark macht, weil damit das Kriegsgeschehen weiter östlich verschoben wird. Und dieser Bau neuer Mittelstreckenraketen mit BRD-Beteiligung läuft bereits. So testet die Firma MBB mögliche Pershing-Nachfolgesysteme in Argentinien und im Irak, also auch wieder im Ausland; so ermutigt die BRD die Vervielfachung des Mittelstreckenpotentials Frankreichs und Englands; so hat die BRD schon 100 Mio. DM für eine Rakete unter dem Titel KOLAS bereitgestellt, die, zwischenzeitlich scheinbar zurückgezogen, jetzt wieder als sogenannter Kompromiß zwischen Amis und Westdeutschen im Raketenstreit gehandelt wird.

Deshalb müssen wir alles tun, um die atomlüsterne Großmacht BRD an die Kette zu legen.

Die Großmacht BRD an die Kette legen, das heißt im Inland sofortige Stillegung aller Atomanlagen und Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz !

Die Großmacht BRD an die Kette legen, das heißt in Westeuropa den Aufbau einer Internationalen, die die französischen und englischen Atomwaffen abschafft und die auch Malville, Windscale und La Hague dicht macht!

Die Großmacht BRD an die Kette legen, das heißt weltweit die Unterstützung der Befreiungsbewegungen, das heißt insbesondere: Alles für den Sieg über die Atommacht Südafrika, alles für den Sieg von SWAPO und ANC!

Hoch die internationale Solidarität!

Jürgen Elsässer,

Forschungsgruppe Atomwaffenentwicklung

Die Großmacht BRD an die Kette legen, das heißt im Inland sofortige Stillegung aller Atomanlagen und Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz !

Klammheimliche HTR-Planungen allerorten:

Ein Atomkraftwerk für's Jahr 2000

Der breite gesellschaftliche Bewußtwerdungsprozeß der letzten 15 Jahre über die Gefahren der Atomtechnologie hat die Planungsstuben der Atomindustrie nur in geringem Maße erreicht. Darüber können auch die WAA-Verlagerungspläne von Wackersdorf nach La Hague nicht hinwegtäuschen. Während heute bereits viele Menschen ihre Kräfte für den Ausstieg aus der Atomwirtschaft und für eine ökologische Energiepolitik einsetzen, wird dort der Einstieg in eine neue Technologie, in die Hochtemperaturreaktoren, systematisch betrieben. Und an politischer Unterstützung mangelt es grad in Bayern auch nicht: "Wir stehen vor einem neuen Ausbau der Kernenergie" - so sprach Bayerns neuer Innenminister Edmund Stoiber am 2. November letzten Jahres.

Stoibers Euphorie baut auf die papierenen Planungen von Siemens-KWU und Interatom für den neuen Hochtemperaturreaktor. Dieser Reaktor, der von den planenden Firmen in verschiedenen Leistungs-größen (von 10 - 500 MW) konstruiert wird, zeichnet sich nach deren vollmundigen Versprechungen durch einige Besonderheiten aus:
- dank der anderen Konstruktionsweise habe der HTR eine sogenannte "inhärente", d.h. angeborene Sicherheit. Eine Kernschmelze kann dort nicht stattfinden.
- anders als bei den bisherigen Leichtwasserreaktoren könne die Abwärme für industrielle Prozeßwärme und zur Fernwärmeversorgung genutzt werden.
- womit dieser Reaktor schlechthin "ideal" für die verbrauchernahe Ansiedlung wäre; direkt neben industriellen Großverbrauchern (Chemieindustrie, Molkereien, Brauereien, Papierfabriken, ...) und in der Nähe von Städten, die die Fernwärme nutzen wollen.

Ein glückloser Versuch in Niedersachsen

Die vorbereitenden Arbeiten fanden in letzter Zeit vor allem in Niedersachsen statt. Die Firmen Siemens-KWU und Interatom reichten 1987 beim dortigen Umweltministerium die Antragsunterlagen für eine Genehmigung ein. Dabei hat sich die Atomindustrie einen neuen Trick ausgedacht: erstmals in der Geschichte der Atomindustrie sollte eine Atomanlage genehmigt werden, ohne daß ein Standort dafür benannt wird.
Juristischer Steigbügelhalter ist nach dem Willen der Atommafia der nachträglich eingeführte 7a des Atomgesetzes. In ihm wird der "standortunabhängige Vorbescheid" angeboten. Dieser Vorbescheid kombiniert mit

7b des Atomgesetzes sollte dazu führen, daß bei dem späteren konkreten Genehmigungsverfahren für einen bestimmten Standort keine Einwendungen mehr berücksichtigt werden, die nicht schon auch im standortunabhängigen Genehmigungsverfahren vorgebracht wurden oder hätten vorgebracht werden können. Diese geplante Vorgehensweise der Atomindustrie erwies sich zunehmend als verfassungswidrig.
Ende Februar hat der niedersächsiche Umweltminister Remmers das standortunabhängige Genehmigungsverfahren für den HTR-Modul von Siemens/KWU/Interatom vorläufig beendet. Formaler Grund war, daß kein Interessent mehr vorhanden war, nachdem die "BEB Erdgas und Erdöl" allerdings schon am 1.3. 88 (!) in einem Schreiben an Umweltminister Remmers mitgeteilt hatte, daß sie für ein HTR-Projekt nicht zur Verfügung stehe.
Tatsächlicher Hintergrund für den Abbruch dürfte das juristisch fragwürdige Genehmigungsverfahren, vor allem aber der massive politische Protest aus allen Teilen der Bundesrepublik schon im Vorfeld der öffentlichen Auslegung gewesen sein. Noch nie erreichten einen Umweltminister vor Beginn der Öffentlichkeitsbeteiligung so viele Anfragen und Proteste gerade auch von Kommunen. Dazu kommt, daß wohl auch die Hersteller des HTR kurzfristig wohl zunächst das Exportinteresse im Auge haben und nicht auf Biegen und Brechen einen Standort in Niedersachsen durchsetzen wollen.

Die Bundesregierung als Nothelfer der Atomindustrie

Die Schlappe im niedersächsischen Genehmigungsverfahren ist für Siemens-Interatom trotzdem ein unangenehmer Gesichtsverlust, gerade gegenüber den ausländischen HTR-Interessenten wie beispielsweise der Sowjetunion oder der VR China. Doch in dieser Phase erweist sich der Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber als treuer Gehilfe der Atomindustrie. Das Gutachten an dem der TÜV Hannover im Zusammenhang mit dem niedersächsischen Genehmigungsverfahren arbeitete, will nun Riesenhuber im Auftrag seines Hauses weiterführen lassen. Dies geschieht wieder auf recht merkwürdige Weise: die amtliche Begutachtung einer Atomanlage erfolgt nämlich außerhalb eines atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens. Mißliebige Kritiker der HTR-Technologie werden wieder ausgeschlossen.
Das Ziel ist, der Atomindustrie ein internationales "Export-Gütesiegel" auf diese Weise zu verschaffen. Auch wenn dies dazu dient eine international geltende Regel der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA) zu unterlaufen. Nach einem Beschluß der IAEA darf nämlich keine Atomanlage exportiert werden, die nicht im Herstellerland gebaut worden ist. Die Arbeitsgemeinschaft gegen den HTR in Hannover ruft dazu auf, gegen dieses klammheimliche HTR-Förderprogramm des Bundesforschungsministers zu protestieren. Ferner soll versucht werden, die Kontakte mit osteuropäischen Gruppen zu intensivieren, denn gerade diese Länder gelten als eine der Hauptadressaten für die weiteren Exportbestrebungen.

Vorbereitungen in Bayern

An verschiedenen Ecken und Enden wird - zum Teil bereits seit Jahren - die Hochtemperaturreaktortechnologie gefördert, finanziert und vorbereitet:

z.B. die Isar-Amper-Werke und ihr Standort Marienberg

Im Juni letzten Jahres wurde bekannt, daß die Isar-Amper-Werke einen Sicherheitsbericht für einen Hochtemperaturreaktor HTR 100 bei der Mannheimer Firma Asea, Brown & Boveri (ABB) in Auftrag gegeben haben. Um die Auftragsvergabe bauten die

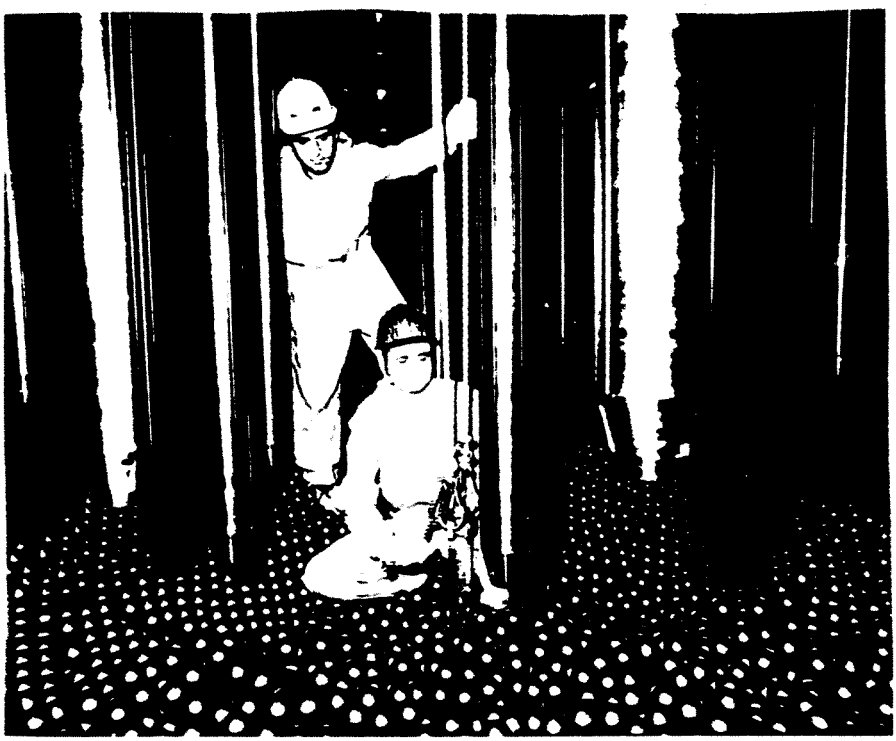
Isar-Amper-Werke eine Mauer des Schweigens: von Seiten der Isar-Amper-Werke (IAW) wurde die Auftragsvergabe ebenso geheimgehalten wie der in Aussicht genommene Standort. Die beauftragte Firma ABB wurde zum Stillschweigen über den Auftraggeber verpflichtet.
Zwar wurde inzwischen dieser Auftrag zurückgezogen. Dies liegt aber nicht an dem schwindenen Interesse der IAW, sondern an den Kooperationsbestrebungen der deutschen Atomindustrie. Die beiden Großkonzerne ABB und Siemens die bisher zwei verschiedene HTR-Typen (den HTR 100 und den HTR-Modul) verfolgten, haben sich zur Zusammenarbeit entschlossen. Anfang Mai wurde eine gemeinsame HTR-GmbH gegründet. In der Konkurrenz der beiden kleinen Hochtemperaturreaktoren scheint sich zunächst wohl der HTR-Modul durchzusetzen.

Parallel dazu tätigten die Isar-Amper-Werke in Marienberg nördlich von Rosenheim umfangreiche Grundstücksgeschäfte. Mindestens eineinhalb Millionen Mark legten sie beim Tausch von Grundstücken noch drauf, um eine große zusammenhängende Fläche zu bekommen. Und noch heute rennen sie den verkaufsunwilligen Bauern mit steter Regelmäßigkeit die Türen ein.

Aus diesen beiden Gründen lag die Spekulation nahe, daß hier eine konkrete Atomkraftwerksplanung betrieben wird. Noch dazu, da Marienberg bei Rosenheim der einzige Standort ist, der im Versorgungsgebiet der IAW liegt und durch den Standortsicherungsplan der Bayer. Staatsregierung als Kraftwerksstandort mit Fernwärmeversorgung bereits ausgewiesen und gesichert wird. Letztendlich bestätigt wurde diese Absicht durch einen Vertreter des örtlichen Managements der IAW in Rosenheim, Gert Badstübener. In einem beiläufigen Gespräch erklärte er, daß in Marienberg das nächste größere Kraftwerk der IAW gebaut werden würde, und daß dies dann das modernste Atomkraftwerk sein werde.

z.B. die Bayernwerk AG und ihre Beteiligungen

Nicht sonderlich verwundern wird einen, daß auch Bayerns größter Energiekonzern, die Bayernwerk AG die Finger mit ihm Spiel hat. Die Bayernwerk AG, die dank riesiger Kapitalmengen inzwischen nicht nur im Strommarkt eine beherrschende Stellung eingenommen hat sondern auch in anderen Bereichen der Energiewirtschaft zunehmend Fuß faßt, sichert ihre HTR-Interessen über verschiedene Beteiligungen. So sind die Bayernwerke auch am Thorium-Hochtemperaturreaktor (THTR) in Hamm-Uentrop beteiligt. Die Bayernwerk AG haben nämlich eine 70-%ige Tochter namens Contigas. In deren Händen ist zu 30 % die Energieverwaltungsgesellschaft Düsseldorf, die wiederum an der VEW (Vereinigte Elektrizitätswerke) beteiligt ist; und die betreibt den THTR.



Uranhaltige Graphit-Knollen Im Hochtemperaturreaktor in Hamm.

z.B. Stadtwerke München

Die Stadt München bzw. die Stadtwerke München sind ein dritter bayerischer Energieversorger, der tief in den Verflechtungen der HTR-Atomindustrie steckt. Seit 1980 ist München mit 23,5 % an der Hochtemperatur-Planungsgesellschaft (HTP) beteiligt. Deren Aufgaben sind laut Gesellschaftervertrag "vorbereitende Maßnahmen zur Planung, Projektierung und Finanzierung eines HTR - Hochtemperaturreaktor". Direkt mit 6 % und indirekt über die HTP ist die Stadt München an der Hochtemperaturreaktorgesellschaft (HRG) beteiligt. Diese hat beispielsweise im Juli 88 einen Sicherheitsbericht für einen Reaktor mit 500 MW elektr. Leistung bei der einschlägigen Atomindustrie in Auftrag gegeben.
Doch dies sind nur die neuesten Entwicklungen. Mit 12,3 % sind die Stadtwerke bereits seit mehr als 30 Jahren an der Arbeitsgemeinschaft Versuchsreaktor (AVR) beteiligt, die einen 15-MW-Forschungsreaktor in Jülich gebaut hat, auf dessen Ergebnissen aufbauend der THTR in Hamm-Uentrop projektiert wurde, der gerade in diesen Monaten wieder Schlagzeilen wegen seiner technischen Problemen und finanziellen Risiken machte.

z.B. Stadt Würzburg

An dieser AVR ist aber noch eine weitere bayerische Stadt beteiligt. Wie die dortige grüne Stadträtin durch eine Anfrage erfuhr, sind die Stadtwerke Würzburg 1959 der AVR beigetreten.

Dies sind nur einige, uns bekannt gewordene, konkrete bayerische HTR-Aktivitäten. Da der HTR gerade den mittleren Städten und Industriebetrieben angeboten werden soll, können wir sicher sein, daß dies nicht die einzigen Vorbereitungen sind.

Aufgeschoben ist nicht aufgehoben

Nun ist die allgemeinpolitische Situation für ein HTR-Genehmigungsverfahren aktuell gerade mal wieder nicht sehr günstig. Die unverschämte Desinformationspolitik in Sachen Biblis und die rigorosen Machenschaften zum Export von Atomtechnologie in andere Staaten sind nicht der Nährboden, um Begeisterung für neue Atomkraftwerke wachsen zu lassen. Der Thorium-Hochtemperaturreaktor im Hamm-Uentrop - ein bewunderswertes Beispiel der technischen Unzuverlässigkeit der HTR-Konstruktionen - darf dank der nachgiebigen SPD-Landesregierung in NRW noch zwei Jahre laufen, dann aber muß er endgültig stillgelegt werden. Nachdem der AVR in Jülich zum Jahreswechsel stillgelegt wurde, gibt es nun weltweit keinen funktionierenden Hochtemperaturreaktor mehr.
Trotzdem: die Forschungsabteilungen bei Siemens-Interatom und ABB sind nicht aufgelöst, die Auslandsverträge sind auf den Weg gebracht. Die Ruhe ist eine trügerische.

Rudi Amannsberger
energiepolitischer Mitarbeiter der Landtagsfraktion der Grünen

Veröffentlichung auf Beschluß der BAAP:

Das Erbe von Hanford

Tom Bailie ist 42 Jahre alt, seit seinem 18. Lebensjahr leidet er an Sterilität. Sein Großvater Leon, einst Familienpatriarch, starb an Leberkrebs,die Großmutter an Darmkrebs. Krebs hatten auch Toms Vater und dessen 5 Geschwister. Auch die Schwestern von Mr. Bailie und andere nahe Verwandte leiden an der unheimlichen, oft tödlichen Krankheit. Zufall? Mr. Bailie,der in der dritten Generation einen Bauernhof bewirtschaftet, lebt in der Nähe von Hanford, einer hauptsächlich für militärische Zwecke genutzten Atomanlage.

Im Besitz der Bundesregierung befindet sich Hanford auf einem etwa 1500 qkm großen Areal im Südosten des Bundesstaates Washington,USA. In den 40er Jahren aus dem Boden gestampft, wurde dort das Plutonium für die erste Atombombenexplosion in Alamagordo, New Mexico, hergestellt. Das Plutonium für die Nagasaki-Bombe, im August 1945 über Japan abgeworfen, kam ebenfalls aus Hanford. Im Januar 1946, nur drei Jahre nachdem Gen. Leslie Groves für das Manhatten-Projekt das dünn besiedelte Gelände um Hanford ausgewählt hatte, wurde die Anlage stillgelegt, im August desselben Jahres allerdings wieder in Betrieb genommen. Anlaß war der Beginn des Kalten Krieges. Seitdem produzierte man in 9 Reaktoren waffentaugliches Plutonium, das in Wiederaufbereitungsanlagen am selben Standort extrahiert und in bombenfähiges Material verwandelt wurde. Die dabei an die Umwelt abgegebenen radioaktiven Emissionen wurden jahrzehntelang geheimgehalten; erst durch die Veröffentlichung zahlreicher Dokumente in den letzten Jahren (Freedom of Information Act) wurde den dort lebenden Menschen bewußt, was ihnen das Leben zur Hölle macht, warum so viele von ihnen an Krebs erkranken, auch daran sterben.

Nur ein Beispiel zur Verdeutlichung:

Beim Unfall in Harrisburg 1979 betrug die Freisetzung von Jod 131 etwa 20 Curie. Die Regionalregierung von Pennsylvanien evakuierte deshalb Teile der Bevölkerung aus der unmittelbaren Umgebung des Kernkraftwerks. Milch durfte nicht an die Verbraucher abgegeben werden.

Im Vergleich dazu wurden in Hanford in den Jahren 1944 bis 1957 mindestens 500 000 Curuie Jod 131 freigesetzt ohne die Bevölkerung zu warnen. Aber auch an anderen radioaktiven Freisetzungen mangelte es nicht: Im Dezember 1951, durch einen Brand in einem Labor, erreichten 1-4 Gramm Plutonium die Biosphäre. Das Gebäude mußte danach aufgegeben werden. Im Januar 1954 fand die größte von insgesamt neun geheimen Abgaben von Ruthenium statt: Die 'hot particles' waren so agressiv, daß sie bei Kontakt die Haut verbrannten. Diese heißen Teilchen wurden auch im 150 km entfernten Spokane, einer Stadt nordöstlich der Anlage entdeckt. Im Mai 1973 berichtete die Zeitung 'Seattle Post-Intelligencer' über die Abgabe von Hunderten von Milliarden Litern niedrigaktiver Flüssigkeit an den sandigen Boden. Durch Leckagen in den einwandigen Tanks, verursacht durch den äußerst agressiven, hochradioaktiven Inhalt, gelangten auch mehrere Millionen Liter dieser so gefährlichen Flüssigkeit in den Boden.

Gäbe es Mr. Cook nicht, die Öffentlichkeit wüßte noch immer nicht, daß durch Grundwasserströmungen radioaktives Jod 129 auch auf der gegenüberliegenden, östlichen Seite des Columbiaflusses in den Brunnen der Verbraucher auftauchte. Mr. Cook kam 1983 im Auftrag der NRC (eine Organisation, die zivile Kernkraftwerke überwacht) nach Hanford. Seine damalige Aufgabe war, Untersuchungen darüber anzustellen, inwieweit das dortige Gelände für ein Endlager hochradioaktiven Atommülls geeignet sei. Eine Voraussetzung dafür ist, daß radioaktives Wasser, das auf dem Gelände gesammelt wird, wenigstens 1000 Jahre dort verbleibt. Während seiner Untersuchungen im Jahr 1985 kam Mr. Cook ein Dokument in die Hände, aus dem eindeutig hervorging, daß den Verantwortlichen von Hanford das Auftauchen von radioaktivem Jod 129 im Trinkwasser seit den 60er Jahren bekannt war. Mr. Cook sorgte dafür, die Öffentlichkeit darüber zu informieren. Damals, 48 Jahre alt, mußte er

Foto: Andreas Schoelzel

einen hohen Preis dafür zahlen: Er ist jetzt im vorzeitigen, allerdings von ihm selbst gewählten Ruhestand, da die Zusammenarbeit mit dem Energieministerium, das Hanford wie auch alle anderen militärischen Atomanlagen selbstherrlich kontrolliert, nicht mehr möglich war.
Mr. William Lawless, ein früherer Manager für Atommüll in Hanford, beschrieb ein anderes Problem so: Etwa 12 Millionen (!) Kubikmeter mit Plutonium verseuchter Erde müßte als hochradioaktiver Abfall eingestuft und dementsprechend entsorgt werden. Da dies zu astronomischen Kosten führen würde, erhöhte man im Februar 1984 heimlich den Plutoniumgrenzwert von 10 Nanocurie auf 100 Nanocurie pro Gramm Erde.
Das folgende Beispiel soll die Sicherheitsproblematik in Hanford ein wenig aufzeigen. Mr. Bricker ist seit einigen Jahren mit der Wiederaufbereitung vertraut; er ist ein gewissenhafter Arbeiter, der seine Vorgesetzten auch über zahlreiche Mängel in seinem Arbeitsbereich informierte in der Hoffnung, Verbesserungen zu erreichen. Dies machte ihn nicht nur bei seinen Kollegen unbeliebt, die um ihre Arbeitsplätze fürchteten, er wurde auch, um ihn loszuwerden, zu einem Psychiater geschickt, der ihm aber einen völlig normalen Verstand attestierte. Mr. Bricker wollte eigentlich nur dazu beitragen, die bestehenden Sicherheitsvorschriften einzuhalten. Er informierte seine Vorgesetzten z.B. über stark verschmutzte Schutzfenster, die den Arbeiter vom hochgefährlichen Plutonium trennen; auch darüber, daß die Schrauben, mit denen die Fenster befestigt sind, monatelang dermaßen locker waren, daß das Einatmen von Plutonium nicht ausgeschlossen werden konnte. Angezeigt von ihm an seine Vorgesetzten wurde auch durch Leckagen ausfließendes Plutoniumnitrat, das den Arbeitern dann auf die Schuhe tropfte. Man behalf sich dann dadurch, die Flüssigkeit mit Plastikfolie und Tape so gut wie nur möglich aufzufangen. Es wäre Mr. Bricker jederzeit möglich gewesen, 2 'buttons' (Bezeichnung für in Metall umgewandeltes Plutonium von der Größe eines Eishockeypucks, etwa 4 Pfund schwer), die er auf dem Gelände fand, aus der Anlage herauszubringen.

In der letzten Zeit kann sich Mr. Bricker seines Lebens nicht mehr so richtig erfreuen, Angst ist die Ursache. Vor einiger Zeit, er arbeitete damals, in einen Schutzanzug gekleidet und mit einer Gesichtsmaske, in einem mit Plutonium hochgradig verseuchten Raum, stockte ihm das Blut in den Adern. Sein Luftschlauch, das Verbindungsstück vom Sauerstoffgerät zur Gesichtsmaske, fiel auf den Boden. Er versuchte dann, das an der Hüfte befestigte Notsauerstoffgerät zu aktivieren. Nur, da war nichts zu machen. Der Schlitz im Schutzanzug, der ihm den Zugang zu diesem Gerät ermöglicht hätte, war nicht mehr vorhanden. Mr. Bricker wußte von der Gefahr, die das Herunterreißen der Gesichtsmaske mit sich bringen würde: Ein einziger Atemzug in der mit Plutonium gesättigten Umgebung könnte Krebs für ihn bedeuten. Mit letzter Kraft schaffte er es, sich aus der tödlichen Umgebung in einen weniger gefährlichen, angrenzenden Raum zu retten. Nachforschungen von Mr. Bricker ergaben, daß der Schutzanzug mit seinem Namen auf dem Rücken, die Nacht vorher an einem Platz untergebracht war, der es jedem ermöglichen konnte, am Schutzanzug Veränderungen vorzunehmen.
Von den Auswirkungen der Hanforder Nukleararanlagen am meisten betroffen sind die 'downwinders', jener Teil der Bevölkerung, die in der Hauptwindrichtung von Hanford lebt; insgesamt dürfte ein 20 000 qkm großes Gebiet betrroffen sein, ein Landstrich,der auch die angrenzenden Staaten Idaho und Oregon mit einschließt, grenzüberschreitend sozusagen.
Fährt man den highway 395 von Pasco (Bundesstaat Washington) nach Norden, so läßt für den Beobachter rechts und links der Straße in dieser hügeligen Landschaft nichts darauf schließen, daß das dünnbesiedelte Gebiet jahrzehntelang radioaktiv verseucht wurde. In Ritzville, einem kleinen Nest abseits der Hauptverkehrsstraße, etwa 120 km nordöstlich von Hanford, lebt Mrs. Kautz, die viele Jahre schon Aufzeichnungen über die ungewöhnlich vielen Krebstoten macht. 25 ihrer Verwandten und Freunde sind in den letzten 15 Jahren an Krebs erkrankt, 18 davon gestorben. Auch jetzt leiden viele ihrer Nachbarn an Krebs; die Zahl der an dieser Krankheit Verstorbenen in diesem 1800 Einwohner zählenden

Ort stieg vom Jahr 1945 (Inbetriebnahme von Hanford) bis 1975 um etwa 200% im Vergleich zu den Jahren 1910-1944.
Mr. Mc Affee, ein Bauer in der Nähe der Anlage beklagt den plötzlichen Verlust von 30 Kühen, die ohne ersichtliche äußere Einwirkungen plötzlich verendeten, einem Nachbarn passierte dasselbe. Vor der Geburt stehende Kälber sind so stark verkrüppelt, daß eine normale Geburt nicht in Frage kommt, es müssen ihnen die Knochen gebrochen werden, um wenigstens die Kühe am Leben zu erhalten. Auch Pferde verenden ohne äußere Anzeichen. Deformierte Lämmer, kleinen Dämonen ähnlich ohne Augen,ohne Nase,fehlenden Gliedern sind keine Seltenheit. Untersuchungsergebnisse der verendeten Tiere werden nicht mitgeteilt oder gehen 'verloren'. Beide Elternteile von Mr. Mc Affee sind mit Krebs geplagt, die Schilddrüse seiner 13jährigen Tochter muß auch schon behandelt werden. Seine Schwester, die in Kalifornien lebt, hat zwei Fehlgeburten hinter sich - jedesmal nach einem Besuch bei ihm. Erntearbeiter aus Mexiko oder anderen mittelamerikanischen Staaten, die Mr. Mc Affee manchmal beschäftigt, klagen schon nach wenigen Tagen Aufenthalt über körperliches Unwohlsein. Fälle, wie der geschilderte, sind keine Seltenheit. Im HEAL-Büro in Spokane, das es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Bürger über die untragbaren Zustände zu informieren, gingen Hunderte von besorgten Anrufen ein. Mr. Lawrenz, derzeitiger Manager von Hanford, erklärte, daß außerhalb der Anlage keine Gesundheitsschäden festgestellt wurden. Auf die Frage eines Reporters, ob denn Untersuchungen stattgefunden hätten, antwortete Mr. Lawrence mit Nein.
Die äußerst leidvollen Erfahrungen der Bevölkerung von Hanford sind natürlich auch unseren Politikern bekannt. Unsere intelligenten Wahnsinnigen, einen mildernden Ausdruck zu gebrauchen wäre unrechtmäßig, werden sich aber nicht davon abhalten lassen, am Verbrechen WAA Wackersdorf festzuhalten. Es liegt daher an uns Bürgern, mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln, die Todesfabrik zu verhindern.
Übrigens: Nach Schätzungen würde es etwa 50 Jahre dauern, die größten Schäden zu beseitigen. Kostenpunkt: Bis zu 100 Milliarden Dollar. Auch das wissen unsere so hoch verehrten Politiker.

Ludwig Lehner
Agilolfingerpl.3
8000 München 90

meldungen meldu

Info- und Kulturhaus in Schwandorf

Aufgrund der wenigen Treffpunktmöglichkeiten für Veranstaltungen, intensive Diskussionen etc., entstand die Idee, ein Info- und Kulturhaus im Raum Schwandorf aufzubauen.
Schwerpunkt des Zentrums bildet das Infocafe. Beinhalten soll das Cafe eine Leseecke, Volxküche, Sonntags ein Anti-WAA-Frühstück und einmal in der Woche ein Frauencafe. Begleitet wird das Cafe von themenbezogenen Kampagnen und Ausstellungen, z.B. über Nicaragua, Asylpolitik, Knast und Repression.
Den Betrieb des Cafes stellen wir uns ohne Konsumzwang mit deutlich billigeren alkoholfreien Getränken und einer Art Frauen-Taxi auf privater Basis vor.
Als weiterer Teil des Projekts wird von der Infoladengruppe ein Büro mit Archiv, Pressespiegel, Infomaterial zu WAA, Bevölkerungspolitik, Antifaschismus und anderen politisch relevanten Themen eingerichtet.
Die Räume werden je nach Eignung auch anderen Gruppen zur Verfügung gestellt:

- für Informationsveranstaltungen
- für die Schwandorfer Video- und Filmgruppe
- für die Antifa-Gruppe
- als Versammlungsraum für verschiedene Initiativen und einzelne Leute, die z.B. einen Sprach-, Tanz- oder Gitarrenkurs anbieten wollen.

Für Anregungen und Kritik von Personen und Initiativen, die nicht direkt am Info- und Kulturhaus beteiligt sind, gibt es ein regelmäßiges öffentliches Plenum. Die Koordinierung der einzelnen Gruppen innerhalb des Info- und Kulturhauses erfolgt über die wöchentliche Vollversammlung. In dieser Vollversammlung werden die terminlichen und inhaltlichen Absprachen getroffen, Finanzielles, anstehende Fragen und Probleme diskutiert. Die Beschlüsse der Vollversammlung sind bindend.
Die Finanzierung des laufenden Betriebs soll soweit möglich durch Cafebetrieb, Filmvorführungen und Veranstaltungen getragen werden. Überschüsse des Infoladens, sowie der darin enthaltenen Mitfahrzentrale fließen ebenfalls in das Gesamtprojekt. Desweiteren sind punktuelle Aktionen wie Flohmarkt, Plattenbörse, Solifeste geplant. Trotzdem sind viele Spenden und monatliche Solibeiträge unbedingt notwendig.

Bankverbindung:
Kunst- & Kulturverein Schwandorf,

Sparkasse Nabburg
BLZ 750 510 40
Kt.- Nr. 570 437 517

★ ★ ★ ★

Bunte Hilfe Nordbayern aus der Taufe gehoben

In Nordbayern gibt es seit kurzem eine Organisation, die es sich zur Aufgabe macht, politisch gegen die sich verschärfende staatliche Repression anzukämpfen und Betroffene weitestmöglich zu unterstützen.
Ursache für die Gründung der "Bunten Hilfe Nordbayern", ein Zusammenschluß von Leuten aus verschiedenen Städten, ist die schleichende Faschisierung dieser Gesellschaft, welche die Zerschlagung jedweden Widerstandes gegen staatliche Politik zum Ziel hat, sei es an der Startbahn West in Frankfurt, der WAA in Wackersdorf, sei es der Kampf gegen Gen- und Reproduktionstechnologie, gegen den Internationalen Währungsfond (IWF) oder um Abschaffung der Isolationsfolter und bessere Haftbedingungen politischer Gefangener.
Das rechtliche Instrumentarium hierfür wurde und wird erheblich ausgebaut:
die §§ 129 a und 130 a sind ausgeweitet und verschärft, durch den geplanten § 130 (Befürwortung von Straftaten) soll die öffentliche Diskussion über nicht-legalistischen Widerstand vollends kriminalisiert werden, die Verlängerung der Präventivhaftdauer von 2 auf 14 Tage allein wegen des Verdachts auf Begehung einer Ordnungswidrigkeit gibt dem Staat die Möglichkeit, mißliebige Personen ohne konkrete Begründung beliebig aus dem Verkehr zu ziehen, die Rechte für AusländerInnen und AsylbewerberInnen werden mehr und mehr eingeschränkt, das Selbstbestimmungsrecht der Frau (siehe Memmingen) wird noch weiter ausgehöhlt etc. pp. .
Veranstaltungen, welche die Legitimation dieses Staates grundsätzlich in Frage stellen, werden in Bayern seit zwei Jahren durch die Bank verboten bzw. durch unakzeptable Auflagen wie die Präsenz von Polizeibeamten mit Tonbändern oder selektive Diskussionsverbote unmöglich gemacht, soweit sie nicht gestürmt und die Personalien der Anwesenden erfaßt werden. VeranstalterInnen und systemoppositionelle Zeitschriften werden mit Verfahren überzogen.

In der Tradition der Roten und Schwarzen Hilfen

Die Bunte Hilfe Nordbayern versucht, durch Öffentlichkeitsarbeit zu einem möglichst entschlossenen und breiten gesellschaftlichen Widerstand gegen die staatliche Unterdrückung beizutragen, deren Funktion das Austreten jedes revolutionären Funkens ist, der in bestimmten Situationen zu einem Flächenbrand führen könnte. Sie versteht ihre Arbeit jedoch nicht allein defensiv, denn um die staatliche Strategie zu unterlaufen, reicht Solidaritätsarbeit mit Kriminalisierten nicht aus. Vielmehr müssen Informationen, deren Verbreitung einen erheblichen Legitimationsverlust dieses imperialistischen und patriarchalen Systems bedeutet und deshalb staatlich-repressiv verhindert werden sollen, verstärkt öffentlich gemacht werden. Die Verhaftungen von Ingrid Strobl und der mittlerweile wieder freigelassenen Ulla Penslin sind ein erfolgreiches Beispiel dafür, wie ein staatlicher Schuß nach hinten losgehen kann und sich eine Bewegung, die zerschlagen werden soll, verbreitert.
Auf der eher praktischen Ebene berät die Bunte Hilfe über Möglichkeiten politischer Prozeßstrategien, vermittelt geeignete AnwältInnen, informiert über Prozesse, unterstützt Betroffene so weit wie möglich finanziell, kümmert sich um politische Gefangene und macht Haftbedingungen öffentlich.
Die Bunte Hilfe Nordbayern sieht sich in der Tradition der Roten Hilfen der Weimarer Republik, jener der 50er und 60er Jahre sowie der Roten und Schwarzen Hilfen, die sich Anfang der 70er Jahre -

allesamt zum Kampf gegen die Klassenjustiz - gründeten.

Die Bunte Hilfe Nordbayern hat ihr Büro im
KuRo
Rothenburger Str. 106
8500 Nürnberg,
das jeweils Dienstags und Donnerstags von 19 Uhr bis 21 Uhr besetzt ist.
Die Tel.- Nr. ist 0911/26 08 92.

Da sie dringend auf Spendengelder angewiesen ist, abschließend noch die Bankverbindung:
Sparkasse Nürnberg
BLZ 760 50 101
Kt.-Nr. 1344992

Regelmäßiger Informationsdienst zu den AKWs Philippsburg

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Philippsburg e.V. (BIU) wird künftig ihre Öffentlichkeitsarbeit noch stärker intensivieren und dazu regelmäßig den *"Informationsdienst Atomkraftwerke Philippsburg" (IAP)* mit einem jeweils vier- bis zehnseitigen Umfang herausgeben.
Der *IAP* soll alle Themenbereiche, die mit den Atomkraftwerken in Zusammenhang stehen, in anschaulicher und verständlicher Form darstellen. Dabei werden sich *IAP*-Schwerpunktnummern wie beispielsweise *Tiefflüge und Reaktorsicherheit* oder *Kompaktlagerung* mit *IAP*-Nummern, die eine Zusammenstellung und Kommentierung aktueller Ereignisse versuchen wie beispielsweise *IAP* I/88, miteinander abwechseln.

Zielsetzung des *IAP* bzw. der Herausgeberin ist es einmal, einen regelmäßigen Kontakt und Informationsfluß zu den mittlerweile 40 Unterstützergruppen der Aktion *"100 000 Stimmen gegen die Atomkraftwerke Philippsburg"* über die bisherigen Koordinationstreffen hinaus aufzubauen und kontinuierlich zu intensivieren; zum Zweiten sollen der interessierten Öffentlichkeit betreiberunabhängige Informationen über die Atomkraftwerke Philippsburg angeboten werden bzw. sollen Betreiberinformationen aus Sicht der Atomkraftgegner kritisiert, ergänzt und kommentiert werden.
Die erste Ausgabe des *IAP* enthält kurze Beiträge zum Stand der Unterschriftenaktion (bislang 12 000 Unterschriften), zur Entsorgung des in den AKWs Philippsburg anfallenden schwach- und mittelradioaktiven Atommülls, zu der geplanten Austauschaktion der Frischdampfleitungen in Block I.
In der zweiten *IAP* ist das Schwerpunktthema Tiefflüge und Reaktorsicherheit (am Beispiel der Atomkraftwerke Philippsburg).
Die dritte Nummer hat als Schwerpunktthema Kompaktlagerung in Block II der AKWs Philippsburg.

Für das Jahr 1989 sind bislang folgende Themen für den *IAP* geplant: Entsorgungsproblematik, 10 Jahre Siedewasserreaktor Philippsburg, "MOX-Brennelemente" in den AKWs Philippsburg.Daneben werden alle aktuellen Entwicklungen um die Atomkraftwerke aufgenommen sowie über die Aktivitäten der BIU regelmäßig berichtet.
Die BIU, hofft mit der Herausgabe des *Informationsdienstes Atomkraftwerke Philippsburg* dazu beizutragen, daß die Diskussion um die Atomkraftwerke Philippsburg in der Öffentlichkeit nicht abreißt und der Weg für einen Ausstieg aus der (sog.) "friedlichen Nutzung der Atomenergie" geebnet wird.
Der "Informationsdienst Atomkraftwerke Philippsburg" kann bei nachfolgender Adresse bezogen werden (Kosten: DM 2.-):

Werner Aust
Egerlandstr. 1
6838 Reilingen
Tel. 06205/13530

Aufruf zu Unterstützung und Kontaktaufnahme

Globales Netzwerk

der von der Atomindustrie bedrohten Indigenen Völker gemeinsam mit Umweltschutz-, Anti-AKW- und Menschenrechtsgruppen

1. Vorgeschichte

Auf der 1. Weltkonferenz der Strahlenopfer im Herbst 1987 in New York wurde der Entschluß getroffen, ein weltweites Netzwerk der von der Atomindustrie und von Atomwaffentests Bedrohten aufzubauen.
Während der Vorbereitung und Durchführung der Anti-Uranabbau- und Anti-Atomwaffentest-Aktion von BUND und GfbV im April 1988 in Deutschland haben sich tragfähige Kontakte zwischen unterschiedlichen Organisationen und Gruppen aus dem Umweltschutz-, Anti-Atom-, Dritte-Welt-Menschenrechtsbereich etc. mit Vertretern indigener Völker ergeben. Diese Kontakte sollen aufrechterhalten und intensiviert werden.

Daher soll sich nicht nur um eine Vernetzung der bisher an der Anti-Uranabbau- und Anti-Atomwaffentest-Aktion beteiligten deutschen Gruppen untereinander bemüht werden, sondern auch mit den Vertretern der von der Atomindustrie bedrohten indigenen Völker sowie mit ausländischen Umweltschutzorganisationen.

2. Ziele und Hauptaufgabe des Netzwerkes

Ziele dieses Netzwerkes sind:
- "Das Uran muß in der Erde bleiben", d.h., aus der sog. friedlichen Nutzung der Atomenergie aussteigen,die Atomwaffentests beenden und Atomwaffen abschaffen,den Uranbergbau überflüssig machen und einstellen.
- dazu beizutragen, daß die indigenen Völker das Recht auf ihr Land und ihr Recht auf Selbstbestimmung, Souveränität zurückgewinnen.

Um diese Ziele zu erreichen, sollten folgende Aufgaben in Angriff genommen werden:
- Herstellung von Kontakten zwischen Umweltschutz- und Anti-Atom-Gruppen weltweit einerseits und indigenen Völkern andererseits
- Verbesserung des Informationsaustausches zwischen den genannten Gruppen
- Koordination von Aktionen

Deshalb soll ein (entweder regelmäßig oder je nach Bedarf arbeitender) "Informationsaustauschdienst" in Gang gesetzt werden, der die speziellen Anliegen und Probleme der indigenen Völker mit der Atomindustrie berücksichtigt und die Bedrohung der indigenen Völker durch Uranabbau, Atomindustrie und Atomwaffentests - aber auch deren Widerstand - stärker in das Bewußtsein der deutschen und der internationalen Umweltschutzbewegung rückt.
Durch möglichst umfangreiche und spezifizierte Adressenlisten ("resource-lists") kann interessierten Organisationen, Gruppen

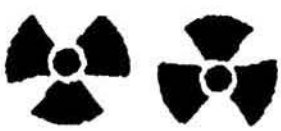
und Einzelpersonen vermittelt werden, wer in welchem Land auf welchem Gebiet arbeitet und sich mit Kenntnissen bzw. Erfahrungen zur Verfügung stellt.
Weitere Informationen für Interessierte, potentielle MitarbeiterInnen und SpenderInnen sind unter folgender Adresse zu beziehen:

Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND)
LV Baden-Württemberg
Erbprinzenstr. 18
D 7800 Freiburg

Die NATO übt:
Attentat auf Schuierer

Anfang März dieses Jahres sickerte es durch: Bei der alle zwei Jahre stattfindenden NATO-Übung WINTEX (Winter-Exercise) wurde ein Attentat aus dem "Kreis der Friedensbewegung" auf Landrat Schuierer-simuliert (mit MPs, der Autor schätzt: Marke 'Kalaschnikow'). Die Polizei habe sofort eingegriffen und den Landrat sowie seinen Fahrer gerettet. Außerdem war es Bestandteil der Übung, daß Wackersdorfer Bürger gegen Anti-WAA-Demonstranten tätlich geworden seien (also ein Bürgerkrieg im Sinne der Militärstrategen: die Kleinen hauen sich gegenseitig den Schädel ein!).
Zur Einordnung des Szenarios: Bei der Übung wurde die sog. Verteidigung "bei einem feindlichen Angriff auf die Bundesrepublik" geübt. "Nach der Vorgabe werden Teile des Landes besetzt, Brücken gesprengt, riesige Flüchtlingsströme wälzen sich über die Straßen. Bund, Länder und Kommunen, Polizei, Rettungsdienste und Katastrophenschutz werden gefordert, Turnhallen zu Lazaretten umfunktioniert und Propaganda-Flugblätter über Feindesland abgeworfen. Die Situation eskaliert bis zum bevorstehenden Atomschlag."

Ganz abgesehen davon, daß hier Kriegsvorbereitung betrieben wurde: was sollte die "Schuierer-Einspielung"?
Es wurde bekannt, daß das bayerische Innenministerium in einem "groben Übungsrahmen" einen Zusammenstoß zwischen "Sicherheitskräften" und "militanten Störern" aus der Friedensbewegung (!) vorgesehen hatte, inclusive Gefährdung für Repräsentanten des Staates: "Die örtliche Einsatzleitung hatte zu der Überzeugung zu kommen, daß aufgrund der politischen Situation eine 'reale Gefährdungslage' für Repräsentanten des Staates bestand." Die Polizeidirektion Amberg hatte dann quasi in diesem Rahmen Schuierer "eingespielt" (alle Zitate: MZ, 3.3.89).
Die Polizei suchte fürderhin vor allem den Petzer und bestand auf der Geheimhaltung. Als Höhepunkt erklärte schließlich das bayerische Innenministerium: Das Landratsamt Schwandorf sei selbst verantwortlich für das "Attentat" gewesen! Denn als örtliche Einsatzleitung habe es eine Gefährdung des Landrats angenommen (MZ, 13.3.89).
- Wie die Übung auf Weisung des Innenministeriums (s.o.) sowieso vorsah, muß man jedoch hinzufügen...



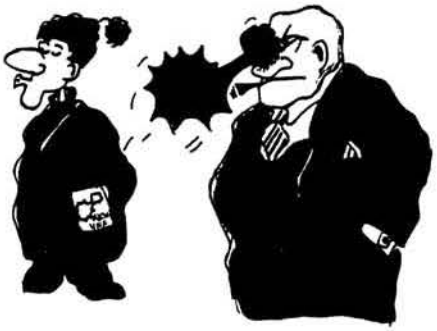
Blockade-Prozeß am 9.Juni

Überlingen, 27.3.89
Liebe Freunde/Innen,

Direkt nach der Katastrophe in Tschernobyl gründeten wir eine "Kampagne ziviler Ungehorsam bis zur Stillegung aller Atomanlagen". Am 10. Juli 86 blockierte unsere Gruppe zum erstenmal gewaltfrei die Baustellenzufahrt zum GKNII (dem noch in Bau befindlichen 2. Atomreaktor in Neckarwestheim).
Die Aktion verlief medienwirksam und friedlich. 5000 Polizisten beobachteten 100 Demonstranten!!! Zunächst konnten wir die Hauptzufahrt zur Baustelle abriegeln. Nach etwa 45 Minuten entschloß sich die Bauleitung, den Bauzaun an einer anderen Stelle auszuheben, um eine zweite Einfahrt zu schaffen. Wir blockierten dieses Tor ebenfalls, dabei wurden 5 Leute festgenommen. Strafbefehle gab's erst im Dezember 87 wg. "Nötigung". Die Verhandlung soll am 9. Juni sein.
Interessant dürfte der Prozeß sein, da es sich hier um den ersten Prozeß dieser Art handelt, also noch keine Fließbandurteile. Interessant ist, daß die drei festgenommenen Blockierer der zweiten Blockade vom 28.August 86 bis heute noch keinen Strafbefehl erhalten haben.
Da es ein gemeinschaftlicher Prozeß sein wird, werden wir uns thematisch aufteilen - die Argumentation wird vielfältig sein: Kurzum, eine interessante Lektion in Staatsbürgerkunde.
Kommt zuhauf!
Zeigt Solidarität!
Alle, die selbst eine Verhandlung noch auszustehen haben, können sicherlich davon profitieren.

Mit strahlenden Grüßen,
Inge Sterk
Hildegardring 45
7770 Überlingen

Prozeßtermin:
Amtsgericht Heilbronn
Wilhelmstr. 2-4
7100 Heilbronn
9.Juni 1989, 13.30 h, Zi.149



Hubschrauberbruchpilot:
Strafe mild, Rehabilitation im Gange

18.11.88: Der Führer des Hubschraubers "Edelweiß 2", der bei der Verfolgung eines WAA-Gegners am 7.9.86 in der Nähe des WAA-Geländes einen Schienenbus der Linie Schwandorf - Furth i.W. rammte (Resultat: beide Fahrzeuge ausgebrannt, ein toter und vier mehr oder weniger schwerverletzte Polizisten, verletzter Triebwagenfahrer), wurde vom Schöffengericht Schwandorf zu 180 Tagessätzen à 46 Mark verurteilt. Das Urteil erfolgte wegen fahrlässiger Tötung, fahrlässiger Körperverletzung und fahrlässigen Eingriffs in den Schienenverkehr und lag 30 Tagessätze über (!) dem Antrag der Staatsanwaltschaft. Dem Lokführer, der als Nebenkläger auftrat, wurde nochmals bestätigt, daß ihn keine Schuld traf (vgl Radi 11 & 18).
Der Anwalt des Nebenklägers kritisierte die geringe Strafe. Bereits bei einem Verkehrsunfall mit fahrlässiger Tötung gebe es in der Regel Freiheitsstrafen von 8 - 9 Monaten.

Übrigens: Der Bruchpilot ist schon längst wieder gesellschaftlich bzw. polizeilich rehabilitiert. Er flog z. B. den jüngst verschiedenen Landesvater ins Krankenhaus (während des Prozesses führte er diesen Umstand in der Tat zu seiner Verteidigung an!).

Bombenwahn
Ein neuer Videofilm

Der Videofilm schildert die militärischen Hintergründe der bundesdeutschen Atompolitik anhand des Kernforschungszentrums Karlsruhe. Dieser Anknüpfungspunkt war u.a. deshalb geboten,da

- anhand des KfK,der ersten bundesdeutschen Atomanlage,die personellen und kapital-strukturellen Kontinuitäten zur Nazi-Atombombenpolitik besonders augenfällig sind,
- im KfK "bombenfähige" Anlagen arbeiten,die sonst nirgends in der BRD zu finden sind,wie eine Wiederaufarbeitungsanlage (seit 1971) und ein Schneller Brüter (seit 1977),
- das KfK auch international Bombengeschäfte gemacht hat: Schlüsseltechnologien wurden u.a. an Argentinien,Südafrika,Brasilien geliefert.

Durch diese drei Schwerpunkte ist der Film nicht nur für Anti-Atom-Initiativen und Friedensinitiativen interessant,sondern auch für Antifa-Interessierte und Internationalismus-Gruppen (besonders Südafrika/Brasilien).
Das Video ist professionell gemacht und dauert 55 Minuten. Der Leihpreis für eine Kopie (VHS) beträgt [redacted] DM.

Verleihadresse:
Videogruppe Schrägspur
Schillerstr.28
69 Heidelberg
Tel. 06221/24414

Urangesellschaft mbH FfM will Uranmine in Inuit-Territorium eröffnen!

1993/94 soll mit dem Uranabbau der Baker Lake Mine in den Nord-West-Territorien Kanadas begonnen werden. Das Genehmigungsverfahren wurde inzwischen von der kanadischen Tochterfirma der Frankfurter Urangesellschaft, der Urangesellschaft Canada Ltd., eingeleitet (s.pogrom 141/88,S.9). Die Urangesellschaft Frankfurt gehört zu je einem Drittel der VEBA AG, STEAG AG und der Metallgesellschaft AG. Betroffen sind die Inuit, die um den Baker Lake herum leben.

Weitere Informationen - u.a. Artikel, Fotos, DIN A 2 Plakat "Laßt das Uran in der Erde" ([redacted],-, ab 5 Expl. [redacted] DM), Schaubild "Deutsches Kapital und Uranabbau" und das Buch "Strahlende Geschäfte - Der Tanz auf dem Weltmarkt" mit 35% Wiederverkäuferrabatt - sind bei folgenden Organisationen erhältlich:

Informationszentrum Solidarische Welt
Lingener Str. 9
4400 Münster
Tel. 0251/665697

AK AFRIK
Arbeitskreis Afrika
Tel. 0251/661116

Halbwertzeit Information
Verein zur Förderung ökologischen Denkens und Handelns
Tel. 0251/661720

GfbV und BUND Freiburg
Erbprinzenstr. 18
7800 Freiburg
Tel. 0761/35254

Todesfälle in der Hauptwindrichtung

Neuauflage der Studie über Leukämietodesfälle bei Kindern und Jugendlichen in der Umgebung des Atomkraftwerkes Würgassen
Autor: Matthias Demuth (Kinderarzt)

Im März 1988 trat der Kasseler Kinderarzt Matthias Demuth mit einer wissenschaftlichen Studie an die Öffentlichkeit. In der Umgebung des Atomkraftwerkes Würgassen sterben doppelt so viele Kinder und Jugendliche an Leukämie, als das statistisch zu erwarten wäre. Demuth hat weiter recherchiert und legt, in einer gerade erschienen Neuauflage, noch erdrückendere Fakten vor.
Im Gegensatz zur ersten Auflage standen ihm die Windrichtungsdaten vom Atomkraftwerk Würgassen diesmal zur Verfügung. Aus einer hochwahrscheinlichen Vermutung sind Tatsachen geworden, d.h,. die meisten Todesfälle treten tatsächlich in der Hauptwindrichtung auf. Im 20 Kilometer Radius gibt es 15 nachweisbare Leukämietodesfälle - 7,86 wären statistisch erwartbar. Bei überwiegenden Winden aus südlicher Richtung sind 13 Todesfälle in nördlicher Richtung des AKW, also im Abwindbereich, aufgetreten.
Demuth fordert ähnliche Untersuchungen für alle AKW- Standorte, es ginge darum, endlich Konsequenzen zu ziehen und nicht mehr länger um den heißen Brei herum zu reden.

Die Studie kann für [redacted] DM (plus Porto) bestellt werden bei:

Stattzeitung
Elfbuchenstr. 18
3500 Kassel

Nur Vorrauskasse (keine Briefmarken)

EUKO

Inforundbrief der deutsch-niederländischen *"Konferenz gegen Atomanlagen in der Euregio und im Münsterland"*

- Standortberichte besonders aus:
- Gronau, Lingen, Ahaus, Almelo (NL), u.a.
- Konferenzprotokolle
- Diskussionsbeiträge
- Termine, Pressespiegel, u.a.m.

Andere über uns:
"Das EUKO - Info (steht) mit an der Spitze jener Info-Werke, auf die die Anti-AKW-Bewegung nicht mehr verzichten kann." (BUU Holstein)

ca. monatlich, ca. 30 Seiten;
Jahresabo: 40 DM (Rabatt möglich),
Probeinfo: 2 DM in Briefmarken.

AK Umwelt Gronau
Siedlerweg 7
4432 Gronau

anti atom aktuell

Neue Zeitschrift der Anti-AKW-Bewegung

Der Rundbrief der Initiativen nach Tschernobyl und der Atommüllkonferenzrundbrief sind zusammengelegt worden und erscheinen ab jetzt gemeinsam.
Die Herausgabe der neuen Zeitschrift "anti atom aktuell" wird aus Münster organisiert werden. Wir wollen uns bemühen, wie der Titel schon sagt, ein aktuelles Organ der Anti-AKW-Bewegung zu erstellen. Herausgabe soll fürs erste monatlich sein. Natürlich seid Ihr auch weiterhin gefordert, Beiträge zu schicken und die Zeitschrift zu abonnieren. Natürlich hätten wir es auch gerne, wenn sich WiederverkäuferInnen melden würden.
Die nächste Nummer erscheint Anfang April mit dem Reader der Frühjahrskonferenz in Wiesbaden.

Bezugsbedingungen:

5.- DM im Monat oder 60.- DM/Jahr an:
A. Eberhardt
- Sonderkonto -
Postgiro Dortmund
BLZ.: 440 100 46
Kto.Nr.: 2975 45-46

Bezugsadresse:

anti atom aktuell
z.H. Umweltzentrum
Schamhorststr. 57
4400 Münster
Tel.: 0251/521112
Do 13 - 18.30 Uhr

Dokumentation

Broschüre zu den münchner Aktionen gegen IWF und Weltbank. Versuch der Einschätzung der IWF/WB-Kampagne. 36 S., A4, 3 DM, ab 10 Stück 2.50 DM zzgl. 1.50 DM Porto.

Bestellungen an:

ZEF
Pariserstr. 7
8 München 80
Tel. 089 / 448 48 10

Aus dem Inhalt: IWF-WB lassen bluten / Bilanz der Arbeit der IWF-WB-Koordination / Bericht von der Demo / Profit für die Konzerne; Armut für die Völker / Brief von Ingrid ...

Wir suchen noch Cartoons, Artikel, Infos, Photos usw. für den Atomkraft Nein! Kalender 1990.
Schickt uns bitte Eure aktualisierten Adressen fürs Adressenverzeichnis. Die Kalendergruppe.
Bernd Drücke
Am Berg Fidel 66
4400 Münster
Tel. 0251/784888

Anti - WAA - Adressen

ABENSBERG Friedensinitiative	c/oBrigitte Hausinger Münstererstr.15 8423 Abensberg
ALTDORF BI Altdorf	Kornstube Altdorf Röderstr. 1 8503 Altdorf
AMBERG BI Amberg	Helmut Wilhelm Langangerweg 42 8450 Amberg 09621/61 279
ASCHAFFENBURG Anti-WAA-Init. und Ini.gegen Atomanlage	GAL -Grünes Büro- Duccastr. 9 8750 Aschaffenburg
AUGSBURG Aktion Umweltschutz e.V.	c/o Jörg Westerhoff Burgfriedenstr. 10 8900 Augsburg 0821/51 60 04
AUGSBURG Weltbund zum Schutze des Lebens (WSL).LV	c/o Carl v. Andrian Nesselwangerstr. 12 8900 Augsburg 0821/6 59 61
AUGSBURG Initiative f. strah- lenfreie Energievers	Robert Prestele Kirchgasse 8 8900 Augsburg 0821-38 8 34
AUGSBURG Anti-AKW-Plenum Augsburg	Martin Kopp Ovtalstr. 18 c 8900 Augsburg
BAMBERG B I G A	c/o Bernd Fricke Hartlandenerstr. 67a 8602 Stegaurach
BAMBERG Bund Naturschutz Bamberg	Dr.Ludwig Trautmann-Popp Obere Sandstr. 7 8600 Bamberg 0951/53444
BAMBERG Greenpeace	Nils Grube Schlüsselbergerstr. 5 8600 Bamberg 0951/55 072
BAYREUTH Robin Wood Bayreuth	Jochen Sahr Orlamündeweg 31 8580 Bayreuth 0921/46262
BAYREUTH BUND NATURSCHUTZ Kreisgeschäftsstelle	Ludwigstraße 32 8580 Bayreuth 0921/53 992
BAYREUTH FRIEDENSLADEN	Jean-Paul-Str. 8 8580 Bayreuth 0921/56 540
CHAM BI gegen die WAA	Claudia Meindl Meisenweg 4 8492 Furth i. Wald
COBURG Friedensbüro	Mohrenstr. 3 8630 Coburg
COBURG Infobüro Coburg	Mohrenstr. 3 8630 Coburg 09561/95 513
ECKENTAL Die Grünen	Manfred Bachmayer Hallerstr.15 8501 Eschenau 09126 / 53 69
ERLANGEN Gruppe gegen Atoman- lagen	Stefan Pahde Osloerstr. 25 8520 Erlangen 09131/ 99 03 75
ERLANGEN Bund Naturschutz Kreisgruppe Erl.	BN Erlangen Heimstr.1 8520 Erlangen
FREILASSING Die Grünen KV Freilassing	Breslauerstr. 13 8228 Freilassing
FREISING Anti-WAA-Gruppe	Helmut Korndörfer Dorfstr. 29 8050 Freising-Attaching
GARMISCH-PARTENKIR. Anti-WAA-Initiative& Ini geg. Atomanlagen	c/o Hans-Georg Putzirer Schnitzschulstr. 28 8100 Garmisch-Partenkir. 08821/73 461
GRÜNE Die Grünen Nürnberg	Karl-Bröger-Str. 32 8500 Nürnberg 40 0911/45 59 84
GRÜNE Landesarbeitskreis Energie d.bay Grünen	Hans Werner Thürk Tegernseer Landstr. 10 8000 München 90 089/6915266
GRÜNE KA-Ausschuß der Grünen	Baumstraße 4 8000 München 5 089/201 44 88
GRÜNE Landesarbeitskreis Energie d.bay.Grünen	Peter Leiberich Feldstr. 3 8520 Erlangen
INGOLSTADT Grünes Büro Ingolstadt	Horst Felgner Tränktorstr.8 II. 8070 Ingolstadt 0841-33 703
INGOLSTADT BI Ingolstadt gegen die WAA	Schulstr. 9 8070 Inglostadt
KALLMÜNZ BI Kallmünz	Karl Hammer Galgenberg 5 8411 Kallmünz 09473/10 51
KRUMBACH Mittelschwäbische Initiative g. d. WAA	c/o Jo Eder Schloßberg 7 8908 Krumbach-Hohenranau 08282-5818
KULMBACH Die Grünen Regional- büro oberfranken	Regionalbüro Oberfranken Obere Stadt 27 8650 Kulmbach 09221-83581
LANDSHUT Bürgerforum Landshut c/o	Thomas von Taeuffenbach Dammstr. 13 8300 Landshut
LANDSHUT Bürgerforum Landshut	Gernot Häublein Bussardstr. 2 8311 Altfraunhofen 08705/10 23
LANDSHUT Bürgerforum Landshut	Sepp Fleck Am Pfarranger 6 8300 Hoheneggllofen 0871/52 551
MITTERTEICH BI Mitterteich	Irmgard Kilian Karlstr. 8 8590 Marktredwitz 09231/61165
MÜNCHEN Landesverband der	katholischen Landjugend Krimhildenstr.14 8000 München 19 089-172560
MÜNCHEN Bund Naturschutz in Bayern e.V.	H. Steininger Schönfelderstr. 8 8000 München 22 089/28 43 71
MÜNCHEN Koordinationsbüro Tschernobyl	Kistlerstr. 1 8000 München 90 089/697 25 21
MÜNCHEN Jugendorganisation Bund Naturschutz	Landesjugendleitung Theresienstr. 21/III 8000 München 2 089/ 28 000 23
MÜNCHEN Anti-Atom-Büro München	Holzstr.2, Mo-Do 16-19U. 8000 München 5 089/260 85 50
NAILA/BAD STEBEN Friedensgruppe Naila/Bad Steben	c/o Wolfgang Miller Bodengrüner Weg 6 8675 Bad Steben
NEUMARKT I.D.OPF. Die Grünen KV Neumarkt	Christl Neufert Wagnergasse 8 8433 Parsberg 09492/16 24
NEUSTADT/AISCH Bürgerinitiative gegen Atomanlagen	c/o Buchladen Hobbit Würzburger Str.21 8530 Neustadt/Aisch 09161/5790
NÜRNBERG Radi-Aktiv Büro	c/o Kulturladen Süd Rothenburger Str. 106 8500 Nürnberg 0911/28 89 46
NÜRNBERG Nürnberger BI gegen die WAA	c/o Monika Beck Kralingstr. 45 8500 Nürnberg 10 0911/35 63 46
NÜRNBERG Bund Naturschutz Nordbayern	Bauernfeindstr.23 8500 Nürnberg 50 0911-86 80 11
NÜRNBERG Mütter ge. Atomkraft im Kulturladen Nord	Mo+Mi 9-11,Plenum Mo 20U Wurzelbauerstr. 35 8500 Nürnberg 10 0911/58 10 11
NÜRNBERG Gewaltfreie Aktions- gruppe "Sandkörner"	c/o Fränkisches Bild.we. Kaulbachstr. 22 8500 Nürnberg 10
NÜRNBERG WAA-KO Jugendorg. Bund Naturschutz	c/o Lydia Hufmann Mühlhofer Hauptstr. 24 8500 Nürnberg 60 0911/63 93 89
NÜRNBERG Gewaltfreie Aktions- gruppe Sinnflut	Alwin Baumert Dürrenhofstr. 49 8500 Nürnberg 30 0911/47 23 60
OBERVIECHTACH BI Oberviechtach	Fritz Bilkenroth Burkhardsberg 1 8478 Teunz 09671/12 56
PAPPENHEIM Umweltgruppe Pappenheim	Volker Scheid Dr.Dr.Bertha-Kipfmüller1 8834 Pappenheim 09143-6105
PASSAU Die Grünen KV Passau-Stadt	Innstr. 8a 8390 Passau 0851/34 44 41
PASSAU BI Passau g.d. WAA u andere Atomanlagen	c/o Stephan Terletzki Posthalterweg 8 8395 Hauzenberg 08586/1000
PEGNITZGRUND BI Pegnitzgrund	Wolfgang Gröner 8561 Eschenbach 71 09154-85 64
REGENSBURG B I W A K	BIWAK-Büro Engelburgergasse 12 8400 Regensburg 0941/55 555
REGENSBURG Ostbayrische Presse Agentur	Goldene Bärenstr./ 8400 Regensburg 0941/52183
REGENSBURG Die Grünen	Regionalbüro Oberpfalz Weingasse 8 8400 Regensburg 0941/5 26 07
ROSENHEIM Anti-WAA-Plenum	Stefan Keßler Kloeckelstr. 3 8200 Rosenheim
SCHWANDORF Ortsgruppe Wackers- dorf	c/o Helmut Weihrauch Osserstr. 7 8464 Wackersdorf
SCHWANDORF BI gegen die WAA Schwandorf/ Vorstand	Erna Wellnhofer Waldgasse 9 8460 Schwandorf 09431/21 658
SCHWANDORF Ortsgruppe Schwandorf	Karlheinz Kargermeier Rosenstr.19 8460 Schwandorf-Fronberg 09431/20 435
SCHWANDORF Ortsgruppe Stadtedreieck	Barbara Schmitz Rötlsteinstr. 2 8418 Teublitz 09471/97758
SCHWANDORF Ortsgruppe Nabburg	Hans Bemmerl Schmidgasse 5 8470 Nabburg 09433/62 56
SCHWANDORF Ortsgruppe Nabburg	Agnes Dietz Karlsbader Str. 2 8470 Nabburg 09433/7 50
SCHWANDORF Ortsgruppe Pfreimd	Hannelore Lanzl Hirtenstraße 8473 Pfreimd
SCHWANDORF Ortsgruppe Neunburg v.W.	Alois Herrmann Ufertal 24 8462 Neunburg v.W. 09672/12 12
SCHWANDORF Anti-WAA-Büro	Postfach 1145 8460 Schwandorf 09431/10 29
SCHWANDORF ERMITTLUNGSAUSSCHUSS c/o Info-Büro	Freies Wackerland Altenschwand 91 8465 Bodenwöhr 09434/33 68
SCHWANDORF INFO-BÜRO Freies Wackerland	Altenschwand 91 8465 Bodenwöhr 09434/33 68
SCHWANDORF Ortgruppe Bruck	Siegfried Hauser Am Hoffeld 24 8468 Bruck
SCHWANDORF OG Wernberg-Köblitz	Postfach 1102 8475 Wernberg-Köblitz
STADTEDREIECK Jugendzentrum im Stadtedreieck	Postfach 1174 8412 Burglengenfeld
STÖRNSTEIN BI STOERNSTEIN	Hans Krauß Flosserstr.2 8481 Störnstein
SULZBACH-ROSENBERG BI Sulzbach-Rosen- berg	Postfach 1325 8458 Sulzbach-Rosenberg
SULZBACH-ROSENBERG Die Grünen Sulzbach- Rosenberg	c/o Rainer Herbst Bindergasse 7 8458 Sulzbach-Rosenberg
UCKERSDORF Frauen gegen die WAA	c/o Uckersdorf 7 8467 Uckersdorf 09675/587
VILSHOFEN Bürgerforum Umwelt e.V.	Galgenberg 2 8358 Vilshofen
WENDELSTEIN	Hermann Blumenstock Raubersriederweg 8 8508 Wendelstein 09129-78 02
WÜRZBURG Anti WAA Gruppe Montags im	Autonomen Kulturzentrum Sartoriusstr. 8700 Würzburg

==

BIs außerhalb Bayerns:

ATOMMÜLL-KONFERENZ	c/o Umweltzentrum Münst. Scharnhorststr. 57 4400 Münster 0251/52 12 11
ATOMMÜLLZEITUNG Atommüllzeitung	Günter Garbers Posener Str. 22 2121 Reppenstedt
BADEN-BADEN Anti-AKW-Initiative	c/o Daniel Zimmermann Waldseestr. 1 7570 Baden-Baden 07221/2 67 91
BERLIN-WEST Anti-WAA-Gruppe c/o	Baubüro V.A.U.L Curryster. 25 1000 Berlin 36
BONN Die Grünen im Bundestag /AK 5	z.Hd. Wolfgang Daniels Bundeshaus 5300 Bonn
BREMEN BBA - Infoladen c/o M. Meier	St.PauListr 10/11 2800 Bremen-Ostertor 0421-700144
DARMSTADT Anti-AKW-Adresse:	Robin Wood & Bunte Hilfe Wilhelm-Leuschner-Str.39 6100 Darmstadt
DIEMELSTADT Anti-Atombüro	Auf dem Ort 10 3549 Diemelstadt-Wethen 05694/737
FREIBURG Anti-WAA-Plenum Buchhandlung	Jos Fritz Wilhelmstr.15 7800 Freiburg
FREIBURG Wyhl-Info-Zentrum	c/o Fabrik Habsburgerstr.9 7800 Freiburg 0761/551280
GÖTTINGEN Göttinger AK gegen Atomenergie	Bernd Weitmann Herrmann-Föge-weg 14a 3400 Göttingen
HANNOVER Gruppe Ökologie Han- nover (GÖK)	Immengartenstr. 31 3000 Hannover 1 0511/69 63 130
HEIDELBERG Anti-AKW-Büro Mo-Fr. 18-20 Uhr	Bergheimerstr. 125 6900 Heidelberg 06221/12 861
KARLSRUHE BUND Regionalverband Mittlerer Oberrhein	Umweltzentrum Untere Str. 36 7500 Karlsruhe 21 0721-55 80 51
KARLSRUHE BI für Stillegung a. Atomanl. und die Um-	wandlung des KFZ Karlsr. Kriegstr. 244 7500 Karlsruhe 41 0721/49 32 68
KASSEL Umweltzentrum Kassel	Elfbuchenstr. 18 3500 Kassel 0561/77 53 07
KASSEL Kasseler Jugend gegen Atomanlagen	Goethestr. 96 3500 Kassel
LUDWIGSHAFEN Initiative gegen den Atomtod Mannheim	c/o Walter Seigfried Kanalstr. 17 6700 Ludwigshafen 0621/ 62 13 42
LÜCHOW-DANNENBERG BI Lüchow-Dannenberg	Drawehnerstr.3 3130 Lüchow 05841-4684
MARBURG BI gegen Atomanlagen Marburg	c/o KFZ Schulstr. 6 3550 Marburg
METTINGEN BI gegen Atomenergie Mettingen	z.Hd. Müller Reuterstr. 18 4530 Ibbenbüren 05451/12 620
MUTLANGEN Pressehütte Mutlangen	Forststr.3 7075 Mutlangen 07171-76210
MÖRFELDEN BI gegen die Flug- hafenerweiterung	Helga Arnold Wilhelm-Leuschnerstr.50a 6082 Mörfelden 06105-37 26
MÜNSTER Umweltzentrum Münster	Scharnhorststr. 57 4400 Münster 0251/52 11 12
MÜNSTER BUF-Büro	c/o A. Neuhof Scheibenstr. 62 4400 Münster
NORDENHAM AGU	Sandingerweg 29 2890 Nordenham 04731/31 108
REUTLINGEN Anti-WAA-Gruppe	c/o Friedensbüro Weingärtnerstr. 25 7410 Reutlingen
SAARBRÜCKEN Anti-WAA-Büro Saar Alte Feuerwache	geöffnet: Mo-Do 17-20.00 Am Landwehrplatz 6600 Saarbrücken 0681/35 958
SALZGITTER UMWELTSCHUTZFORUM Schacht Konrad	c/o Karen Traube Broistedterstr.6 3320 Salzgitter-Bleckenst
SCHWÄBISCH GMÜND BUND Ostwürttemberg	[illegible] 7070 Schwäbisch Gmünd 07171/ 619 19
[illegible] BBV-Jugend	[illegible] Königssträssle 74 [illegible]
TÜBINGEN Aktionskreis gegen die [illegible]-Wackersdorf	[illegible] Laden Lange Gasse 2 7400 [illegible]
UNTERELBE [illegible]	[illegible] 2087 Bönningstedt 040-55 667 21

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2019